

PROTOKOLL

Begrüßung

Borissow

Im Namen der sowjetischen Seite möchte ich die Teilnehmer des Bergedorfer Gesprächskreises begrüßen, die hier in Moskau zusammengetreten sind, um die Entwicklungsperspektiven der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren zu erörtern. In der Sowjetunion werden die Bergedorfer Gespräche nicht zum ersten Mal durchgeführt; ich habe mich bereits zweimal an einem derartigen Gesprächskreis beteiligt, und zwar in den Jahren 1970 und 1975. Damals konnten wir nur unsere Vermutungen darüber äußern, wie sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland entwickeln werden. Der Moskauer Vertrag von 1970 setzte diese Entwicklung in die notwendige Richtung.

Unter Berücksichtigung der positiven Veränderungen, die sich in den Beziehungen zwischen unseren Ländern und in der ganzen Welt in den vergangenen Jahren vollzogen haben, können wir mit Genugtuung feststellen, daß die von uns geäußerten Vorstellungen und Annahmen über die Entwicklung dieser Beziehungen weitgehend verwirklicht worden sind. Die Entspannung, der Kampf für Frieden und Abrüstung haben ihre große Lebenskraft bewiesen; sie erhalten die umfassendste Unterstützung der friedliebenden Kräfte des Planeten. Dank der Entspannung vollzogen sich positive Veränderungen in der internationalen Arena.

Ein anschauliches Beispiel für die lebensspendende Kraft dieser Veränderungen ist die Gesundung des politischen Klimas auf dem europäischen Kontinent. Europa zeigt, daß die Entspannung nicht einfach ein frommer Wunsch ist, sondern daß es sich dabei um konkrete und greifbare Dinge handelt. Sie äußern sich sehr anschaulich unter anderem auch in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland, die zu einem wesentlichen Element für die Stabilität auf unserem Kontinent geworden sind. In den vergangenen Jahren ist eine solide Vertrags- und Rechtsbasis für die Beziehungen zwischen unseren Ländern geschaffen und eine große Erfahrung in der konkreten Zusammenarbeit gesammelt worden.

Eine wichtige Rolle bei der Schaffung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten spielten die Begegnungen auf höchster Ebene, die ständig Impulse für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland geben. Eine außerordentliche Bedeutung, sowohl bei der Entwicklung der bilateralen Beziehungen als auch für die Entkrampfung der internationalen Lage, hatten die Begegnungen und Gespräche des Genossen Breschnew mit Bundespräsident Scheel und Bundeskanzler Schmidt während seines letzten Besuches in der Bundesrepublik Deutschland und die Unterzeichnung der sowjetisch-westdeutschen Dokumente. Im Kommuniqué über den Aufenthalt des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU und des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, in der Bundesrepublik Deutschland wird die Bedeutung der regulären Kontakte zwischen den parlamentarischen Vertretern von Wirtschaft und Gewerkschaft, den Kulturschaffenden und den Wissenschaftlern betont.

Das heutige Bergedorfer Treffen ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil sich die Teilnehmer Gedanken über die Zukunft machen. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten bekommen einen immer langfristigeren und stabileren Charakter. Die Laufzeit der Abkommen über die Vertiefung und Entwicklung der langfristigen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD in Wirtschaft und Industrie reichen bis in das 21. Jahrhundert hinein. Wie die Beziehungen in den 80er Jahren entwickelt werden sollen, und welche Reserven in die Vertiefung und den Ausbau dieses Prozesses einbezogen werden können, das sind Fragen, die wir in unserem diesmaligen Treffen erörtern sollen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die Zuversicht äußern, daß die Teilnehmer die Möglichkeit eines direkten, sachlichen Gespräches voll nutzen und ausführlich über die Wege zur weiteren Entwicklung der politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Ländern diskutieren werden.

Gestatten Sie mir zum Abschluß im Namen der sowjetischen Teilnehmer des Bergedorfer Gesprächskreises, Ihnen, verehrte ausländische Diskussionskollegen, zu sagen, wir heißen Sie in Moskau willkommen, und wir wünschen Ihnen Erfolg bei der Erfüllung des Hauptzieles des Bergedorfer Gesprächskreises in Moskau im Jahre 1979.

Körber

Es ist mir eine Ehre und Freude, seit 1970 nun schon zum dritten Mal einen Bergedorfer Gesprächskreis in der Sowjetunion eröffnen zu können. Davor, im Jahre 1968, und zuletzt 1976 waren Sie auch bei uns in Hamburg; beide Seiten jedes Mal mit Diskussionspartnern in wechselnder Besetzung. Alle Teilnehmer aber immer von dem Willen beseelt, den anderen freundschaftlich zu verstehen und einen Beitrag zur Verständigung zwischen unseren Nationen zu leisten.

Unser Gesprächskreis ist seit seiner Gründung vor 18 Jahren von dem Willen zur Verständigung getragen. Dieser Verständigungswille war und ist auch das tragende Fundament für die gesamten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, die bei allem Auf und Ab in der internationalen Politik eine positive Entwicklung genommen haben. Wir waren, wie Herr Borissow bereits erwähnte, 1970 das erste Mal Ihre Gäste in Leningrad vor Abschluß der Moskauer Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Damals diskutierten wir mit prominenten Bürgern Ihres Landes die Fragen der europäischen Sicherheit und Möglichkeiten der Zusammenarbeit, wie es in unserem Protokoll Nr. 36 nachzulesen ist. Es war für beide Seiten ein fruchtbares Gespräch und hat zweifellos zu der guten Entwicklung, die seitdem zwischen unseren Ländern stattgefunden hat, beigetragen.

Damit auch unsere heutige Tagung weiterhin für beide Seiten fruchtbar werden möge, begnüge ich mich, an die vertrauensvolle Atmosphäre unserer bisherigen Tagungen zu erinnern. In diesem Zusammenhang denke ich auch an die gute Atmosphäre anlässlich des Besuches von Leonid Breschnew, dem führenden Staatsmann Ihres Landes, in Bonn. In diesem "Geist von Bonn", das wünsche ich mir, möge auch dieser Gesprächskreis seine Arbeit tun.

Wir Deutsche hier sind wie immer ein gesellschaftlich bunt zusammengesetzter Kreis. Politisch interessiert sind wir alle. Wir sind aber vor allem interessiert an menschlich guten Beziehungen zur Sowjetunion, deren Völker eine der großen und führenden Weltnationen bilden.

Bei allem politischen Interesse hat dieser Gesprächskreis, wie Sie wissen, kein offizielles politisches Mandat, das wir auch gar nicht haben möchten. Wir sind und wollen ein Gesprächskreis freier Bürger sein, ein Gesprächskreis, der sich geehrt fühlt, wenn staatliche Amtsträger und führende Politiker unter uns sind. Jeder Gesprächskreisteilnehmer gibt bei uns Titel und Würde an der Garderobe ab. Dafür nimmt aber auch jeder das Recht in Anspruch, seine eigene persönliche Meinung zu sagen. So wollen wir es wiederum auch hier in Moskau tun.

Der Themenkreis der heutigen Tagung ist weit gespannt. Mir gefällt das sehr gut. Denn auf diese Weise bleiben wir frei, die Schwerpunkte unseres Gespräches zu wählen vielleicht in der Weise, daß wir uns nach den einleitenden Referaten und einer ersten Diskussionsrunde überlegen, ob wir in den Erörterungen kultureller, wirtschaftlicher und politischer Fragen bestimmte Wege der Konzentration einschlagen wollen.

Für mich - damit möchte ich diese kurze Begrüßung beenden - ist ein Besuch in der Sowjetunion immer wieder faszinierend: die herzlich warme Gastfreundschaft, die wir erfahren, die Großzügigkeit des Landes, das bis nach Ostasien blickt, einer der großen Zukunftsmärkte der Welt, eine der tapfersten Nationen. Aber ich bin kein Dichter und erst recht kein Schwärmer, sondern ein Unternehmer und Ingenieur und empfehle für unsere heutige und morgige Tagung das russische Sprichwort, das der große Lenin gern benutzt hat: "Vertraue, aber prüfe nach!" Das ist auch ein gutes Wort für eine fruchtbare und ehrliche Diskussion, wie sie uns allein befriedigen kann, damit wir durch neue Erkenntnisse belehrt und mit neuen politischen Anregungen ausgestattet nach Hause zurückkehren.

von Dohnanyi

Jeder Versuch, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion im kommenden Jahrzehnt zu beschreiben, muß zunächst Vergangenheit und Gegenwart dieser Beziehungen in Betracht ziehen. Schon hier beginnt jedoch ein Problem in unserem Dialog.

Wir kennen zwar die Vergangenheit, die "Tatsachen" stehen scheinbar fest. Wir erleben gemeinsam die Gegenwart, wir beobachten dieselben Ereignisse. Aber wir betrachten Tatsachen und Ereignisse nicht aus derselben Perspektive. Wir geben je nach Standort und Interessenlage, Geschichte und Gegenwart unterschiedliche Interpretationen.

Ich will dennoch versuchen, eine kurze Beschreibung von Vergangenheit und Gegenwart zu geben, über die wir uns vielleicht einigen könnten. Dabei werde ich mich selbstverständlich nicht auf deutsch-sowjetische Beziehungen beschränken können. Diese müssen im Umfeld der Ost-West-Beziehungen und der weltpolitischen Entwicklungen gesehen und verstanden werden.

Unsere gemeinsame Geschichte reicht weit zurück. Ich beginne dennoch mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die wichtigsten Resultate des Zweiten Weltkriegs waren ein geteiltes Deutschland und ein gespaltenes Europa; eine zur Weltmacht gewordene Sowjetunion, die allerdings zunächst nur in ihrem Anspruch ein wirklich gleichgewichtiger Partner (und später Gegenspieler) der USA war; die endgültige Erschütterung der Vorkriegskolonialmächte; die auch aus diesem Grunde unvermeidliche Reduzierung der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung traditioneller westeuropäischer Mächte; ein bisher ungekannter technischer Schub aus der Kriegsrüstung und die Erfindung neuer Waffen, deren Wirkung die klassischen Formen des Krieges als "Fortführung der Politik mit anderen Mitteln" ad absurdum führte.

Die Periode von 1945 bis 1970 (wenn man Daten überhaupt so grob setzen kann) war geprägt: vom Aufholen der Sowjetunion als militärische Weltmacht bis zur weltweiten "Parität"; von einer Verfestigung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Blöcke (NATO, Warschauer Pakt) im Gefolge des "Kalten Krieges"; vom Rüstungswettlauf; von der Befreiung und Gewinnung selbständiger Staatlichkeit der meisten früheren Kolonien; und vom Beginn einer Gruppenbildung von blockfreien Staaten. Vom wirtschaftlichen Wiederaufbau, von der Bildung regionaler Wirtschaftsverbände (zum Beispiel EWG und RGW); vom rapiden technischen Fortschritt; von der Vollbeschäftigung und von einem schnellen Wachstum des Welthandels.

In den 60er Jahren begann sich bereits die feste Konstellation der 50er Jahre zu lockern, aber die Weltpolitik verlief zwischen den beiden Polen USA-UdSSR, die Periode seit 1970 war gekennzeichnet von einer Annäherung der USA und der Sowjetunion im Gefolge der "Entspannung"; im geteilten Europa wurden die Beziehungen zwischen Ost und West intensiver, neben die Konfrontation trat die Kooperation; die KSZE und insbesondere die Schlußakte von Helsinki waren zugleich Abschluß und möglicher Anfang einer neuen Entwicklung. Aber die Periode seit 1970 war auch gekennzeichnet von der Fortsetzung des Rüstungswettlaufs einerseits und gleichzeitigem Bemühen, nukleare und konventionelle Rüstung zu begrenzen, andererseits; von der weiter zunehmenden Bedeutung der Dritten Welt, auch für die Beziehungen der Supermächte zueinander; vom Erkennen gewisser Grenzen traditioneller wirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere im Gefolge der sogenannten Ölkrise; von einer Verlangsamung des Wachstums; von Problemen in der weiteren Expansion des Welthandels, sei es als Ergebnis zunehmender Arbeitslosigkeit der Industriestaaten oder internationaler Begrenzungen der Kreditaufnahme.

Die Gegenwart brauche ich nicht zu beschreiben. Sie ist immer noch geprägt von diesen beschriebenen Tendenzen der 70er Jahre, obwohl sich einige Faktoren in letzter Zeit stärker in den Vordergrund geschoben haben. Hierzu gehört insbesondere die schnell zunehmende Bedeutung der sogenannten Dritten Welt und die damit verbundene weitere Auflockerung der bisherigen, weitgehend "bipolar" plus "blockfrei" zu charakterisierenden weltpolitischen Konstellation. Afrika oder China sind hierfür Beispiele.

Deutsch-sowjetische Beziehungen waren und sind fest eingebettet in diese Gesamtentwicklungen. Die Besonderheiten sind allerdings auch klar: Das Deutsche Reich war der Angreifer von 1941, der die tiefgreifenden Veränderungen der Weltpolitik verursacht, ausgelöst beziehungsweise beschleunigt hat. Die Sowjetunion war der Sieger, der aus vielleicht erklärbaren, aber von uns nicht zu akzeptierenden Sicherheitsüberlegungen im Ergebnis auf der Teilung Deutschlands und Europas bestand. Die Bundesrepublik, wirtschaftlich erstarkt, wurde Mitglied der NATO, der EWG und zu einer wichtigen Stimme im westlichen Bündnis. Die DDR wurde Teil des Warschauer Paktes und des RGW und zu einer wichtigen Stimme des östlichen Bündnisses. Die Bundesrepublik hat mit ihrer Stimme und mit ihrer Politik wesentlich dazu beigetragen, die Entspannungstendenzen der 70er Jahre zu fördern. Aber sie konnte und kann dies immer nur im Rahmen der allgemeinen politischen Entwicklung tun.

Der Vertrag von Moskau 1970 bis zur Schlußakte von Helsinki, die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen bis zum langfristigen Wirtschaftsabkommen von 1978, charakterisieren eine erfolgreiche Politik der Entspannung und Kooperation auf beiden Seiten.

Die Ausgangslage für die 80er Jahre ist also nicht schlecht: Die Bundesrepublik, deren Sicherheitsinteressen im westlichen Bündnis verankert und deren Wirtschaft in die Europäische Gemeinschaft verschmolzen ist, will auch in den 80er Jahren eine Politik der Entspannung und der Kooperation verfolgen. Wir gehen davon aus, daß auch die Sowjetunion eine entsprechende Politik

beibehalten will. Aber es wäre grober Leichtsin, wenn wir die Fortsetzung dieser Politik, die uns den Frieden in Europa gesichert hat, als eine Selbstverständlichkeit betrachten würden. Vielmehr gibt es nicht nur beachtliche Chancen, sondern auch erhebliche Risiken für die Entspannung. Unsere Chancen zu nutzen und die Risiken zu erkennen, sie zu begrenzen und zu überwinden, wird unsere gemeinsame politische Aufgabe sein.

Die Chancen liegen zunächst in der Übereinstimmung wichtiger Interessen: insbesondere im Ausbau der wirtschaftlichen und der kulturellen Beziehungen.

Der Außenhandel zwischen unseren Ländern zeigte bis 1976 ein stetiges, bei Umsatzsteigerungen von bis zu 58 Prozent (1974) zeitweise sogar ein rasantes Wachstum. Der Warenumsatz in den Jahren 1971 bis 1976 vervierfachte sich, die Bundesrepublik Deutschland wurde der größte Westhandelspartner der Sowjetunion, die ihrerseits auf einen wichtigen Rang unter allen Handelspartnern der Bundesrepublik Deutschland vorstieß.

Angesichts dieser außerordentlich dynamischen Entwicklung war es dann gar nicht so überraschend, daß im Jahre 1977 eine gewisse Phase der Konsolidierung eintrat, und zwar auf dem bis dahin erreichten hohen Niveau. Die uns bisher für das abgelaufene Jahr vorliegenden Zahlen berechtigen jedoch zu der Erwartung, daß bereits das Jahr 1978 wieder einen nennenswerten realen Zuwachs erbracht hat.

Die weitere Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion in den 80er Jahren wird davon abhängen, in welchem Maße wir in der Lage sein werden, die vorhandenen bilateralen Abkommen zu nutzen und mit Leben zu erfüllen. Ich denke hierbei insbesondere an das während des Besuchs von Generalsekretär Breschnew im Mai 1978 in Bonn unterzeichnete langfristige Wirtschaftsabkommen, das von beiden Seiten als ein Dokument angesehen wird, von dem wertvolle Impulse für eine weitere positive Entwicklung ausgehen können.

Die Kommission der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit hat sich bereits auf ihrer 8. Tagung im September Vorigen Jahres in Moskau mit der ihr durch Artikel 6 des langfristigen Abkommens zugewiesenen Aufgabe, ein langfristiges Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit auszuarbeiten, befaßt.

Das Instrumentarium liegt also bereit. Um die Aussichten unserer bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in den 80er Jahren aber abschätzen zu können, bedarf es eines Blickes auf die gegenwärtige Struktur unseres Güteraustausches und einer Überprüfung seiner Entwicklungsperspektive.

Die Importe der Bundesrepublik Deutschland aus der Sowjetunion setzen sich gegenwärtig zu knapp 20 Prozent aus Rohstoffen, zu etwa 55 Prozent aus Halbwaren und zu rund 24 Prozent aus Fertigwaren zusammen. Dagegen liefert die Bundesrepublik Deutschland nahezu ausschließlich Fertigwaren in die UdSSR. Der Anteil dieser Waren an der Gesamtausfuhr beträgt fast 97 Prozent, während auf Halbwaren lediglich 2 Prozent entfallen und ein Rohstoffexport so gut wie nicht stattfindet.

Dabei hat sich die sowjetische Exportstruktur auch aus unserer Sicht erfreulich entwickelt, denn noch am Anfang dieses Jahrzehnts (1970) betrug der Anteil der Fertigwaren am sowjetischen Export in die Bundesrepublik Deutschland weniger als 11 Prozent; der der Halbfertigerzeugnisse lag bei 45 Prozent, wohingegen der Rohstoffanteil mit über 32 Prozent fast ein Drittel des sowjetischen Gesamtexports ausmachte.

Rohstoffe, Primärenergie und Halbwaren im Austausch gegen Maschinen, Ausrüstungen und andere technologisch hochwertige Erzeugnisse: An dieser Struktur wird sich nach meiner Auffassung kurzfristig nichts Wesentliches ändern. Ich verweise zum Beispiel auf die großen Erdgas-Röhren-Geschäfte, bei denen die sowjetischen Lieferungen ihren Höhepunkt erst in den 80er Jahren erreichen werden. Das gleiche gilt für eine Reihe von Kooperationsabkommen im Chemiebereich.

Dennoch wird sich der im Handel zwischen westlichen Industrieländern überwiegende substitutive Güteraustausch auch im Handel unserer beiden Länder bemerkbar machen. Der Grad der Industrialisierung der Sowjetunion hat die Voraussetzungen geschaffen, vor allem bei ressourcen- und sachkapitalintensiven Halb- und Fertigwaren. Hier kann die UdSSR auf unserem Markt zunehmend als wettbewerbsfähiger Anbieter auftreten. Diese Tendenz wird sicher dazu beitragen, die derzeit noch spürbaren Grenzen für eine Ausweitung des Austauschvolumens in nennenswertem Maße zu erweitern.

Allerdings handelt es sich hierbei um einen langfristigen Prozeß, der in den 80er Jahren nur eingeleitet werden kann. Ein solcher Strukturwandel setzt nämlich auf beiden Seiten ein hohes Maß

an Anpassungsbereitschaft voraus. Bei uns die Fähigkeit, den laufenden Prozeß der Umstrukturierung in Richtung differenzierter Technologie zu beschleunigen, ohne dabei soziale Einbrüche zu bewirken. Bei Ihnen eine erhöhte Flexibilität der Planung, um eine breitere Palette von marktgerechten, das heißt in Technik, Qualität und Design konkurrenzfähigen Produkten anzubieten.

Dabei müssen wir die Grenzen von sogenannten Kompensationsgeschäften nüchtern und realistisch sehen. In Art. 4 des langfristigen Wirtschaftsabkommens des letzten Jahres wird zutreffend festgestellt: beiderseitige Interessen seien der Maßstab solcher Handelsformen.

Ich möchte deswegen hier nur auf zwei Vorbehalte hinweisen, die die Bundesregierung gegenüber dieser Form des Handels aus wirtschaftspolitischen Gründen hat:

- Kompensationsgeschäfte begünstigen überwiegend Großunternehmen, da mittlere und kleine, aber oft leistungsstarke Firmen keine oder allenfalls geringe Möglichkeiten haben, die Kompensationsware durch ein eigenes Vertriebsnetz zu vermarkten. Es besteht hier also die Gefahr einer allmählichen Verdrängung der mittelständischen Industrie aus unserem Handel. Dies würde schädliche Folgen für die betroffene Industrie - einem Bereich besonderer Innovationskraft - haben, aber auch unser gemeinsames Handelsvolumen zwangsläufig beschränken. Die Bundesregierung wird die Entwicklung daher genau zu verfolgen haben.

- Großkompensationsgeschäfte mit Massenprodukten bergen auch die Gefahr in sich, zu empfindlichen Störungen des Gleichgewichts der Märkte durch Mengen und Preise zu führen.

Auch Kooperationsverträge haben ihre Probleme. Bisher wurden solche insbesondere bei Großprojekten geknüpft auf den Gebieten der Metallurgie, Energie und Chemie. Trotz mehrjähriger Bemühungen von Fach- und Expertengruppen im Rahmen der bilateralen Wirtschaftskommission 1st es jedoch noch nicht gelungen, diese Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch in den mittelständischen Bereich unserer Unternehmen vorzutragen. Dies wäre jedoch möglich, und hier sehe ich für die 80er Jahre eine wichtige Aufgabe.

Mittelständische Unternehmen, die über reiche Erfahrungen und über hohes technologisches Wissen verfügen, könnten einen wesentlichen Beitrag für die Erneuerung des Anlagevermögens in der Sowjetunion leisten. Dies käme zugleich einem Strukturwandel bei uns entgegen, weil Produktionszweige mit hochentwickelter Technologie unter Einsatz besonders qualifizierter Arbeitskräfte gefördert würden. Solche Unternehmen im mittelständischen Bereich sind insbesondere an der Zusammenarbeit mit Ländern interessiert, die ihrerseits bereits einen angemessenen technologischen Entwicklungsstand erreicht haben. Hier sehe ich also eine Chance. Sie zu nutzen setzt allerdings wohl in der Sowjetunion mehr Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und größere Flexibilität im Planungsablauf voraus.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen bieten also in der Tat erhebliche Chancen für eine vertiefte Zusammenarbeit in den 80er Jahren. Die Entwicklung bilateraler Handels- und Wirtschaftsbeziehungen kann jedoch in Zukunft noch weniger als heute daran vorbeigehen, daß die Bundesrepublik Deutschland Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist, deren Zusammenarbeit sich erweitert und vertieft. Wesentliche Kompetenzen in zentralen Bereichen, insbesondere in der Handels- und Agrarpolitik, sind an diese Gemeinschaft abgegeben. Dies gilt es zu berücksichtigen.

In dieser Gemeinschaft haben wir nur eine Stimme unter 9, in der Mitte der 80er Jahre sogar unter 12 Mitgliedern. Ich möchte damit auf die Bedeutung hinweisen, die einer "Normalisierung" der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den übrigen Staaten des RGW einerseits und der Europäischen Gemeinschaft andererseits zukommt.

Ich kann hier keine ins einzelne gehende Ausführungen zu dem Stand der laufenden Verhandlungen zwischen EG und RGW machen. Diese Verhandlungen fallen auch in die Kompetenz der Gemeinschaft. Ich möchte nur einige Kriterien nennen, die mir wichtig erscheinen:

Bowin

Mir wurde die hohe Ehre zuteil, zusammen mit Herrn von Dohnanyi die Diskussion des Bergedorfer Gesprächskreises einzuleiten. Ich bin beeindruckt von der Energie des Herrn Körber, der nun schon über 60mal viele äußerst beschäftigte Leute dazu veranlaßt hat, ihre Arbeit zu unterbrechen, sich zu treffen, miteinander zu sprechen, um zu versuchen, einander besser zu verstehen.

Wir haben uns hier eingefunden, um einen Blick auf die Welt der 80er Jahre zu werfen. Lassen Sie mich aber zunächst einen Rückblick auf die 70er Jahre tun. Im ganzen gesehen waren das die Jahre der Entspannung, wenn es auch im einzelnen sehr unterschiedliche Jahre gewesen sind. Wir haben

Euphorie, aber auch Enttäuschung erlebt. Doch die Hoffnung scheint lebendig geblieben zu sein; und nicht nur das: Erhalten blieb auch das rechtliche Fundament der Entspannung. Die Angst vor einem plötzlichen katastrophalen Konflikt hat sich verringert.

In dieser Hinsicht kann man nicht umhin, der hervorragenden Rolle, die die Bundesrepublik bei der Verbesserung des europäischen und des internationalen Klimas gespielt hat, Tribut zu zollen. Die Ostpolitik der Bundesrepublik in dem Sinne, den Willy Brandt diesem Wort verliehen hat, ist zum Eckpfeiler der Entspannung geworden. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR kann man gewissermaßen als ein Modell für die allseitigen Beziehungen zwischen Ost und West betrachten.

Wenn ich es richtig sehe, dann ist in Bonn und in Moskau das Bewußtsein vorhanden, daß die staatlichen Interessen der beiden Länder beständige, gleichmäßige und stabile Beziehungen verlangen. Dieses Bewußtsein ist weit entfernt von leichtfertigen Schmeicheleien. Es enthält die Tragik der Vergangenheit und schließt auch nicht die Augen vor Elementen der Befremdung und des Mißtrauens, die ebenfalls bis heute noch vorhanden sind. Dabei wird die Zukunft als das Material betrachtet, an dem man ständig und geduldig arbeiten muß, ohne vor möglichen Schwierigkeiten und Ungleichmäßigkeiten in der Politik und in der Atmosphäre zu verzagen.

So sieht der psychologisch-politische Rahmen aus; das Gewebe, das geflochten worden ist, erlaubt es uns, wie ich meine, mit einem gewissen Optimismus in die 80er Jahre zu blicken. Aber dieser Optimismus ist sehr relativ. Denn die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik bestehen nicht isoliert; sie sind nur ein Teil einer breiteren Realität der europäischen und der Weltpolitik. Entsprechend beeinflussen alle politischen Unruhen und Erschütterungen, die in dieser Realität entstehen können, zwangsläufig auch den Zustand und den Charakter der westdeutsch-sowjetischen Beziehungen.

In dieser Hinsicht erscheinen mir einige Faktoren sehr interessant. Ich beginne mit der globalen Problematik. Sicher müssen wir über viele Pole der heutigen Welt sprechen; und zweifellos ist die weltpolitische Struktur äußerst kompliziert. Aber wenn wir das brennende Problem der Gegenwart im Auge behalten, nämlich die Frage von Krieg und Frieden, so liegt die Lösung dieses Problems auf der Ebene der Ost-West-Beziehungen.

Wenn wir unser Blickfeld noch weiter verengen und nur militärstrategische Aspekte in Betracht ziehen, dann sind die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA entscheidend. Ich sage nicht, ob das gut oder schlecht ist, sondern dies ist ein objektiver Faktor unserer Zeit. Ob man ein optimistisches Szenarium für die 80er Jahre erstellt oder ein pessimistisches Drehbuch vorbereitet, in jedem Fall wird der Ausgangspunkt die Lösung der Frage über die Beschränkung der strategischen Rüstungen sein, ob es also zum Abschluß des SALT-II-Abkommens kommt oder nicht. Hier liegt eine der zentralen Punkte der Weltpolitik und der Ansatz für weitere Szenarien.

Das Scheitern des Abkommens über SALT II würde zu einer neuen Runde des Atomwetttrüstens führen und Fortschritte in Wien in weite Ferne rücken. Mit anderen Worten, die Atmosphäre des Schreckens, der Verdächtigungen, der gegenseitigen Beschuldigungen würde erneuert werden, wo viele Probleme wieder von Anfang an gelöst werden müssen. Das bezieht sich auch auf die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen. In Moskau wollen wir keine solche Wendung. Wir schätzen auch die Einstellung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des SALT-II-Abkommens als sehr positiv ein. Hier besteht, so meine ich, ein weites Feld für politische Kontakte zwischen unseren beiden Ländern, besonders wenn wir berücksichtigen, daß nach dem SALT-II-Abkommen unverzüglich Verhandlungen für ein drittes Abkommen aufgenommen werden, an dem Westeuropa ein erhöhtes und verständliches Interesse bekundet. Das politische Gewicht, das der Bundesrepublik im System der westlichen Bündnisse zukommt, erlaubt die Hoffnung, daß ihre ausgewogene und aktive Politik in Fragen der Atomabrüstung zur positiven Entwicklung in den 80er Jahren beitragen wird.

Ein zweiter Faktor, der meiner Ansicht nach beachtet werden muß, bezieht sich auf die Dinge, die mit China verbunden sind. China behauptet sich in der Weltarena immer aktiver als eine selbständige und große Kraft. Im Prinzip ist das ein ganz natürlicher Prozeß, welcher dazu führt, daß China einen wesentlichen Platz in der Weltpolitik der 80er Jahre einnehmen wird. Aber in diesem Prozeß gibt es eine Besonderheit, die die Interessen meines Landes direkt berührt. Ich meine die deutlich zum Ausdruck kommenden antisowjetischen Zielsetzungen und Orientierungen der Politik Chinas. Das versteht man im Westen sehr gut. Dabei ist auch die Rede von der berüchtigten chinesischen Karte und von Versuchen, die Feindseligkeit Chinas gegenüber der Sowjetunion auszuspielen.

Hier entsteht ein interessantes Bild. In strategischer Hinsicht dürfte bei allen das Verständnis vorhanden sein, daß die Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion kaum durch eine Verbesserung der Beziehungen zu China kompensiert werden kann. Zu unterschiedlich sind die Kategorien, was ihr Gewicht angeht. Aber der Mensch ist schwach, und solche Versuche üben eine große Anziehungskraft aus. Die Suche nach einem neuen strategischen Gleichgewicht wird von verschiedenen politischen Tricks begleitet, mit denen man glaubt, auf die Sowjetunion Druck ausüben zu können.

Nehmen wir zum Beispiel den Verkauf von Waffen an China. Das wird jetzt zu einer Art Modeerscheinung. Ein westlicher Analytiker hat mir das so erklärt: „Es ist alles sehr einfach. Wenn wir China verstärken, wird sich die Sowjetunion nach Asien zurückziehen, und Westeuropa kann aufatmen.“ Das mag wie eine schöne, naive Lösung aussehen, aber die reale politische Logik ist anders. Die Beteiligung des Westens an der Aufrüstung Chinas führt unausweichlich dazu, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Mächten zu erschweren mit allen Konsequenzen, die sich daraus für den Entspannungsprozeß in den 80er Jahren ergeben. Selbstverständlich können wir niemanden daran hindern, China aufzurüsten; aber wir können und wir werden entsprechende Konsequenzen daraus ziehen. Die Position, die in dieser Frage die Bundesrepublik Deutschland einnimmt, und die, wie ich hoffe, auch in den 80er Jahren Bestand haben wird, trägt selbstverständlich dazu bei, das gegenseitige Verständnis zwischen unseren Ländern zu fördern.

Ein weiterer globaler Faktor muß berücksichtigt werden, wenn wir unsere Beziehungen in den 80er Jahren erwägen, das sind soziale Veränderungen. Die Welt wandelt sich vor unseren Augen ständig. Maßstäbe, die in Jahrhunderten entstanden sind, werden auf einmal zerstört, überall wollen die Menschen besser leben. Was kann man diesbezüglich in der westlichen, auch in der westdeutschen Presse lesen? Überall, heißt es, ist die Hand Moskaus im Spiel. Hinter allem stecken angeblich die Agenten des KGB, die Verschwörungen und Revolutionen organisieren. Gestern war es Angola und Afghanistan, heute ist es der Iran, und morgen kann es vielleicht Saudi-Arabien sein, wo der Feudalismus ebenso zu verurteilen ist wie der Feudalismus überhaupt.

Die massive Propaganda ist eine schreckliche Kraft; die Deutschen wissen das ja aus eigener Erfahrung. Die Menschen werden daran gewöhnt, in der Sowjetunion einen Feind zu sehen, der die Ölarterien, die den Westen ernähren, unterbrechen kann, der Gold und Uran aus Südafrika in die eigenen Taschen leiten will. So entsteht das Mißtrauen gegenüber unserem Land, so verstärkt sich jene unkritische öffentliche Meinung, die Herr von Dohnanyi erwähnt hat, und die als Bremse wirkt, welche die Regierungen bei der Suche nach einem neuen modus vivendi in den Beziehungen zur Sowjetunion behindert.

Über ernste Sachen muß man ernst sprechen. Natürlich kann man darüber streiten, was eigentlich Fortschritt ist. Aber alle verstehen wahrscheinlich sehr gut, daß ein Umsturz in Chile oder, sagen wir, ein Umsturz in Äthiopien und in Afghanistan sehr unterschiedlich beurteilt werden muß.

Die Entspannung kann nicht die Unterschiede in den Weltanschauungen, in den Philosophien, in der Geschichte und die Konkurrenz zwischen ihnen aus der Welt schaffen. Wenn die Welt auch reich an Zwischentönen ist, so geht die Polarisierung letztlich doch um die Hauptideologien, und diese Polarisierung wird notgedrungen von sozialen Veränderungen begleitet, von dem Kampf um politischen Einfluß.

Für unser heutiges Treffen ist das wohl nur ein Nebenthema, aber für die Menschheit ist es eines der Hauptthemen. Vielleicht können wir auf diesem Bergedorfer Gespräch auch das Thema behandeln: Die Ost-West-Beziehungen angesichts der sozialen Veränderungen. Oder: Entspannung und soziale Veränderungen in der Welt. Das dürfte insbesondere im Hinblick auf die 80er Jahre von Nutzen sein.

Ich gehe jetzt zu den europäischen Angelegenheiten über, zu jenen Aspekten, die die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion beeinflussen könnten. Uns bedrückt der sehr langsame Fortschritt - wenn man dieses Wort hier überhaupt gebrauchen kann - bei den Verhandlungen in Wien. Leider hat der Westen bis jetzt auf die letzten Vorschläge der sozialistischen Länder noch keine Antwort gegeben. Sicherlich würde ein erfolgreicher Abschluß von SALT II auch den Wiener Verhandlungen einen neuen Anreiz geben. Aber die entscheidenden Impulse sollten vom Interesse und vom politischen Willen der europäischen Länder selbst ausgehen.

In dieser Hinsicht dürfte es der Sache kaum dienlich sein, wenn die Öffentlichkeit im Westen mit der angeblichen sowjetischen Drohung geschockt wird. Es heißt, die Sowjetunion verfüge über zu viele Panzer und Flugzeuge. Selbstverständlich sind es viele, aber warum zu viele? Die Militärs, auch die westdeutschen, behaupten schon seit Jahren, daß trotz der Unterschiede in den einzelnen

Komponenten insgesamt eine ungefähre Parität besteht. Wahrscheinlich ist das der Fall; ich bin kein Fachmann auf dem militärischen Gebiet. Denn wenn dieses Gleichgewicht nicht bestehen würde, wären wir kaum Zeugen der positiven Veränderungen in Europa gewesen.

Lassen Sie mich jetzt ein wenig phantasieren. Nehmen wir an, man würde dem Computer die Aufgabe stellen, ausgehend von den vorhandenen NATO-Truppen, die Zahl der Panzer und Flugzeuge zu bestimmen, die die Staaten des Warschauer Vertrages brauchen, um einen Angriff erfolgreich abzuwehren. Möglicherweise würde sogar der sowjetische Computer Zahlen nennen, die niedriger sind als die, über die wir heute verfügen. Aber die Menschen unterscheiden sich von den Computern auf jeden Fall dadurch, daß sie nicht nur eine Logik besitzen, sondern auch eine Psychologie.

Ich erinnere mich noch gut an das Jahr 1942; ich war damals 12 Jahre alt. Bei uns zu Hause hing eine große Landkarte des europäischen Teils der Sowjetunion, und jeden Abend, nachdem wir die Nachrichten gehört hatten, ging ich an diese Karte und rückte Fähnchen weiter nach Osten, bis diese Fähnchen schließlich die Wolga und den Kaukasus erreichten. Die Menschen, die heute unsere Politik planen und für unsere Sicherheit verantwortlich sind, gehörten selbst zu jenen Truppen, die bis an die Wolga kamen oder die diese Fähnchen rückten. Und keine sowjetische Regierung, kein sowjetischer Mensch kann die Möglichkeit zulassen - selbst wenn sie nur abstrakt ist;-, daß sich dies noch einmal wiederholt. Daraus ergibt sich das Streben nach erhöhter Sicherheit; von daher erklären sich auch die vielen Panzer und Flugzeuge, die für den westlichen Beobachter überflüssig erscheinen mögen.

Wenn wir aber General Haig Glauben schenken sollen, dann verfügt die NATO über genügend Möglichkeiten, um einen Angriff des Ostens abzuschlagen, und damit kommen wir wieder auf die Parität zurück. Ich sehe natürlich ein, daß diese meine Erinnerungen kein Stoff für analytische Geister sind. Damit wir einander aber besser verstehen, wollte ich gerade an diesen psychologischen Hintergrund erinnern.

In Wien wird endlos verhandelt. Die NATO verstärkt indessen ihr Potential. Wir haben vorgeschlagen, die Potentiale einzufrieren, solange die Verhandlungen dauern. Aber das wurde nicht akzeptiert. Verteidigungsminister Hans Apel hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen - das ist keine neue Entwicklung;-, daß in der Bundesrepublik zusätzliche Brigaden entstanden sind und dort schwere Waffen stationiert werden. Es wird weiter berichtet, daß die USA bis zum Jahre 1983 auf dem Kontinent, das heißt praktisch in der Bundesrepublik, mehr Flugzeuge, Panzer und Sturmhubschrauber haben werden als heute. Es ist von 2000 Panzern und 5000 Sturmhubschraubern die Rede. Eine derartige Verstärkung wird die Situation in Europa kaum verbessern und auch die Sicherheit nicht erhöhen.

In unserer Zeit ist es überhaupt sinnlos, absolute Sicherheit anzustreben. Absolute Sicherheit für den einen bedeutet zugleich absolute Unsicherheit für den anderen. Die wahre Sicherheit kann nicht in einer Vergrößerung, sondern nur in einer beiderseitigen Reduzierung der Rüstungen bestehen. Darum brauchen wir einen Kompromiß und gegenseitige Zugeständnisse. Die Vorschläge, die ich schon erwähnt habe, bringen uns höchstwahrscheinlich einem Kompromiß näher, den wir alle suchen. Aber der Westen schweigt bis jetzt beharrlich.

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt bei den Wiener Verhandlungen eine besondere Stellung ein, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Bedeutung in der Kriegsmaschinerie der NATO als auch unter dem Gesichtspunkt, daß gerade auf dem Gebiet der Bundesrepublik fast alle nichteuropäischen Militärkontingente stationiert sind. Es wäre deshalb logisch anzunehmen, daß die Bundesrepublik und die Sowjetunion, natürlich aufgrund von Konsultationen mit ihren Verbündeten in der NATO beziehungsweise im Warschauer Vertrag, durch direkte Kontakte untereinander mithelfen könnten, einen Weg zu finden, der zu einem Kompromiß in Wien führt. Dies würde sich wiederum positiv für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen insgesamt auswirken.

Einige Worte zu den Integrationsprozessen, die in Europa stattfinden. Sie werden durch objektive Ursachen gefördert. Ich möchte nur einige dieser Ursachen nennen: Die Reaktion auf die abnehmende Bedeutung Westeuropas in der Weltpolitik; das Bestreben, den technologischen Rückstand zu den USA aufzuholen; der Wille, die Aktionen angesichts der politisch-ökonomischen Instabilität zu koordinieren und anderes mehr. Die Schwierigkeiten und Widersprüche der Integrationsprozesse sind unseren westdeutschen Gesprächspartnern viel besser bekannt als uns. Dies alles ist aber nicht unsere Sorge.

Unsere Sorge besteht vielmehr darin, daß der Kurs zur Schaffung eines Kleineuropas nicht in Einklang mit der Linie von Helsinki steht, die auf die Schaffung eines Großeuropas, auf die allmähliche Festigung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa abzielt. In dieser Hinsicht stimme ich Herrn von Dohnanyi durchaus zu, daß der Fortschritt in den Verhandlungen

zwischen dem RGW und den Europäischen Gemeinschaften von großer Bedeutung für die 80er Jahre sein wird. Ich habe aber den Eindruck gewonnen - vielleicht übertreibe ich;- , daß die Linie von Brüssel eine andere Ausrichtung besitzt als die Linie von Helsinki. Ich sehe jedenfalls, daß die Trennwände zwischen West- und Osteuropa durch die Integration verstärkt werden, wobei im Endeffekt die Schaffung eines einheitlichen oder gemeinsamen militärpolitischen Mechanismus den Abschluß bildet. Es fällt mir schwer, die Ergebnisse der 23. Tagung der Westeuropäischen Union anders zu beurteilen. Dort war die Rede von der Schaffung einer europäischen Rüstungsagentur beim Gemeinsamen Markt; dort wurden Empfehlungen angenommen, eine abgestimmte Abschreckungspolitik im militärischen Bereich auszuarbeiten; dort wurden die SALT-Gespräche kritisiert, die angeblich den Atomschirm Westeuropas verringern.

Die von solchen Voraussetzungen ausgehende Perspektive für die 80er Jahre kann kaum begeistern. Wir wissen, daß die Bundesrepublik die erste Geige in den Integrationsprozessen spielt, und der Charakter, den die westeuropäische Gemeinschaft annehmen kann, hängt daher weitgehend von der Position und der Politik der Bundesrepublik Deutschland ab. Ich verstehe natürlich, daß es für die Bundesrepublik keineswegs leicht ist, ihre Ost- und Westpolitik gegeneinander auszubalancieren. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für England, Frankreich und für andere westeuropäische Staaten. Aber eine solche Balance, ein solches Gleichgewicht ist notwendig für die Entspannung und unter den Bedingungen der Entspannung. Festzustellen bleibt jedenfalls: Wenn die politischen Überlegungen im Westen antisowjetische Züge annehmen, wird das keineswegs zur Entwicklung freundschaftlicher, gutnachbarlicher Beziehungen zwischen uns beitragen.

Schließlich ein letzter Faktor. Ich denke an die Summe der Probleme, die unter dem Stichwort "Deutsche Frage" zusammengefaßt werden. Es ist gegenwärtig allgemein anerkannt, sowohl im Westen als auch im Osten, daß die Lösung der Deutschen Frage allein auf der Grundlage der Anerkennung des "Status quo", der sich herausgebildet hat, möglich ist - zumindest gilt das für die absehbare Zukunft. Jeder Versuch, den "Status quo" zu stören, zu verletzen, wäre unvermeidlich eine Gefahr für den Frieden in Europa und nicht nur in Europa. Dies ist ein Axiom des heutigen politischen Lebens.

Ich verstehe die Gefühle, die Herr von Dohnanyi ausgesprochen hat. Aber in diesem Falle müssen Politik und Vernunft absolute Priorität gegenüber den Gefühlen haben.

Es bestehen freilich - und das wird auch künftig nicht anders sein - Streitigkeiten um einzelne Formulierungen, unter anderem auch hinsichtlich des Vierseitigen Abkommens über Berlin. Es werden heute und wahrscheinlich auch in Zukunft verschiedene Auffassungen über dieses Abkommen kollidieren. Aber das irritiert mich nicht sehr. Die ersten Schritte sind immer die schwierigsten. Ich denke, daß der allgemeine Entspannungsprozeß allmählich die Elemente der gegenseitigen Verständigung und des Konsensus auch in dieser Frage verstärken wird.

Körber

Ich darf für die Diskussion aus beiden Referaten folgende Punkte festhalten: Herr von Dohnanyi sprach erstens zum Komplex der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; er berührte zweitens den kulturellen Bereich, erwähnte drittens das Berlin-Problem, ging viertens auf die Beziehungen zur Dritten Welt unter Hinweis auf China ein. Eine zentrale Bedeutung nahmen fünftens die Fragen der Rüstung und Abrüstung ein: SALT II, Wiener Gespräche und SALT III für die 80er Jahre.

Herr Bowin hat sechs Punkte akzentuiert. Er begann milder Beschränkung der strategischen Rüstung - SALT II - und die davon abhängige Entwicklung in den 80er Jahren. Zweitens schnitt er das China-Problem an. Drittens verwies er auf die sozialen Veränderungen in einzelnen Ländern. Viertens erwähnte er die europäische Entwicklung im Hinblick auf die Wiener Verhandlungen. Fünftens wies er darauf hin, daß die Integration in Europa durch die verschiedenen Akzente, die in Brüssel gesetzt werden, im Gegensatz zu Helsinki stehen könnte, was die Entspannung behindere. Sechstens sprach er die Deutsche Frage an.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir uns am ersten Tag unserer Diskussion mehr auf die politischen und militärstrategischen Aspekte konzentrieren und dann morgen im weiteren Verlauf der Diskussion zu den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit übergehen.

Shukow

Ich meine, daß wir das Thema unserer Tagung günstig gewählt haben; denn auf diese Weise können wir die uns interessierenden Fragen in der weiten Perspektive des nächsten Jahrzehnts erörtern. Bekanntlich hat die Politik etwas mit dem Schachspiel gemeinsam, wo man nicht nur den nächsten

Zug des Partners, sondern auch die weiteren Züge voraussehen muß. Deshalb kommt es darauf an, die Ereignisse in der Perspektive zu sehen, und wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, uns mit Streitigkeiten über einzelne, ich würde sagen, kleine Fragen abzugeben.

Wir müssen von den Realitäten ausgehen. Eine dieser Realitäten ist, daß wir, die Industrienationen, die Minderheit auf unserem Planeten darstellen. In der sich schnell verändernden Welt sind unumkehrbare Ereignisse denkbar, welche die fruchtbare Rolle, die wir heute noch gemeinsam im Hinblick auf die Lösung der globalen Probleme der Menschheit spielen können, erheblich erschweren könnte.

Im letzten Abschnitt des 20. Jahrhunderts stehen tatsächlich gewaltige globale Probleme vor uns. Akademiemitglied Inozemzew hat in der "Prawda" die Probleme sehr eindringlich vor Augen geführt, vor denen alles übrige zurücktreten muß. Am Ende dieses Jahrhunderts werden 6 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Der technische Fortschritt entwickelt sich mit atemberaubender Schnelligkeit. In den letzten 25 bis 30 Jahren haben wir in der Welt ebensoviele Rohstoffe verbraucht wie in der gesamten Geschichte der Menschheit vorher. Allein der Erdölverbrauch hat sich in den letzten 25 Jahren versechsfacht.

Vor uns liegen die Probleme, wie man diese 6 Milliarden Menschen ernähren, kleiden und wie man Voraussetzungen schaffen kann, um ihnen ein normales Leben zu ermöglichen. In den Entwicklungsländern leben über 70 Prozent der Erdbevölkerung, aber das Pro-Kopf-Einkommen beträgt dort nur 180 Dollar, während es in den entwickelten Ländern 3500 Dollar sind.

Wenn wir diese Hauptprobleme lösen wollen, dann müssen wir auf jeden Fall verhindern, daß durch eine Unvorsichtigkeit oder durch einen falschen Schachzug, der die nächsten Züge nicht in Betracht zieht, ein Konflikt zwischen uns entsteht, der den Kalten Krieg oder sogar den heißen Krieg entbrennen läßt. Darin vor allem liegt die Weisheit, die von unseren führenden Persönlichkeiten gefordert ist.

In einem Gespräch mit amerikanischen Journalisten hat Genosse Breschnew vor kurzem gesagt: "Das Leben hat gezeigt, daß der Versuch, eigene Vorteile auf Kosten anderer zu erlangen, die eigene Politik zur Unfruchtbarkeit verurteilt." Deshalb müssen wir die Zusammenarbeit so aufbauen, daß sie tatsächlich zum gegenseitigen Vorteil gereicht und die Interessen beider Seiten berücksichtigt.

Ich stimme unseren Referenten zu, daß die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland an die Lösung dieser Fragen seit dem Jahre 1970 herangehen. Ich war 1970, bald nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages, in Bonn. Ich konnte damals feststellen, daß die Unterzeichnung des Vertrages sehr unterschiedliche Reaktionen hervorrief. Es gab Anhänger und Gegner des Vertrages. Ich erinnere mich an Gespräche mit einer Reihe von Leuten, die mir zu beweisen suchten, daß sie, wenn sie zur Macht kommen würden - und damals war der Vertrag noch nicht ratifiziert;- die Vertragsverhandlungen noch einmal ganz von vorne beginnen wollten, um einen besseren Vertrag zustande zu bringen als denjenigen, den Brandt und Scheel damals unterzeichnet hatten. Zum Glück endete alles günstig, der Vertrag fand die Mehrheit des Deutschen Bundestages und wurde zur Realität.

Deshalb müssen wir uns jetzt überlegen, was zu tun ist, um die Entspannung zu materialisieren. Dazu hatte Genosse Breschnew 1975 bei der Unterzeichnung der Schlußakte in Helsinki aufgefordert. Wir haben vieles in dieser Hinsicht getan, und die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland stellen ein Beispiel dafür dar, wie diese Materialisierung vor sich gehen sollte. Dieser Prozeß geht aber langsamer vor sich, als wir es wünschen.

Ich greife eine konkrete Frage auf. Ich würde es begrüßen, wenn sich dieser Kreis daran erinnerte, welche Vorschläge bereits damals der Genosse Breschnew in bezug auf gesamteuropäische Kongresse zu lebenswichtigen Problemen der Umwelt, der Energie und des Transports unterbreitet hat. Das Leben selbst fordert eine schnelle Lösung dieser Probleme. Denken Sie etwa an die Verschmutzung des Rheins, der Rhône oder anderer Flüsse. Solche unaufschiebbaren Probleme erlauben keinen Aufschub. Vier Jahre sind seit der Unterzeichnung der Schlußakte vergangen; aber wir sind um keinen Schritt vorangekommen. Wir dürfen nicht nach dem Prinzip leben: Möge die Sintflut nach uns kommen. Wir müssen an das Morgen denken. Deshalb sollten wir die vielen uns trennenden strittigen Fragen beiseite schieben, um in den Fragen weiter zu kommen, in denen wir bereits eine Einigung erzielt haben.

Zum Schluß noch eine Bemerkung zu Herrn von Dohnanyi, der, wie ich meine, mißverständlich behauptet hat, die Sowjetunion habe seinerzeit angeblich darauf bestanden, daß Deutschland geteilt werde. Als Teilnehmer des Rates der Außenminister, der die Fragen der Nachkriegsgliederung Deutschlands behandelte, möchte ich daran erinnern, daß die Sowjetunion auf der Londoner Tagung

von 1947 gerade einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten hat. Denken Sie an den Morgenthau-Plan, der die Teilung Deutschlands in sechs Staaten vorsah. Sie erinnern sich wahrscheinlich auch an die Vorschläge Churchills über die Teilung Deutschlands in mehrere Staaten; Sie erinnern sich schließlich auch an die Handlungen Frankreichs, das die Saar teilweise zum französischen Territorium erklärte und auf das Rheinland Anspruch erhob.

Die Sowjetunion hat seit Potsdam und selbst seit Jalta, den Standpunkt vertreten, daß ein einheitlicher deutscher demokratischer Staat bestehen sollte. Man hat nicht auf uns gehört, und es entstand eine andere Situation. Die Bundesrepublik Deutschland wurde zu einer Zeit gegründet, als es noch keine Deutsche Demokratische Republik gab. Das sind historische Tatsachen. Daran läßt sich heute nichts mehr ändern; das ist ein Ergebnis des Krieges. Jene Situation, die sich im Zentrum Europas entwickelt hat, ist eine Realität, und es ist unmöglich, den "Statusquo" heute zu ändern.

Ich glaube also, daß Brandt und Scheel eine große politische Weisheit bewiesen haben, als sie zu dem Ergebnis kamen, daß das Leben weitergeht, neue Generationen von Menschen heranwachsen und man von dieser Realität ausgehen muß. So hat man auch diese Fragen behandelt.

Wir können im allgemeinen feststellen, daß, ungeachtet der Schwierigkeiten, die heute noch in Europa bestehen, Europa aus einem explosiven Gebiet zu einem ruhigen Gebiet der Welt geworden ist. Das ist eine große Errungenschaft der europäischen Völker und der Regierungen seit den 50er Jahren. Davon sollten wir ausgehen und unsere Beziehungen auf dem Grundsatz aufbauen, der Versuche ausschließt, eigene Vorteile auf Kosten des anderen zu suchen. Lassen Sie uns ein Problem nach dem anderen lösen.

Löwenthal

Ich möchte mit einem Wort der Zustimmung an Herrn Bowin beginnen zu dem, was er über die Bedeutung der Deutschen Frage für die Entspannung gesagt hat. Ich stimme ihm zu, daß eine Entspannung in Europa nicht möglich gewesen wäre, wenn die Bundesrepublik sich nicht entschlossen hätte, einen "Modus vivendi" auf der Grundlage des "Status quo" zu suchen. Ich glaube, daß der Appell, den Herr Bowin an uns gerichtet hat, in Lebensfragen der Zukunft nicht von Emotionen auszugehen, sondern von der Vernunft, bei einer ständig wachsenden Mehrheit der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik seit Jahren sein Echo gefunden hat.

Es ist durchaus verstanden worden, daß diese Wendung der Bundesrepublik nicht nur eine Voraussetzung für die Entspannung in Europa gewesen ist, sondern daß diese Entspannung, die sich für alle lohnt, sich insbesondere auch für die Bundesrepublik gelohnt hat. Ich meine damit, daß wir nicht mehr ein Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes sind, daß insbesondere die Stadt, in der ich lebe, Berlin, nicht mehr ein Brennpunkt des Konfliktes ist, und ich glaube, daß niemand, der Verantwortung trägt, das ändern will. Es ist ja schließlich auch für den Einfluß der Bundesrepublik in der Welt, auf den Sie angespielt haben, Herr Bowin, wichtig gewesen, daß sie nicht mehr in erster Linie als Konfliktfaktor angesehen wird.

Gerade weil wir so sehr an der Entspannung interessiert sind, möchte ich einige Punkte erwähnen, die in unseren Augen die Entspannung gefährden. Sie haben, Herr Bowin, die Doktrin wiederholt, daß die friedliche Koexistenz keine ideologische Koexistenz bedeutet und daß die Sowjetunion in Fragen der Klassegegensätze, der sozialen Gegensätze nicht neutral sein kann. Das verstehen wir, und darüber haben wir uns keine Illusionen gemacht. Aber es ist doch ein Unterschied, ob es sich um eine allgemeine Sympathie in sozialen Kämpfen handelt oder um bewaffnete Intervention durch Dritte in fernen Kontinenten. Das ist eine Form des ideologischen Konflikts mit bewaffneten Mitteln, die unvermeidlich das Klima der Entspannung gefährden muß. Dies geht die Bundesrepublik zwar nicht unmittelbar an, aber es wirkt sich auf die gesamte Weltsituation, auf die Gesamtstimmung im westlichen Bündnis aus und erschwert die Aufrechterhaltung eines Klimas der Entspannung.

Eine Sache, die uns viel unmittelbarer angeht, ist die Frage des Kräfteverhältnisses der Truppen in Europa und des Fortgangs oder zum Teil des Nicht-Fortgangs der Wiener Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen. Hier haben Sie ein Bild gezeichnet, das die Gewichte nicht realistisch verteilt. Sie haben dem Westen vorgeworfen, daß er die sowjetischen Angebote nicht beantwortet habe. Aber es gibt jetzt ja auch westliche Angebote in Richtung auf eine ungleichmäßige Veränderung in dem Sinne, daß die eine Seite die einen Waffen und die andere Seite die anderen Waffen reduzieren könnte. Die Differenzen über die Frage, ob die Sowjets etwas mehr Truppen haben als die NATO, bilden sicher nicht mehr die Hauptschwierigkeit, seitdem sich die Diskussion auf das konkrete Feld spezifischer Waffen verschoben hat.

Und hier muß ich Ihnen sagen, daß ich Ihrem Argument für die Panzerüberlegenheit des Warschauer-Pakts nicht folgen kann. Sie haben davon gesprochen, daß dies psychologisch bedingt sei, indem Sie uns daran erinnerten, welche furchtbaren Erfahrungen die Sowjetunion mit Hitlers Überfall gemacht hat. Das ist gewiß ein Argument, das uns nicht ansteht, beiseite zu wischen. Aber es ist doch in einer Situation, in der der Osten eine Panzerüberlegenheit von 3 :1 in Europa hat, ein mehr gefühlsmäßiges als vernunftsmäßiges Argument; und ich möchte Ihnen Ihren Appell, daß man die Grundfragen der Entspannung mit Vernunftgründen beurteilen muß, in diesem Punkt zurückgeben.

Nach allen Erfahrungen braucht man keine Panzerüberlegenheit von 3: 1, um sich zu verteidigen, wohingegen eine Panzerüberlegenheit von 3 :1 annähernd ausreicht, um anzugreifen. Nun glaube ich nicht, und kein Verantwortlicher in Westeuropa dürfte dies glauben, daß die Sowjetunion einen solchen Angriff beabsichtigt. Aber dann stellt sich doch die Frage, wozu sie eine solche potentiell-offensive Panzerüberlegenheit braucht. Für das Klima der Entspannung ist das nicht gut, und es ist sogar gefährlich, weil es im Westen unerwünschte Reaktionen hervorrufen kann.

Sie werden sich erinnern, daß vor nicht allzu langer Zeit die Einführung einer neuen Waffe im Westen in der Diskussion war, die ihrer Natur nach primär eine Anti-Panzerwaffe ist. Das ist nicht geschehen, und es wäre für die Entspannung und auch für unser Land sicher besser, wenn es nicht geschähe. Wenn jedoch die Panzerüberlegenheit der Sowjetunion erhalten bleibt, wird der Druck im Westen wachsen, daß es geschehen solle. Das ist es, was ich mit Gefahren für die Entspannung meine. Ich möchte an Sie appellieren zu verstehen, daß für den Fortbestand der Entspannung in Europa eine Reduzierung der sowjetischen und Warschauer-Pakt-Überlegenheit in spezifischen Offensiv-Waffen ein wichtiger Beitrag sein kann.

Freiherr von Weizsäcker

In beiden Referaten wurde im Hinblick auf die 80er Jahre mit Recht die Notwendigkeit und die Unausweichlichkeit einer Politik der Entspannung unterstrichen. Niemand, der in der Bundesrepublik Deutschland Verantwortung trägt, will einen anderen Kurs. Da Herr Bowin im Zusammenhang mit Berlin von einer Äußerung des Vorsitzenden der CDU gesprochen hat, möchte ich darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um eine vom Vorsitzenden der CDU geschaffene Frage handelt, sondern daß es in bezug auf Berlin verschiedene rechtliche Standpunkte gibt. Einerseits den der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, zu dem alle; Parteien stehen; andererseits den der drei westlichen Alliierten und drittens den des Berlin-Abkommens, das wir selbstverständlich respektieren. Außerdem gibt es Verträge der Europäischen Gemeinschaft, die ihrerseits Ausgangspunkt für die Meinungen sind, auf die Herr Bowin hingewiesen hat.

Bei dem Gespräch, das der Generalsekretär der KPdSU mit Herrn Kohl im Mai 1978 geführt hat und an dem ich teilgenommen habe, hat es jedenfalls keinen Zweifel darüber gegeben, daß die gemeinsame Ausgangslage für die 80er Jahre das Bekenntnis zur Entspannung ist, daß die bestehenden Verträge gültiges Recht und die Grundlage der Politik sind, von der aus wir uns um Fortschritte in der Entspannung bemühen. Ich wäre froh, wenn wir auch in diesem Gespräch nicht hinter den Erkenntnisstand zurückfielen, der in dem Gespräch zwischen Herrn Breschnew und Herrn Kohl erreicht worden ist.

Ich möchte zweitens eine Bemerkung zur Teilbarkeit der Entspannung machen. Diese Frage wird uns sicher noch große Probleme bescheren; gar nicht in erster Linie bilaterale Probleme zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, aber im Ost-West-Entspannungsprozeß im ganzen. Ich stimme völlig zu, wenn man sagt, daß es in vielen Teilen der Welt durch die erreichten Souveränitäten und durch die schwierigen sozialen Entwicklungsprozesse unvermeidlich Spannungen geben muß, von denen wir alle nur hoffen können, daß sie sich nicht negativ auf den Ost-West-Entspannungsprozeß auswirken.

Andererseits gibt es immer wieder Spannungsfelder in der Welt, auf die mittelbar oder unmittelbar auch solche Mächte einwirken, die ihrerseits am Ost-West-Entspannungsprozeß beteiligt sind. Und da stellt sich die Frage der Teilbarkeit oder der Unteilbarkeit der Entspannung. Ich habe in amtlichen sowjetischen Äußerungen gelesen, die Entspannung sei unteilbar, aber auch die Gerechtigkeit sei unteilbar. Dort, wo sich die Gerechtigkeit Gehör verschaffe, müsse dies auch dann geschehen, wenn es zumindest vorübergehend in bezug auf den Entspannungsprozeß Probleme mit sich bringe. Ich kann das durchaus verstehen. Denn natürlich ist die Gerechtigkeit ein Prinzip, das man nicht relativieren kann. Andererseits gibt es immer wieder Streit darüber, was denn die wahre Gerechtigkeit sei.

Ich komme gerade aus den Vereinigten Staaten und habe mich dort sehr intensiv um die Frage gekümmert, wie es denn für den Fall einer Unterzeichnung des SALT-II-Abkommens mit den

Aussichten der Ratifizierung im amerikanischen Senat steht. Die Bundesrepublik Deutschland hat gewiß kein Interesse daran, daß ein unterzeichnetes SALT-II-Abkommen etwa scheitert, sondern wir sind im Gegenteil daran interessiert, daß es nach einer Unterzeichnung auch in Kraft tritt. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es in den Vereinigten Staaten eine Reihe von Senatoren gibt, die ein Interesse daran haben, daß SALT II, wenn es unterzeichnet ist, auch ratifiziert wird. Zugleich sind sie aber der Ansicht, daß es zu einer Ratifizierung im amerikanischen Senat nur dann kommen wird, wenn in aller Nüchternheit und mit dem Willen zur Entspannung auch über die Frage der Teilbarkeit der Entspannung, das heißt auch über die Spannungsherde in allen Teilen der Welt offen gesprochen wird.

Wir sind hier nicht zusammengekommen, um Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu lösen. Aber da auch wir Deutsche an der weiteren Entwicklung von SALT II äußerst interessiert sind, sind wir mittelbar an solchen Überlegungen beteiligt, wie sie in dieser Hinsicht in Amerika registriert werden können.

Lassen Sie mich schließlich noch einen weiteren Punkt aufgreifen. Ich habe mit großem Interesse zugehört, als Herr Bowin die Sorge äußerte, der Kurs von Kleineuropa könne den Kurs von Großeuropa stören. Ich halte es für gut, wenn wir diesen Gedanken im Laufe der Diskussion vertiefen könnten. Denn für die deutschen Teilnehmer an dieser Konferenz klingt diese Sorge etwas überraschend.

Wir sind - ich spreche hier nicht nur von einem politischen Standpunkt Berlins aus - natürlich daran interessiert, daß alles getan wird, was dazu beiträgt, allmählich die Gräben zuzuschütten, die zwischen Ost und West in Europa bestehen. Wir haben nicht die Absicht, eine sogenannte kleineuropäische Politik mit dem Ziel der Störung der großeuropäischen Entwicklung, die Schritt für Schritt aufeinander zuführt, zu betreiben. Wir glauben auch nicht, daß Kleineuropa, also die Europäische Gemeinschaft, nach ihren Vertragsgrundlagen und nach den gegebenen politischen Realitäten für irgendwelche Militärmechanismen geeignet wäre. Deshalb sollten wir gerade für die Perspektiven der 80er Jahre dazu beitragen, solche Sorgen zu zerstreuen.

Neubauer

Zu dem, was Herr von Weizsäcker zu Berlin gesagt hat, möchte ich nur hinzufügen: Die Oppositionspartei, der ich angehöre, nämlich die CSU, hat wiederholt erklärt, daß sie sich an die geschlossenen Verträge gebunden fühlt. Der römisch-rechtliche Grundsatz: pacta sunt servanda gilt vor allem dort, wo es sich um Verträge mit völkerrechtlichem Charakter handelt. Ich meine, die Geschichte lehrt, daß es unseren beiden Völkern immer dann gut ging, wenn wir miteinander in Frieden gelebt haben, und daß es unseren Völkern schlecht ging, wenn wir diesen Frieden nicht mehr hatten. Deswegen dürfen Sie die volle Überzeugung mitnehmen, daß auch die CSU die Entspannung uneingeschränkt anstrebt.

Körber

Ich halte aus den Beiträgen von Herrn Löwenthal und Herrn von Weizsäcker zwei Punkte fest, auf die ich die sowjetischen Partner bitten möchte, Bezug zu nehmen. Das ist erstens die Frage der sowjetischen Überlegenheit in Europa auf dem Gebiet der konventionellen Waffen, insbesondere bei den Panzern. Zweitens sehe ich in der Frage Kleineuropa und Großeuropa ein wichtiges Thema.

Falin

Ich halte diesen informellen Meinungsaustausch für sehr nützlich, um die beiderseitigen Positionen und die bestehenden Stimmungen in den einzelnen Ländern besser zu verstehen und um optimale Lösungen zu finden, die den Interessen unserer Länder am besten entsprechen. Damit würden wir auch den Interessen anderer Staaten Rechnung tragen, mit denen wir zusammen leben.

Lassen Sie mich zunächst auf einige Thesen eingehen, die vor allem von den Referenten geäußert wurden. Bei dem, was Alexander Bowin über den Unterschied in den Strukturen der Streitkräfte des Warschauer Vertrages und des Nordatlantik-Paktes sagte, schien mir ein Moment nicht klar genug herauszukommen. Der Unterschied in diesen Strukturen ist nämlich historisch bedingt; er hat sich nicht von einem Tag auf den anderen herausgebildet. Er wurde bedingt durch das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Länder und ihrer Möglichkeiten - auch auf militärischem Gebiet;-, und zwar zu einem Zeitpunkt, als sich die internationale Politik in einem traurigen Zustand befand, der als Kalter Krieg bekannt ist.

Die größere Anzahl von Panzern auf unserer Seite, da stimme ich Herrn Bowin nicht ganz zu, erklärt sich nicht nur durch die Erinnerung an Stalingrad oder an den Kursker Bogen. Vielmehr hat sich das reale Potential der beiden Militärorganisationen zu einem Zeitpunkt herausgebildet, als die NATO über eine gewaltige Überlegenheit in Kernwaffen verfügte. Diese Überlegenheit besteht eigentlich auch heute noch. Das bestätigen alle bekannten Publikationen. Wenn wir die Zahl der Kernsprengköpfe vergleichen, die sich zu beiden Seiten der Trennungslinie befinden, und wenn wir die Möglichkeiten eines Gleichgewichts erwägen, dann fragen wir uns, ob man im Westen zufrieden sein würde, wenn die Staaten des Warschauer Vertrages die Zahl der Kernsprengköpfe verdreifachen und die Zahl der Panzer entsprechend verringern würden.

Nun, von diesem Modell dürfte wohl niemand begeistert sein. Eine solche Entwicklung würde die Sicherheit in Europa nicht festigen und das Gefühl der Sicherheit nicht verstärken. Wir können viel darüber streiten, welche Struktur der Streitkräfte im Westen und im Osten am günstigsten wäre. Aber wir sollten besser davon ausgehen, daß diese Strukturen auch in Zukunft verschieden bleiben werden. Das Kräfteverhältnis läßt sich nicht auf arithmetischem Wege messen. Denn die europäische Situation oder - wie die Militärs sagen - der europäische militärische Schauplatz ist nur ein Teil des globalen Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost, darunter auch und vor allem zwischen der UdSSR und den USA. Und in isolierter Form können wir das nicht richtig verstehen und lösen.

Eines ist aber auch heute schon völlig klar, und das ist auch ein Beweggrund für die Verhandlungen in Wien und für unsere Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten: Die weitere Anhebung des Rüstungsniveaus sowohl in Europa als auch in der ganzen Welt würde die Sicherheit nicht nur nicht festigen, sondern das weitere Rüstungswachstum wirkt der Sicherheit aller entgegen. Von daher gelangen wir ganz von selbst zu der Schlußfolgerung,¹ daß wir das realisieren sollten, was in den gemeinsamen Deklarationen und Ergebnissen der Verhandlungen von Leonid Breschnew mit den Führern der Bundesrepublik Deutschland im Mai vorigen Jahres über die Notwendigkeit bekundet wurde, Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der militärischen Konfrontation zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist auch das, was sich in den anderen Teilen der Welt abspielt, von erheblicher Bedeutung. Ich meine jetzt die ganze Peripherie der Sowjetunion und des Fernen Ostens, den Mittleren Osten und den Nahen Osten. Die internationale Lage entwickelt sich hier unserer Meinung nach nicht sehr günstig. Was China betrifft, so entsteht dort ein Potential von aktueller Bedrohung, vielleicht nicht so sehr für die Sowjetunion als vielmehr für die anderen Staaten dieser Region. Da aber die Sowjetunion auch eine asiatische Macht ist, so betrifft das ebenfalls unsere Interessen. Infolgedessen müssen auch wir diesem Faktor Rechnung tragen und entsprechend darauf reagieren.

Wenn wir von der Notwendigkeit sprechen, die Rüstungen und die Streitkräfte zu reduzieren, um das Niveau der militärischen Konfrontation zu senken, so muß man vor allem eine einfache Wahrheit unterstreichen. An der Senkung des Rüstungsniveaus ist die Sowjetunion nicht mehr und wohl auch nicht minder interessiert als die anderen Staaten, mit denen wir Verhandlungen führen. Aus den Äußerungen der Politiker und aus den Publikationen im Westen kann man schließen, daß dort immer noch die Vorstellung besteht, Abkommen, die zum Ziel haben, die Entspannung herbeizuführen und insbesondere die Streitkräfte und Rüstungen real zu reduzieren, würden für die Sowjetunion von Vorteil sein. Deshalb vertritt selbst im Kongreß der Vereinigten Staaten eine bestimmte Gruppe von Politikern die Meinung, ein Abkommen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen würde der Sowjetunion mehr nützen als den Vereinigten Staaten.

Ein solches Denken hat seine eigene Geschichte. In den ersten Jahren nach 1917, als die Sowjetmacht noch äußerst schwach war, und wir das Recht auf unsere Lebensweise und auf die Existenz bekräftigen wollten, die wir für uns gewählt hatten, sagten unsere Partner: Womit will die Sowjetunion die Anerkennung dieses Rechtes bezahlen? Heute erkennen die Vereinigten Staaten zwar das Prinzip der gleichen Rechte und der gleichen Sicherheit an, aber aus welchen Motiven auch immer wollen die Vereinigten Staaten in den Verhandlungen diese oder jene Vorteile für sich gewinnen, die dem Prinzip der gleichen Rechte und der gleichen Sicherheit zuwiderlaufen. Je früher in der Politik bestimmte Prinzipien nicht nur anerkannt, sondern in der Praxis verwirklicht werden, sich also in konkreten Handlungen niederschlagen, um so rascher wird die Entspannung eintreten und eine gegenseitige Verständigung erreicht, die das internationale politische Klima begünstigen und vor negativen Einflüssen schützen würde.

Hier wurde nun gefragt, inwiefern das Brüsseler Kleineuropa mit dem Großeuropa von Helsinki im Widerspruch stehe. Der Aufmerksamkeit der sowjetischen Teilnehmer ist die Äußerung von Herrn von Dohnanyi nicht entgangen, daß es schon lange an der Zeit sei, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den anderen Ländern des RGW einerseits und den Mitgliedern der EG andererseits

zu normalisieren. Dem stimme ich zu; und die Tatsache, daß diese beiden Organisationen objektiv bestehen, ist schon lange nicht mehr umstritten. Umstritten ist allerdings, wie die Beziehungen zwischen dem RGW und der EG normalisiert werden können.

In diesem Kreis, wo nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, möchte ich folgendes dazu sagen. Wir haben den Eindruck, daß die westliche Frage der Normalisierung der Beziehungen zwischen dem RGW und dem Gemeinsamen Markt weniger auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen diesen beiden Organisationen und ihren Mitgliedern abzielt, als vielmehr von westlicher Seite die Möglichkeit anvisiert wird, desintegrierende Elemente in den RGW hineinzutragen, indem man etwa ein RGW-Land einem anderen vorzieht, und in Gegensatz zueinander bringt. Das ist dann keine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem RGW und dem Gemeinsamen Markt, sondern das ist eher ein Weg, der uns von der Lösung dieses Problems wegführt.

Wenn wir von einer gewissen Tendenz sprechen, die Westeuropa und Osteuropa trennt, also die Spaltung Europas vertieft, so müssen wir hinzufügen, daß das Tempo der Verhandlungen in Wien äußerst langsam ist. Vielleicht überschätzen wir dabei die Antriebskraft und den realistischen Charakter der Vorschläge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, die an diesen Verhandlungen teilnehmen. Wir unterschätzen aber auf keinen Fall, daß die Vorschläge, die in diesen Verhandlungen vom Westen unterbreitet werden, unrealistisch und unannehmbar sind. Das betrifft vor allem den Teil der westlichen Vorschläge, der im Falle einer Realisierung die Sicherheit der sozialistischen Länder beeinträchtigen und der anderen Seite einseitige Vorteile verschaffen würde.

Es gibt noch andere Belege, die zeigen, daß viele Bestimmungen des umfangreichen und wichtigen Programms, das in der Schlußakte von Helsinki festgelegt wurde, in der Politik der westlichen Länder kaum einen angemessenen Ausdruck finden. Vielmehr hat man sich aus dem großen Komplex der Prinzipien und Aufgaben, die in Helsinki allen Teilnehmern der KSZE zugeteilt wurden, einige Probleme künstlich herausgeschält und diese dann den anderen Fragen objektiv gegenübergestellt. Dem Punkt, wie in der Sowjetunion eine große Bedeutung beigemessen, was auch Alexander Bowin zum Ausdruck bringen wollte.

Lassen Sie mich abschließend sagen, daß der eigentliche Sinn vieler jetzt im Gang befindlichen Verhandlungen und Regelungen nicht darin besteht, den jeweils anderen von dem eigenen Recht zu überzeugen und ihn zu veranlassen, die rechtlichen, politischen oder moralischen Standpunkte des Partners anzuerkennen. Das ist in den meisten Fällen unmöglich. Und für die praktische Politik ist es, ehrlich gesagt, gar nicht so wichtig, daß die andere Seite unbedingt sagt, sie sei von den Idealen und Grundsätzen des Partners überzeugt.

Ein Beispiel dafür ist das Vierseitige Abkommen über West-Berlin, in dem die vier Mächte von Anfang an erklären, daß sie die rechtlichen Positionen ausklammern, bei denen keine Übereinstimmung ihrer Standpunkte erreicht werden konnte. Wir sprechen weiter über die praktischen Verbesserungen, auf die Sie hinwirken wollen, und von denen Sie erklärt haben, daß sie für die Entspannung in diesem Raum so außerordentlich wichtig sind. Dieses Modell wurde praktisch auch in den anderen Abkommen verwirklicht. In solchem Vorgehen sehe ich einen Ansatz, um viele Fragen zu beantworten, die sich gegenwärtig aufgrund der unterschiedlichen Standpunkte nicht oder nur schwer lösen lassen.

Ich meine, wir sollten in einem Kreis, wie es der Bergedorfer Gesprächskreis ist, nicht versuchen, einander ideologisch zu überzeugen oder zu beeinflussen. Wir müssen vielmehr die praktischen und realistischen Möglichkeiten auffinden, in denen unsere Zusammenarbeit heute und besonders in den 80er Jahren produktiv und gegenseitig nützlich zu sein verspricht.

Körber

Herr Falin sprach die Strukturen der Streitkräfte auf beiden Seiten an. Ich meine, dieses Thema müßte noch vertieft werden, wobei wir immer auch die Perspektive der 80er Jahre im Auge behalten sollten.

Bertram

Zunächst will ich auf eine Bemerkung von Herrn Falin eingehen, der ich zustimme. Sie betrifft den Hinweis auf die Asymmetrie der Rüstungsstrukturen, die auf wissenschaftlich-technische Entwicklungen, auf bestimmte nationale Präferenzen, Traditionen und Erfahrungen zurückzuführen ist. Diese Strukturunterschiede erschweren ja nicht nur die Bedrohungsanalysen, sondern auch die Abrüstung selbst erheblich, wie wir alle wissen.

Es wäre aber falsch, hierzu verschweigen, was die Sorge in der Bundesrepublik und über die Bundesrepublik hinaus ist. Die Sowjetunion unternimmt auf bestimmte westliche Entwicklungen hin

Schritte, um ein militärisches Gleichgewicht zu erhalten. So weit, so gut. Nachdem sie aber auf diesen Gebieten gleichgezogen hat, behält sie die bisherigen Anstrengungen weiterhin bei. Das zeigt sich nicht nur bei den Panzern. Wir brauchen hier wohl nicht lange darüber zu diskutieren, daß sich die Sowjetunion und der Warschauer Pakt auf dem Gebiet der taktischen Nuklearwaffen in Europa heute in einer sehr viel besseren Position befinden, als sie sie in den 50er Jahren innehatten - und dennoch hält der Panzerüberhang an.

Das gleiche zeigt sich heute auch bei den Mittelstreckenraketen, die in den 50er Jahren eingeführt wurden, zu einem Zeitpunkt, als die Sowjetunion in den strategisch-nuklearen Interkontinentalssystemen sehr weit hinter den Vereinigten Staaten zurück war. Nachdem das Kräftegleichgewicht bei den Mittelstreckenraketen hergestellt und sogar eine Überlegenheit erreicht worden ist, zeigt sich, daß die sowjetische Seite, deren Bemühungen ursprünglich auf die Beseitigung eines Ungleichgewichtes gerichtet waren, die inzwischen erlangten Vorteile nicht etwa abbaut, sondern beibehält, ja sogar einen Ausbau und eine Modernisierung anstrebt. Ich denke hier etwa an die sowjetischen SS-20-Raketen und die Backfire-Bomber und ihre strategischen Auswirkungen auf Europa, die im Westen Sorge bereiten.

Aber mir geht es heute vornehmlich um etwas anderes. Dies ist eine einmalige Gelegenheit für die sowjetische und die deutsche Seite, sich Gedanken über die 80er Jahre zu machen. Und mich beschäftigt, daß sowohl Herr Bowin als auch Herr von Dohnanyi davon sprechen, daß es unruhige Jahre sein werden. Vielleicht nützt es dieser Diskussion, wenn wir verdeutlichen, worin die Unruhe liegen wird.

Ein Unruheherd ist bereits erwähnt worden, nämlich die Entwicklungen in der sogenannten Dritten Welt oder, um es genauer zu sagen, in spezifischen für unsere militärische und auch für unsere wirtschaftliche Sicherheit belangreichen Regionen der Dritten Welt.

Dahinter stellt sich für mich die grundsätzlichere Frage: Inwieweit sieht sich die Sowjetunion in ihrem Verhältnis zur Dritten Welt auch als Teil der industrialisierten Welt? Wenn das sowjetische Verhalten in der Dritten Welt vornehmlich von kurzfristigen opportunistisch-strategischen Motiven bestimmt ist, dann wird es schwerer sein, die Sowjetunion als Teil der industrialisierten Welt zu akzeptieren, und es wird leichter fallen, sie als Außenseiter des internationalen Systems zu sehen, wie das in der Vergangenheit so häufig geschehen ist. Ich meine und hoffe, daß die Sowjetunion an einer solchen Einschätzung kein Interesse hat.

Ein zweiter Unruheherd: Wir stehen in allen unseren Ländern, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, vor wirtschaftlichen Problemen, die es zu bewältigen gilt: Wachstumsraten, Strukturveränderungen, Energie- und Währungsfragen. Alle diese Probleme sind ja davon gezeichnet, daß eine von allen Akteuren anerkannte internationale Ordnung zur Zeit nicht besteht. Und die Ungewißheit, die Folge dieser Probleme ist, wird zweifellos politische Auswirkungen in den 80er Jahren haben.

Das Schlagwort von der Interdependenz sieht ja nur einen Teil dieses Aspektes, daß man nämlich dadurch, daß man interdependent wird, auch mehr in der Lage ist, gemeinsame Interessen gemeinsam zu verfolgen. Die andere Seite der Medaille besteht darin, daß Interdependenz die Friktionen erhöht. Wir werden diese Friktionen in den 80er Jahren zu spüren bekommen.

Ein dritter Unruheherd betrifft die Wandlungen der politischen Strukturen in den 80er Jahren. Ich meine hier nicht nur die internationalen, sondern auch die nationalen politischen Strukturen. Das, was sich so sichtbar in den Vereinigten Staaten abspielt, nämlich der Aufstand gegen die wachsende Bürokratie, wird sich wahrscheinlich auch in den westeuropäischen Staaten niederschlagen. Damit stellt sich in unseren Ländern die Frage, inwieweit veränderte gesellschaftliche Umstände neue Institutionen erfordern werden. Und die notwendige Anpassung der Strukturen kann wiederum allgemeinpolitische und sicherheitspolitische Auswirkungen haben. Das gilt insbesondere auch für das Ost-West-Verhältnis in den 80er Jahren. Ich frage mich nämlich, inwieweit die Macht- und Autoritätsstrukturen in Osteuropa von diesem Wandel betroffen sein werden und ob sie in der Lage sind, sich ihm anzupassen. Wir werden es jedenfalls mit einem neuen sicherheitspolitischen Unruheherd zu tun haben, wenn sie sich ihm nicht anpassen können.

Viertens erwähne ich die Wandlung der Technologien. Wir haben bisher vornehmlich von den Rüstungstechnologien gesprochen, und in der Tat werden diese erheblichen Einfluß haben. Um es mit einem kurzen Schlagwort zu kennzeichnen: Ich glaube, die rüstungstechnologischen Entwicklungen werden in die militärischen Kräfteverhältnisse ein neues Maß an Nervosität einführen. Denn sie gehen davon aus, daß das, was sichtbar ist, auch zerstört werden kann. Sie geben damit der taktischen

Defensive einen gewissen militärischen Vorteil und erhöhen auf diese Weise den Bonus der Überraschung. Das gilt sowohl für den konventionellen als auch für den nuklear-strategischen Bereich.

Diese technologischen Veränderungen dürfen jedoch nicht nur im Rüstungsbereich gesehen werden. Häufig sind sie ja Ausfluß technologischer Veränderungen auf anderen Gebieten, die unsere Erziehungssysteme berühren, die wirtschaftliche Strukturveränderungen nötig machen, die Kommunikationschancen, aber auch Kommunikationsmißverständnisse schaffen.

Aus all dem ergeben sich politische Ungewißheiten, und es zeichnet sich noch kein Rahmen ab, der uns darauf vertrauen läßt, daß wir mit diesen politischen Ungewißheiten fertig werden können. Sicherlich werden diese Unruheherde die innenpolitischen Sorgen erhöhen; die Außenpolitik wird dabei eine Rolle spielen, aber in allen unseren Ländern werden innenpolitische Probleme im Vordergrund stehen. Sie werden begleitet sein von der Suche nach internationalen Arrangements und dauerhafteren Strukturen, und davon sind bisher allenfalls die Umriss erkennbar.

Meine Schlußfolgerung ist - insofern läuft mein Beitrag auf eine Anfrage und auf eine Kritik der Äußerungen von Herrn Bowin hinaus;- , daß in vielem, was Herr Bowin gesagt hat, die Probleme, die auf uns zukommen, zu statisch gesehen worden sind. Sie haben mehr über 1979 und 1980 gesprochen als über die 80er Jahre. Und ich wäre dankbar, wenn wir von unseren sowjetischen Kollegen hier ein bißchen mehr davon hören könnten, wie Sie denn die Probleme der 80er Jahre sehen.

Aber dahinter steht mehr. Sie haben bei fast allen Punkten, die Sie behandelten, Herr Bowin, gesagt: "Wir werden reagieren; ob nun auf die chinesische Entwicklung, die Integration im Westen oder worauf sonst." Darin scheint mir ein Problem sowjetischer Politik überhaupt zu liegen. Sie haben sich zu sehr daran gewöhnt zu reagieren, und Sie haben vergessen, daß Ihre Reaktionen Eigendynamiken entwickeln. Das gilt auch im sicherheitspolitischen Bereich.

Sie sind aber nicht mehr nur Objekt der internationalen Politik, sondern Sie sind in vielem Subjekt der internationalen Politik geworden. Das bedeutet, daß - ob man rüstet, ob man interveniert, ob man zusammenarbeitet - es politische Auswirkungen haben wird, die über die bloße Reaktion auf das, was andere tun, hinausgehen. Ich fürchte, die Sorge, die in der Sowjetunion gerade 1978 wieder hochgekommen ist, nämlich die Sorge der Einkreisung - diese Vokabel ist ja Gott sei Dank lange nicht mehr benutzt worden;- , ist das Ergebnis einer Politik, die vergessen hat, daß eigene Aktionen wiederum Entwicklungsprozesse auslösen, und einer Politik, die nicht erkannt hat, daß vieles von dem, was in der Welt geschieht, auch als Ergebnis sowjetischer Politik geschieht.

Sommer

Mir als Historiker ist stets das Wort von Bismarck gegenwärtig, daß es darauf ankommt, "den Draht nach Petersburg intakt zu halten", wie es seinerzeit hieß. Oder- um ein anderes Bismarckzitat zu erwähnen - daß wir "in unserem Verhältnis zu Rußland weiterspinnen müssen, solange ein Faden daran ist". Ich möchte nun ganz offen meiner Bekümmernis darüber Ausdruck geben, daß es für Leute, die den Faden weiterspinnen wollen, für Leute, die all die Jahre für Entspannung gewesen und auch heute noch dafür sind, nicht mehr so einfach ist wie vielleicht noch vor acht Jahren, für ihre Auffassung Gehör zu finden. Die Gesamtstimmung, von der Herr Löwenthal gesprochen hat, entwickelt sich nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen westlichen Ländern in eine Richtung, die die Entspannung eher belasten und behindern als fördern kann.

Dafür gibt es zwei Gründe, und ich verschweige nicht, daß diese Gründe auf der sowjetischen Seite liegen, soweit wir dies zu erkennen vermögen. Ein Grund liegt in der sowjetischen Rüstung, der andere in dem, was Henry Kissinger vor kurzem den "geopolitischen Vormarsch der Sowjetunion auf breiter Front" genannt hat.

Lassen Sie mich zunächst einige Besorgnisse aufzählen, die uns auf dem Rüstungsgebiet zu schaffen machen. Dabei ziehe ich persönlich aus der Analyse nicht unbedingt die schlimmsten Folgerungen. Aber ich will zunächst die Fakten darlegen und dabei zum Ausdruck bringen, daß es doch viele Menschen bei uns und auch anderwärts im Westen gibt, die daraus skeptische Schlüsse ziehen.

Auf dem Gebiet der Rüstung macht uns erstens die konventionelle Verstärkung Sorgen, die wir bei Ihnen beobachten. Sie haben die Mannschaftsstärke Ihrer Verbände erhöht, neue Verbände in Ihre Divisionen eingegliedert und bei den Führungsmitteln und der Mobilität große Fortschritte gemacht. Sie sind dabei - wie wir auch;- , laufend qualitative Verbesserungen vorzunehmen. Und manche bei uns meinen, daß Ihnen dies insgesamt gesehen eine Bandbreite von Optionen verschafft, die Ihnen eines Tages auch Angriffsoperationen eröffnen könnte, welche Sie heute noch nicht haben, vor allem die Option eines Angriffs aus dem Stand.

In dieser ganzen Debatte darf man zudem nicht verkennen, daß die eigentliche Auseinanderentwicklung des Kräfteverhältnisses erst in den letzten acht Jahren vor sich gegangen ist, also seit der Einleitung der Entspannung. Das halte ich Herrn Falin entgegen. Die gravierenden Differenzen in den Panzerzahlen zeigen sich ja erst seit fünf oder sechs Jahren; sie haben sich auf jeden Fall erst nach dem Beginn der Verhandlungen im Jahre 1969 eingestellt. Ich sage nicht, daß diese Verhandlungen dafür ursächlich waren. Aber es ist keineswegs unlogisch, wenn einige Leute bei uns darauf hinweisen: Ihr redet über Entspannung, und in der Zeit, in der Ihr über Entspannung redet, hat sich zumal bei den Panzern, die uns ja am meisten Sorge bereiten, das Verhältnis noch weiter zu unseren Ungunsten verändert. Wo bleibt da Herrn Breschnews Zusicherung im Kommuniqué von Bonn, beide Seiten sehen es als wichtig an, daß niemand die militärische Überlegenheit anstrebt?

Das zweite Feld, auf dem wir uns den Kopf über das zerbrechen, was bei Ihnen vor sich geht, betrifft das Gebiet der strategischen Waffen. Wir wissen, daß Sie ab 1982 oder 1984 nicht nur mehr, sondern auch sehr viel vernichtungsstärkere Interkontinentalraketen zu Lande postiert haben werden als der Westen. Daraus schließen wiederum manche Leute bei uns, daß Ihnen dies die Option auf einen Erstschlag eröffnen könnte, dem die Landraketen der Vereinigten Staaten zum Opfer fallen würden. Ob Sie dies anstreben und sich in Ansehung all der anderen Risiken dazu entschließen wollen, ist eine andere Sache. Aber Sie eröffnen sich hiermit eine für uns beunruhigende Option. Angesichts dieser Option dürfen Sie sich natürlich nicht wundern, Herr Bowin, wenn wir die Aussicht, daß die amerikanische Nukleargarantie durch Ihre Aufrüstung geschwächt wird, zum Anlaß nehmen, uns neuerdings Gedanken zu machen, wie wir etwa im westeuropäischen Verbund eine Gegenabschreckung auf die Beine stellen können. Ich persönlich halte nichts von solchen Überlegungen; ich sage nur, Sie dürfen sich nicht wundern, daß solche Gedanken angesichts dieser Entwicklung wieder aufkommen.

Das dritte Feld, das uns in Ihrer Rüstung Sorge macht, bezieht sich auf die für den europäischen Kriegsschauplatz bestimmten Nuklearwaffen. Sie sind dabei, sich eine Streitmacht von SS-20-Raketen zuzulegen, mit der Sie jede europäische Hauptstadt erreichen können. Außerdem sind Sie dabei, mit den Amerikanern eine SALT-Vereinbarung auszuhandeln, worin der Backfire-Bomber ausdrücklich aus der Bedrohung gegenüber Amerika herausgenommen, aber in Gegenden postiert wird, wo er Westeuropa um so leichter erreichen kann. Und die Disparität, die sich auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen auf tut, erreicht für uns doch eine strategische Dimension. Da darf sich wiederum niemand wundern, wenn wir über Abhilfe nachsinnen.

Die Frage, die sich auf allen drei genannten Feldern stellt, lautet: Was sind Ihre Ziele? Wo liegen die Grenzen der Aufrüstung? Ich wäre sehr dankbar, wenn ich darauf eine Antwort zu hören bekäme.

Diese Rüstungsentwicklung macht vielen von uns insbesondere deshalb Sorge, weil sie Hand in Hand mit einem geopolitischen Ausgreifen der Sowjetunion zu gehen scheint. Ich nenne Angola und Moçambique. Sie mögen sagen, Sie hätten dort nur brüderliche Hilfe geleistet - aber Sie haben Waffen geliefert, und zwar in einem Moment, wo Sie dem Westen das Nachdenken über Waffenlieferungen an China übel ankreiden. Sie haben nicht nur zugelassen, daß Ihre kubanischen Janitscharen Afrika kreuz und quer in Unordnung und Unruhe bringen, sondern Sie haben die kubanischen Truppen sogar in sowjetischen Lufttransportern eingeflogen.

Sie bewaffnen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und schließen gleichzeitig Verhandlungslösungen aus. Äthiopien und die verschiedenen Umstürze und auch Attentate im Jemen erwähne ich nur, wobei ich offen lasse, auf wen sie letztlich zurückzuführen sind, nicht ohne hinzuzufügen, daß manche bei uns dahinter ebenfalls die Hand Moskaus sehen. Auch in Afghanistan werden Ihnen ja, wie Sie wissen, die jüngsten Ereignisse angelastet. Es gibt heute doch mehr Menschen im Westen als vor einem oder zwei Jahren, die in all diesen Fällen den Ausfluß reiner Macht- und Positionskämpfe sehen, die Sie ideologisch bemänteln, die aber dadurch für uns nicht leichter zu ertragen sind.

Als ein dritter großer Faktor, der die Entspannung stören könnte, kommt jetzt China hinzu. Ich würde gern von Ihnen hören, was Sie eigentlich von China befürchten und was Sie in unserem Verhältnis zur Volksrepublik China als unerträglich betrachten. Es ist schon gesagt worden: Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht den geringsten Anlaß und keine Absicht, Waffen an China zu liefern. Wir liefern überhaupt keine Waffen in Spannungsgebiete. Aber wir sind durchaus der Meinung, daß China in das globale Gleichgewicht einbezogen werden sollte, daß wir es aus der gefährlichen Selbstisolierung, in die es sich während der Herrschaft der Viererbande hineingetrieben hat, erlösen sollten und daß wir mithelfen müssen, damit sich die Chinesen in der Welt zurechtfinden.

Wo sehen Sie hier eine Bedrohung Ihrer eigenen Interessen? Fängt die an, wenn England eine ganz kleine Zahl von Jagdbombern, Senkrechtstartern mit sehr geringer Reichweite - 300 Kilometer bei voller Waffenzuladung - an China verkauft? Oder fängt sie schon an, wenn wir alle helfen, was, wie ich zugebe, wir gerne tun, China im Laufe von 20, 50 oder vielleicht 100 Jahren zu einem modernen Industriestaat zu machen? Ich glaube nicht, daß alles so schnell geht, wie sich Herr Deng Xiaoping das vorstellt. Aber noch einmal: Wo liegen hier die sowjetischen Empfindlichkeitsschwellen? Was halten Sie für vertretbar, was nicht? Bezieht sich Ihre Sorge nur auf die Waffenlieferungen? Oder befürchten Sie die Möglichkeit einer Allianz, wie Herr Arbatow einmal in einem Interview zum Ausdruck brachte? Niemand im Westen denkt an eine solche Allianz, weder förmlich noch formlos. Oder bezieht Ihre Sorge sich auch schon auf die Mithilfe bei Chinas Modernisierung?

Körber

Ich würde es begrüßen, wenn von sowjetischer Seite auf die von Herrn Bertram und Herrn Sommer angesprochenen westlichen Überlegungen und Besorgnisse mit eingegangen werden könnte, insbesondere auch auf den geopolitischen Aspekt.

Grigorjew

Wenn wir unsere jetzigen Gespräche mit denen vergleichen, die wir, sagen wir, vor 10 Jahren geführt haben, so ist äußerlich manches ähnlich, aber zugleich gibt es wesentliche qualitative Unterschiede. Die Ähnlichkeit besteht darin, daß immer noch eine Art Agitprop-Trägheit vorhanden ist, die Sowjetunion so darzustellen, als ob sie an allen Sünden und Schwierigkeiten schuldig sei, die es überhaupt in der Welt gibt. Mein alter Bekannter, Herr Sommer, hat das eben noch einmal demonstriert. Ähnlich sind andere Äußerungen zu bewerten, die die Situation in Afrika oder das Rüstungsniveau betreffen.

Andererseits bestehen aber wesentliche qualitative Unterschiede, was die Atmosphäre der Diskussion angeht. Wenn früher die Diskussionen von den Positionen der Konfrontation aus geführt wurden, so sehen wir heute deutlich das Bemühen beider Seiten nach einer gemeinsamen Sprache, nach einem gemeinsamen Nenner. Und auch die Thematik ist jetzt eine völlig andere. Es ist kein Zufall, daß wir mehr Aufmerksamkeit solchen Problemen schenken, die die Abrüstung betreffen oder die Prozesse, die sich an der Peripherie in anderen Kontinenten abspielen.

Viele äußerst akute Probleme in Europa, die es zwischen unseren Staaten gab, sind gegenwärtig gelöst, beseitigt oder entschärft worden. Es gibt in Europa die Perspektive eines festen Friedens, einer günstigen Entwicklung für die 80er Jahre. Ich habe persönlich den Eindruck gewonnen, daß viele Stellungnahmen, die hier vorgetragen werden, von der Sorge geleitet sind, wie diese langfristige Perspektive erhalten und weiterentwickelt werden kann.

In diesem Zusammenhang wurde von Herrn Bertram gefragt, wie sich die Sowjetunion in der heutigen Welt verhalte, ob sie nur auf die sich vollziehenden Prozesse und Ereignisse reagiere oder auch aktiv in sie eingreife. Ich meine, daß hier vor allem auf die aktive Rolle der Sowjetunion verwiesen werden muß. Unser Land gestaltet die heutige Welt weitgehend mit und beeinflusst den Verlauf der internationalen Entwicklung und die internationalen Beziehungen.

So spielt unser Land zum Beispiel in Fragen der Abrüstung, beim Abbau des Wettrüstens eine äußerst aktive Rolle. Ich will hier keine Einzelheiten nennen; aber es gibt ein umfangreiches Programm mit konkreten Vorschlägen, mit konkreten Dokumenten, die internationalen Foren für die Entspannung vorgelegt wurden, SALT zum Beispiel. Auch dort verhalten wir uns sehr aktiv. Oder denken Sie an die Konferenz für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Auch in der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik sind wir keineswegs passiv.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Hauptprioritäten, die das Leben unseres Landes und unseres Volkes bestimmen. Diese sind: Friede, Entspannung, Abrüstung und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit. Auf diesen Gebieten sind wir durchaus aktiv und werden es auch weiterhin bleiben.

Es gibt natürlich auch Reaktionen von unserer Seite. Die Geschichte des Wettrüstens wurde bereits angesprochen. Wenn wir uns die modernen Waffensysteme ansehen, so stellen wir fest, daß die Sowjetunion stets die Vereinigten Staaten einholen mußte. Es war somit eine Art Nachholreaktion; denn wir haben diesen Prozeß nicht eingeleitet. Oder nehmen Sie Prozesse, die sich in anderen Regionen der Welt vollziehen, in Asien, in Afrika. Dort ist die Haltung der Sowjetunion häufig ebenfalls die Folge von Ursachen, die durchaus nicht von der Sowjetunion bewirkt wurden.

In diesem Zusammenhang wäre es gar nicht so schlecht, wenn im politischen Koordinatensystem, das im Westen gilt, nach Ansätzen bei der Lösung von großen Problemen der Gegenwart gesucht werden

könnte, durch die nicht Situationen herbeigeführt werden, die bei anderen Staaten bestimmte Reaktionen auslösen müßten. Nehmen Sie zum Beispiel die gegenwärtige Situation in Rhodesien. Wir waren nie gegen eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch. Aber so wie diese Frage zur Zeit von seiten des Westens, von den Vereinigten Staaten und Großbritannien, behandelt wird, die ständig mit Smith liebäugeln, führt dieser Weg unvermeidlich zu einem bewaffneten Kampf durch das Volk von Zimbabwe. Dadurch entsteht ein neuer Spannungsherd auf dem afrikanischen Kontinent.

Es ist hier sehr viel von dem Kräfteverhältnis die Rede. Im Prinzip sind alle wohl darin einig, daß ein militärisches Gleichgewicht sowohl im strategischen als auch im europäischen Rahmen besteht. Dadurch werden die SALT-Verhandlungen und die Verhandlungen in Wien sowie andere Initiativen im Bereich der militärischen Entspannung möglich. Trotzdem kommen unsere westdeutschen Kollegen immer wieder auf einzelne Arten der Rüstungen und Waffen zurück, mit denen eine Reduzierung begonnen werden sollte.

Da stellt sich für mich folgende Frage: Entweder ist das westliche Verteidigungssystem ein einheitliches Ganzes und muß dann auch als Ganzes behandelt werden, oder aber - und diese Annahme werden Sie wohl kaum bestätigen - es besteht ein Mißtrauen gegenüber dem Hauptverbündeten, oder es gibt gewisse Pläne zur Schaffung einer separaten Sicherheit für Westeuropa oder für einen Teil Westeuropas. Wenn Pläne für eine eigene westeuropäische Verteidigung bestehen, dann kann das Gespräch über bestimmte Waffenkategorien auf einer anderen Ebene natürlich begründet sein. Mir fällt es schwer, auf diese Frage eine Antwort zu finden.

Die Fernschreiber brachten gestern die Nachricht über ein Interview, das Senator Church, der Vorsitzende der außenpolitischen Kommission des amerikanischen Senats, dem Fernsehen gegeben hat. Er sprach über SALT und über die Atomabrüstung. Er sagte unter anderem, ich zitiere: "Wenn wir das nukleare Wettrüsten nicht anhalten können* und wenn wir das Gefahrenniveau nicht abbauen, so wird mit Sicherheit ein Tag anbrechen, wo infolge irgendeines Wahnsinnsaktes diese Arsenale in Aktion gesetzt werden und ein Nuklearkrieg ausbricht". Ich glaube, daß eine solche Perspektive kein vernünftiges Wesen auf der Erde befriedigen kann.

Welche Ereignisse sich auch immer auf die innenpolitischen Entwicklungen in den westlichen Ländern auswirken mögen, die Fragen von Krieg und Frieden, der Wahrung des Friedens und der Verringerung, ja Beseitigung der Kriegsgefahr, müssen bei allen Überlegungen von Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten obenan stehen. Ich bin persönlich der Ansicht, daß die äußerst komplizierten Fragen, vor denen wir gegenwärtig besonders im Bereich der Abrüstung stehen, bewältigt werden können.

Gerade die Erfahrungen der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen in den letzten 10 Jahren bestätigen, daß die kompliziertesten Fragen gelöst werden können. Selbst Fragen, die von Ressentiments, von Emotionen aus der Vergangenheit überlagert sind, lassen sich im Interesse des Friedens lösen. Das ist möglich, wenn man sich leiten läßt von dieser Sicht der Hauptprobleme, vor denen die Menschheit und unsere Welt stehen. Dann kann man auch voller Optimismus in die 80er Jahre blicken, selbst wenn wir alle meinen, daß es unruhige Jahre sein werden. Aber ich kenne auch in der Vergangenheit keine ruhigen Jahrzehnte. Ich meine aber, daß wir genügend Erfahrungen besitzen, die einen solchen Optimismus begründet erscheinen lassen.

Löwenthal

Herr Grigorjew hat gefragt, ob es Bestrebungen gäbe, eine selbständige westeuropäische Verteidigung, abgekoppelt von den Amerikanern, aufzubauen. Die Antwort ist: Eine solche Idee wird von keinem ernsthaften deutschen Politiker geteilt. Nicht nur deshalb, weil wir daran gewöhnt sind, uns auf das amerikanische Bündnis für unsere Sicherheit zu verlassen, sondern insbesondere auch deshalb, weil ohne die Amerikaner der entscheidende atomare Schutz fortiele und wir nicht daran denken, das durch eine eigene europäische oder deutsche Atommacht zu ersetzen. Es gibt viele Sorgen, die wir beide haben. Diese Sorge brauchen Sie nicht zu haben.

Poljanow

Wir fragen keineswegs, Herr Löwenthal, ob die Bundesrepublik Deutschland ihre Beziehungen mit Amerika abbricht. Wen Sie sich als Freunde nehmen, das ist Ihre Sache.

Arbatow

Ich möchte auf Fragen eingehen, die von Herrn Sommer und auch von anderen Teilnehmern zur Aufrüstung gestellt wurden. Die Beunruhigung, von der Sie in diesem Zusammenhang gesprochen

haben und die es, wie Sie sagten, selbst denjenigen schwerer macht, von Entspannung zu sprechen, die für die Entspannung eintreten, ist grundsätzlich nicht gerechtfertigt, aber zum Teil erklärlich.

Ich gehe zunächst auf die konventionellen Waffen ein. Da gibt es Differenzen über Fakten, wo ich Ihnen nicht helfen kann. Wir bestreiten kategorisch, daß wir in den letzten Jahren unsere Streitkräfte in Europa verstärkt haben. Das wurde auf höchsten Ebenen dargelegt. Die westlichen Vertreter sagen, sie hätten andere Angaben, die sie zu der Feststellung veranlassen, daß wir anders verfahren sind. Ich muß offen sagen, daß ich keinen Ausweg aus diesem Streit weiß, es sei denn, wir übergehen dieses Problem irgendwie, um eine Übereinkunft zu erzielen. Vielleicht ist auch das nicht so einfach. Ich möchte aber noch einmal unterstreichen, daß wir in den letzten Jahren bei den konventionellen Waffen nichts Außergewöhnliches unternommen haben. Modernisiert haben beide Seiten, sonst ist in Europa in diesem Punkt nichts geschehen.

Die Beunruhigung, von der Sie gesprochen haben, Herr Sommer, ist im Westen zwar in einer breiten Öffentlichkeit vorhanden. Ich schließe das allein daraus, daß darüber viel gesprochen und geschrieben wird. Aber viele Fachleute verhalten sich in dieser Hinsicht doch recht skeptisch. Es gibt auch eine gegensätzliche Meinung, die mehr unserer Auffassung zustimmt. Dennoch bin ich der Ansicht, daß das, was Herrn Sommer beunruhigt, Anlaß genug ist. Auch ich bin besorgt - so wie viele Menschen bei uns. Wir müssen in den Fragen der konventionellen Aufrüstung etwas tun. Denn wenn wir auf beiden Seiten konventionelle Waffen anhäufen, kann das zu schweren Problemen führen, die die Lage destabilisieren. In dieser Hinsicht teile ich Ihre Sorge.

Aber das betrifft nicht nur die sowjetischen Streitkräfte oder die Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages, sondern auch die andere Seite. Es ist unsere gemeinsame Situation. Auch wir haben viele Anlässe, beunruhigt zu sein, etwa was die strategischen Rüstungen angeht. Ich meine damit speziell die Entschlüsse der Maitagung der NATO im letzten Jahr. Vielleicht trifft es zu, daß wir theoretisch zu einem gewissen Zeitpunkt die amerikanischen Raketen bedrohen können, die auf der Erdoberfläche stationiert sind. Ich sehe aber keinen Grund für eine derartig panische Beunruhigung; denn nur etwa ein Viertel oder ein Drittel der Kernwaffen der USA basieren auf diesen Raketen. Die Amerikaner entwickeln in naher Zukunft auch unverletzbar Arten von strategischen Rüstungen.

Wir haben einen noch stärkeren Grund, über die Verletzbarkeit unserer Raketen beunruhigt zu sein. Denn ein größerer Anteil unserer Kernwaffen basiert auf diesen erdgebundenen Raketen. Es gibt jetzt zwar auch Raketentypen, mit denen ein großer Schlag versetzt werden kann, aber wenn die MF-Raketen fertig sind, erhöht sich die Bedrohung für unsere Seite noch. Also auch auf dem Gebiet der strategischen Waffen haben wir es mit einer gegenseitigen Beunruhigung zu tun.

Ein Wort noch zu den Backfire-Bombern. Dies ist keine Waffe, Herr Sommer, die speziell gegen die Bundesrepublik entwickelt wurde. Herr Bertram weiß besser als ich, daß es sich dabei um Mehrzweckkampfflugzeuge handelt. Sie können sowohl gegen die Flotte als auch zur Vernichtung anderer Ziele eingesetzt werden. Man sollte uns hier also nicht den Dolch an die Kehle setzen und sagen, so ist es und nicht anders.

Was die SS-20 betrifft, so liegen uns diesbezügliche Hinweise von amerikanischen Senatoren vor. Seit Jahren gibt es bereits andere Raketen von dieser Reichweite; SS-5, SS-6 oder SS-7. Im Laufe der Zeit erscheinen immer neue Waffentypen, die die veralteten ablösen. So hat eben auch die SS-20 andere Raketen abgelöst. Es ist zwar unangenehm für den Gegner, daß der andere dann auch solche Raketen hat. Uns ist es aber wieder unangenehm, daß die gegnerische Seite - sagen wir England oder Frankreich - Kernraketen hat, oder daß die USA über Kräfte für eine Vorwärtsstrategie verfügen, daß Flügelraketen auftauchen oder daß neue ballistische Raketen in den USA entwickelt werden. Anlaß für eine Beunruhigung gibt es natürlich immer; aber man sollte nicht in Panik verfallen und nicht nur über die bösen Absichten der anderen Seite so viel Lärm machen.

Nun hat Herr Bertram sicher recht, wenn er sagt, daß neue waffentechnische Erfindungen uns auf beiden Seiten noch nervöser machen können. Nervosität ist im Atomzeitalter schon an und für sich ein gefährlicher Faktor, den man möglichst vermeiden sollte. Was sollen wir also tun, wenn die Beunruhigung auf beiden Seiten begründet ist?

Es gibt im Westen eine Reihe von Leuten, die gegen den Abschluß des SALT-II-Abkommens eingestellt ist. Sie sagen, dieses Abkommen löse nicht alle Probleme, und man solle es deswegen auch nicht anstreben. Ja, dann bleibt uns aber nichts anderes übrig, als den Weg einzuschlagen, der bereits erprobt wurde, nämlich den Weg des uneingeschränkten Wettrüstens.

Ich meine aber, wir sollten das, was wir auf dem Weg in den 20 Jahren des Atomzeitalters erlebt haben, nicht in die Zukunft extrapolieren. Es ist uns zwar in der Vergangenheit gelungen - zum Teil dank der Weisheit der Politiker, zum Teil vielleicht nur durch einen Glücksfall;- , eine Katastrophe zu

vermeiden. Ich fürchte aber, wenn wir wieder den Weg des uneingeschränkten Wettrüstens einschlagen, daß dann immer weniger Platz bleibt für einen solchen Glücksfall und für eine solche Weisheit. Deshalb sollten wir auf andere Weise vorgehen.

Herr Bertram hat Herrn Bowin vorgeworfen, er habe nicht über die 80er Jahre, sondern vorwiegend nur über die nächsten zwei, drei Jahre gesprochen. Ich möchte Herrn Bowin unterstützen, weil ich der Auffassung bin, daß gerade diese zwei oder drei Jahre eine Grundlage für die nächste Dekade oder sogar für eine längere Zeit sein werden. Wir sind zwar immer geneigt, den Zeitpunkt, an dem wir uns gerade befinden, für besonders wichtig oder für entscheidend zu halten. Ich glaube aber, daß wir uns jetzt aus vielerlei Gründen wirklich an einem Kreuzweg befinden. Es wird viel davon abhängen, wie die Probleme in den nächsten Jahren bewältigt werden.

In diesen Zusammenhang gehört der mehrfach erwähnte Vertrag über die Einschränkung der strategischen Rüstungen, SALT II. Immer mehr Leute hoffen, daß dieser Vertrag in allernächster Zeit endgültig ausgearbeitet und dann unterzeichnet wird. Ich meine, daß auch dieser Kreis hier einen Beitrag zur endgültigen Fertigstellung und Unterzeichnung des Vertrages leisten könnte.

Mich beunruhigt, daß diejenigen, die mit diesem Abkommen unzufrieden sind, die mit der Beschränkung der Rüstung überhaupt nicht einverstanden sind, für dieses Abkommen einen unmäßig hohen Preis erhalten könnten, und zwar sowohl im Hinblick auf neue Militärprogramme, die von diesem Abkommen nicht abgedeckt werden, als auch in Form der politischen Demagogie, die den Prozeß der Ratifizierung dieses Abkommens begleiten wird und die sich nachteilig auf die politische Atmosphäre auswirken kann. Diese Gefahr müssen wir im Auge behalten, um ihr entgegenzuwirken.

Es gibt aber eine noch wichtigere Frage, die sich bei der Unterzeichnung des SALT-Abkommens stellen wird. Dieses Abkommen darf nämlich nicht eine isolierte Episode in unserer viel zu wechselhaften Epoche bleiben. Dieses Ereignis ist bereits zu einem Symbol geworden; es muß aber zu einem Impuls für weitere noch vielseitigere Schritte in Richtung auf die Lösung der Spannungsprobleme werden.

In diesem Zusammenhang denke ich vor allem an die Verhandlungen in Wien. Diese Verhandlungen sind von großer Bedeutung, und sie hängen weitgehend von der Haltung der Bundesrepublik ab. Ich wäre unaufrichtig, wenn ich nicht sagen würde, daß viele Menschen in der Sowjetunion den Eindruck gewonnen haben, daß trotz aller Verhandlungen und Abmachungen die Haltung der Bundesrepublik immer noch ein ernstes, vielleicht sogar das ernsthafteste Hindernis darstellt, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die wir in Wien geraten sind. Hier sind ernsthafte und konstruktive Überlegungen notwendig. Wir müssen uns vor Augen halten, daß ein viel größeres Risiko damit verbunden ist, wenn man alles so beläßt, wie es heute ist, als wenn wir uns einmal auf ein Experiment einlassen, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Es gilt nicht nur für uns, sondern auch für den Westen, daß man auf die Suche nach neuen Wegen geht, um die Probleme zu bewältigen, bei denen wir wirkliche Schwierigkeiten haben.

Breschnew hat in einem Interview mit dem "Vorwärts" gesagt, daß wir bereit sind, über eine Reduzierung der Rüstungen bis auf 50 Prozent zu verhandeln. Ich bin überzeugt, daß das ernst gemeint war. Es muß aber damit begonnen werden, und dieser Prozeß kann natürlich nicht einseitig vor sich gehen.

Die größte Sorge, die ich mir mache ist, ob es uns gelingen wird, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich in der nächsten Zeit, in den nächsten Monaten oder zumindest im Laufe des nächsten Jahres eröffnen werden, und ob es uns gelingen wird, den Schwierigkeiten standzuhalten, die sich auf diesem Wege zeigen werden.

Ruhfus

Ich teile die Auffassung, daß die Fragen der Abrüstung ein sehr wichtiges Thema für die Ost-West-Beziehungen und auch für die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in den 80er Jahren sein werden. Herr Bowin hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik ein überaus großes Interesse an den Abrüstungsfragen hat, insbesondere weil zur Zeit auf unserem Territorium in der Mitte Europas ein großer Teil der Waffen gelagert ist. Aber auch die Sowjetunion dürfte in den 80er Jahren weiterhin ein großes Interesse an der Abrüstung haben. Insofern sehe ich da eine gewisse Parallelität der Interessen.

Zunächst ein Wort zu SALT. SALT wird zwischen den USA und der Sowjetunion verhandelt. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht direkt an diesen Verhandlungen beteiligt. Wir haben aber ausdrücklich betont, daß wir den Abschluß und die Ratifizierung von SALT II für einen wichtigen

Faktor der Ost-West-Beziehungen halten. Ein Nicht-Abschluß oder eine Nicht-Ratifizierung würde uns bei den Bemühungen um eine Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen weit zurückwerfen.

Es ist bei SALT II eine Reihe von Fragen angesprochen worden, die gerade auch die europäischen Staaten betreffen und die weiter geklärt werden müssen. Herr Sommer hat in diesem Zusammenhang einige der Besorgnisse angesprochen, die bei uns insbesondere im Hinblick auf den Mittelstreckenbereich bestehen. Deshalb haben wir ein Interesse daran, daß der Prozeß von SALT II zu SALT III weitergeht und dann die Fragen, die uns Europäer betreffen, in SALT III behandelt werden können.

Lassen Sie mich dann auf die Ausführungen von Herrn Falin zurückkommen, der auf die unterschiedliche Entwicklung der militärischen Strukturen in Ost und West hingewiesen hat. Diese historische Analyse der Entwicklung in den 50er, 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre war sicher zutreffend. Allerdings ist in diese Entwicklung in den letzten Jahren ein neuer Faktor hineingekommen, der mit dem Begriff der Parität oder der Gleichheit ausgedrückt wird. Bei SALT I wurde im strategischen Bereich der Begriff der quantitativen Gleichheit eingeführt. Bei SALT II wird dies durch Elemente der qualitativen Gleichheit ergänzt. Dies ändert natürlich die Perspektive für die anderen Bereiche der Rüstungs- und Abrüstungsfragen.

Das heißt: Wenn bei SALT I und SALT II eine Parität für die strategische Ebene angestrebt wird, dann kann sie den anderen Ebenen, nämlich dem Mittelstreckenbereich und dem konventionellen Bereich auf die Dauer nicht vorenthalten bleiben. Darin sehe ich die große Bedeutung der Gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Schmidt und Generalsekretär Breschnew von Anfang Mai 1978, daß dort die Prinzipien der annähernden Parität und Gleichheit festgehalten worden sind. Es wird sehr schwierig sein, diese Prinzipien in die Praxis umzusetzen. Aber wir haben hier einen gewichtigen Anhaltspunkt.

Damit möchte ich kurz zu den Wiener MBFR-Verhandlungen übergehen. Wir sind in der Bundesrepublik ebenfalls enttäuscht, daß MBFR so langsam und so mühsam vorankommt. Aber ich meine, man muß berücksichtigen, daß selbst bei den SALT-Verhandlungen, wo nur zwei Großmächte am Tische sitzen, die Verhandlungen langsam laufen. Insofern ist es wohl verständlich, daß bei dem sehr viel größeren Kreis der Verhandlungsteilnehmer in Wien mehr Zeit erforderlich ist. Man sollte also die Geduld nicht verlieren. Wir, die Bundesrepublik, werden aufgrund der Interessenlage, die ich zu skizzieren versucht habe, weiter mit großem Engagement an einer Fortsetzung von MBFR arbeiten.

Nun sind hier am Tisch Besorgnisse auf beiden Seiten deutlich geworden. Von den Teilnehmern aus der Bundesrepublik ist über die Zahlen auf sowjetischer Seite gesprochen worden. Und bei den sowjetischen Teilnehmern klang stärker die Ungewißheit über die weitere technologische Entwicklung in den westlichen Staaten an. Ich halte es zunächst für wichtig, daß ein besserer Informationsaustausch stattfindet, daß wir die wirklichen Absichten, Motive, Tatsachen und auch Begrenzungen auf beiden Seiten besser kennenlernen. Deshalb unterstreiche ich, was Herr von Dohnanyi gesagt hat: In Ergänzung zu den Bemühungen, bei den Zahlen mehr Klarheit zu schaffen und zu mehr Ausgewogenheit zu gelangen, sollte versucht werden, durch begleitende Maßnahmen mehr Vertrauen zu schaffen und Mißtrauen über die Absichten der jeweilig anderen Seite abzubauen.

Herr Shukow hat über die großen Aufgaben gesprochen, vor denen wir in den 80er Jahren stehen werden: Bevölkerungsexplosion und wirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt, Sicherung der Rohstoffbasis und so weiter. Ich teile die Auffassung, daß in dieser Hinsicht die Zusammenarbeit unzureichend ist, um die Strukturen zu schaffen, die für eine engere Abstimmung zwischen den osteuropäischen und den westeuropäischen Ländern geeignet sind. In Helsinki haben wir den Anfang gemacht. Herr Shukow hat zu Recht erinnert an die sehr wichtigen Vorschläge von Breschnew für Konferenzen über Energie, Verkehr und Umwelt. Die KSZE-Folgekonferenz in Belgrad war nicht sehr befriedigend. Fehler, die vielleicht auf beiden Seiten bei der Vorbereitung von Belgrad gemacht worden sind, müssen vermieden werden, wenn wir der kommenden Begegnung in Madrid zu einem Erfolg verhelfen wollen im Hinblick auf die großen Aufgaben, vor denen Sie und wir gemeinsam stehen werden.

Gantman

Herr Sommer sprach über konventionelle und strategische Rüstungen; er nannte konkrete Zahlen, was immer beeindruckend ist. Die Angaben, mit denen er operiert, sind Angaben der Aufklärung der Nachrichtendienste, die richtig, aber auch falsch sein können. Es ließe sich über jede Zahl streiten; wir könnten jede Zahl bezweifeln und widerlegen. Aber darum geht es mir nicht.

Bei allen konkreten Bildern, die er uns aufgezeichnet hat, war seine Darstellung doch einseitig und nicht ausgewogen. Deshalb hilft sie uns wenig bei unserer gemeinsamen Analyse. Denn die Handlungen der Sowjetunion zur Stärkung ihres militärischen Potentials in Europa - nehmen wir einmal an, Herr Sommer sei richtig informiert - entwickeln sich doch nicht in einem Vakuum, in einem entwaffneten, abgerüsteten Europa, das auf diesem Gebiet nichts aufzuweisen hätte. So vermisse ich bei Herrn Sommer den Hinweis auf die letzte Maitagung der NATO 1978 in Washington, wo ein neues Aufrüstungsprogramm für die 80er Jahre beschlossen wurde. In diesem Bild fehlen auch die USA, die ihre militärische Präsenz in Westeuropa verstärken. Wenn wir alle diese Faktoren in das von Herrn Sommer gezeichnete Bild übertragen, kommen wir zu einem etwas anderen Ergebnis.

Wenn wir die sowjetischen Rüstungen mit den westlichen vergleichen, dann müssen wir nach irgendwelchen Kriterien für eine objektive Beurteilung suchen. Man kann doch nicht einfach aufzählen, was die Sowjetunion hat und was sie beabsichtigt, ohne dies mit dem zu vergleichen, was der Westen hat und in Zukunft haben will. Um eine realistische Einschätzung zu ermöglichen, brauchen wir ein kompliziertes Schema der Streitkräfte; denn es geht nicht nur um die einzelnen Waffensysteme, sondern gewissermaßen um das System dieser Waffensysteme, welches jede Seite in Europa besitzt.

Wenn Sie sagen, Herr Löwenthal, das Verhältnis der Panzer zwischen Ost und West betrage 3 : 1 - was nützt eine solche Aussage, wenn wir sie nicht in den Rahmen der allgemeinen Waffensysteme im Westen und im Osten Europas einordnen? Wie sehen hier die Vergleichsmaßstäbe aus? Ist eine Rakete so viel wert wie drei Panzer? Wer kann das sagen? Selbst Herr Bertram, den ich hoch achte, dürfte diese Frage kaum beantworten können. Denn es gibt für die Einschätzung kein Kriterium. Entspricht eine Einheit der USA von 7 000 Soldaten 5 Panzern einer Panzerdivision? Oder womit läßt sich die Neutronenbombe vergleichen, wenn sie in diese Gleichung aufgenommen wird - mit welchen neuen Arten oder Zahlen von sowjetischen Panzern oder Bombern?

Man kann so viele Zahlen anführen, wie man will - das Londoner Institut für strategische Studien liefert uns ja diesbezüglich viele Zahlen;- , es kommt vor allem darauf an, die Unterschiede in den militärischen Strukturen und in den Waffensystemen zu verstehen, welche jedes Land besitzt. Wir hören dem Westen immer geduldig und aufmerksam zu, wenn beispielsweise die Asymmetrie erwähnt wird, die in Europa zwischen West und Ost, in geographischer, politischer und in vielen anderen Formen besteht. Dann müssen wir die komplizierte Aufgabe lösen, alle diese Komponenten in eine Gleichung aufzunehmen, auf deren Grundlage wir ehrlich miteinander werden sprechen können.

Herr Sommer sagte, die Entspannung müsse ihre eigene Logik haben, und er sehe keine entsprechende Logik im sowjetischen Verhalten in Europa. Ich möchte festhalten, daß es eine politische Entspannung in Europa gibt. Was bisher leider fehlt, ist eine militärische Entspannung, für die es noch keine entsprechende Logik gibt, weshalb wir auf diesem Gebiet auch so schwer vorankommen. Sie wissen, daß der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Vertrages in Moskau getagt und eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen hat, die darauf gerichtet sind, die militärische Entspannung voranzubringen. Aber bis jetzt haben wir vom Westen keinerlei Antwort darauf erhalten.

Solange die militärische Entspannung nicht erreicht worden ist - und es gibt sie heute noch nicht-, so lange herrscht die unangenehme Logik der Aufrüstung, die der Entspannung widerspricht. Diese Logik der Aufrüstung haben wir auf beiden Seiten. Und wir werden Sie vergeblich davon zu überzeugen suchen, daß wir nicht aufrüsten. Selbstverständlich rüsten wir auf, weil es keine Logik der militärischen Entspannung und keine Abkommen, die ihr entsprechen, gibt. Diese unangenehme Logik der weiteren Aufrüstungen auf beiden Seiten läßt sich durchaus beenden. In diesem Sinne beobachten wir ohne Skepsis und voll Hoffnung die Entwicklung der Verhandlungen in Wien.

Es war in früheren Jahren viel die Rede davon, die Bundesrepublik würde sich um eine gewisse Initiative in Wien bemühen, um die Verhandlungen aus der Sackgasse zu führen. Bis heute warten wir aber vergeblich auf eine solche Initiative der Bundesrepublik, und ich stimme mit Herrn Arbatow völlig überein, daß sich in Wien leider eine negative Tendenz bemerkbar macht, die nicht nur von unserer Seite, sondern auch im Westen mit der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung gebracht wird. Es gibt derzeit keine konstruktive Linie der Bundesrepublik in Wien.

Herr Sommer fragte, warum die Sowjetunion hinsichtlich China beunruhigt ist. Womit bedroht China die Sowjetunion? Wenn uns eine solche Frage von Gesprächspartnern aus dem Westen gestellt wird, dann ist man dabei nie ganz aufrichtig. Was Sie dabei verschweigen, ist eine gewisse Euphorie auf Ihrer Seite über das, was sich in den letzten Monaten durch die Rolle Chinas im Weltgeschehen ereignet hat. Dabei wird auch ein gewisses Siegesgefühl deutlich, so als sei dem Westen hier plötzlich ein Gewinn in den Schoß gefallen.

China bedroht nicht nur die UdSSR als Großmacht, sondern gefährdet den Prozeß der militärischen Entspannung im ganzen. Das werden Sie, die Sie an der militärischen Entspannung teilhaben wollen, noch zu spüren bekommen. Der Westen bemüht sich jetzt, China in das militärische Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost sowohl auf globaler als auch auf regionaler europäischer Ebene einzuführen. Wird uns das die Lösung jener Probleme der militärischen Gleichung erleichtern, mit denen wir vor der Einführung Chinas in diese Gleichung zu tun hatten? Oder verhindert es die Lösung dieser Probleme? Ich frage mich: Wie werden die Wiener Verhandlungen weitergehen, wenn erst der chinesische Faktor in die europäischen politischen und militärischen Angelegenheiten einbezogen wird? Wird Wien einfacher oder schwerer werden?

Gewöhnlich weisen die Westeuropäer in Gesprächen mit uns die Vermutung von sich, sie wollten die militärische Rolle Chinas gegen die Sowjetunion ausnutzen, vielleicht sogar im Sinne eines militärischen Drucks. Offenbar dachte aber General Haig durchaus in diese Richtung, als er über das 16. Mitglied der NATO sprach. Ich halte dies nicht bloß für ein literarisches Aperçu, das Haig da gebrauchte. Das hat vermutlich schon einen rationalen Hintergrund.

Ich erinnere nur an das Interview von General Haig mit der "Sunday Times", in dem er gesagt hat, eineinhalb Millionen sowjetische Soldaten, die angeblich an der sowjetisch-chinesischen Grenze stehen, seien rein militärisch ein Gewinn für den Westen. Was will Haig mit dieser Erklärung zum Ausdruck bringen? Ich vermute wiederum, daß damit ganz rational der chinesische Faktor in die Berechnungen der NATO eingeführt worden ist.

Wir hören immer wieder vom Westen - auch hier wurde davon gesprochen;- es handele sich im wesentlichen darum, China aus der Isolation herauszuführen. China würde dann gutnachbarliche Beziehungen sowohl zur Sowjetunion als auch zum Westen pflegen. Da möchte ich doch die Frage stellen: Warum hat niemand im Westen versucht, die Sowjetunion nach dem Jahre 1917 aus der Isolierung zu führen und ihr dafür Waffen zur Verfügung zu stellen? Das ist doch ein recht geeignetes Mittel, um jemanden aus der Isolation herauszuführen. Wir können uns nicht erinnern, daß der Westen uns gegenüber eine solche Politik betrieben hat. Auf die Gründung der Sowjetunion hat der Westen mit der Intervention von 14 Staaten geantwortet und dann, wenn Sie so wollen, mit dem Zweiten Weltkrieg und einer Invasion in die Sowjetunion.

Es heißt, die Lieferung von Flugzeugen an China sei doch nur eine belanglose Sache. Erstens geschehe das aus kommerziellen Gründen, und zweitens seien das recht schlechte Flugzeuge und zudem nur in einer geringen Anzahl. Was die Qualität der gelieferten Flugzeuge angeht, so gibt es darüber auch andere Urteile. China ist auf sie angewiesen, aber nicht zu Verteidigungszwecken. Außerdem ist dies nur der Anfang von militärischen Lieferungen aus Westeuropa an China. Wir haben deshalb mit großer Genugtuung die Erklärung von Bundeskanzler Schmidt vernommen, daß sich die Bundesrepublik an diesem Spiel nicht beteiligen wird. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß die Bundesrepublik Deutschland daran interessiert ist. Dennoch läuft dieser Prozeß an, und Sie müssen begreifen, daß Waffenlieferungen an China die Spannungen in Europa nicht abschwächen werden. Es gibt hier sozusagen eine Rückkoppelung. Je gespannter die Lage an den östlichen Grenzen der Sowjetunion sein wird, desto mehr werden wir um die Festigung unserer Sicherheit im Westen besorgt sein. Hier dürften die NATO-Berechnungen nicht ganz zutreffen.

Neubauer

Ich bin mit Herrn Bowin einer Meinung, daß das Ost-West-Verhältnis für den Fortgang der Entspannung im Vordergrund steht. Dennoch hielte ich es für fahrlässig, würden wir dabei übersehen, welche Bedeutung in dieser Hinsicht dem Verhalten der Großmächte gegenüber den Staaten der Dritten Welt zukommt.

Herr Löwenthal hat bereits darauf hingewiesen, daß eine militärische Intervention in Drittländern die Entspannung gefährden muß. Das gilt aber nicht nur für eine militärische Intervention, sondern auch für die Lieferung von Waffen, die Stellung von Instruktoren und sonstige weitgehende Unterstützungen. Das alles sind zweifellos Störfaktoren im gesamten Prozeß der Entspannung. Ich denke hier vor allem an die politische Entwicklung in Afrika in den letzten Jahren. Herr Sommer hat das als die Schaffung von geopolitischen Positionen bezeichnet.

Wenn Herr Gantman hier die Frage stellt, wie wir im Bereich der militärischen Entspannung, die wir alle wollen, wirklich weiterkommen können, dann sehe ich eine zwingende Voraussetzung dafür in der politischen Gesamtentspannung. Darauf ist von sowjetischer Seite bisher noch nicht eingegangen worden. Ich wiederhole: Es ist wenig überzeugend, auf der einen Seite Entspannung zu befürworten, wenn auf der anderen Seite von der Sowjetunion gleichzeitig weiter der Versuch unternommen wird, so wie es in Afrika geschehen ist, geopolitische Positionen zum eigenen Vorteil auszubauen.

Zur Abrüstung allgemein möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Die russische und die sowjetische Militärgeschichte zeigt, daß die Streitkräfte dieses Landes bisher immer auf Verteidigung ausgerichtet waren. Daher muß es uns verständlicherweise mit großer Skepsis erfüllen, wenn wir in den letzten Jahren eine Entwicklung beobachten, die eine deutliche Änderung dieses Grundsatzes darstellt.

Wir wissen alle, wie sich die Rüstungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in West und Ost entwickelt haben. Aufgrund seiner damaligen Überlegenheit im Bereich der modernen Waffentechnik ist der Westen dem Bemühen des Ostens, seine Rüstung auf dem Gebiet der konventionellen Waffen zu forcieren, durchaus mit Verständnis begegnet. Inzwischen hat der Osten aber bei den modernen Waffen aufgeholt - wie auch immer man den Wert bestimmter Waffensysteme beurteilen mag. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Öffentlichkeit in unseren Ländern Ihren Aufrüstungsbestrebungen mit größter Besorgnis begegnet.

Ein Wort noch zu China. Wir alle sind Realisten, und gerade die sowjetische Politik hat sich immer durch ihren Realismus ausgezeichnet. Als Realisten kommen wir nicht umhin festzustellen, daß man ein Volk von etwa 800 Millionen Menschen nicht auf Dauer von der Weltpolitik fernhalten kann, ohne den Weltfrieden damit zu gefährden. China dürfte auch nach seinem Eintritt in die Weltpolitik über eine lange Zeit kaum in der Lage sein, die Sowjetunion in nennenswerter Weise militärisch zu bedrohen.

Arbatow

Die geopolitische Thematik, die Herr Bowin in seinem Referat behandelt hat, wurde eben erneut angesprochen. Man darf da nicht alles in einen Sack werfen: Angola, Äthiopien, Afghanistan und so weiter. Jeder Fall ist ein spezifischer, der aus ganz unterschiedlichen Situationen resultiert. Man kann auch eine andere Kette aufzeigen, die uns nicht so angenehm ist: Ägypten, Sudan, Somalia und manch andere Länder. Die Entwicklung nahm hier keinen einheitlichen Verlauf.

Wir verstehen, daß der Westen Rohstoffe braucht. Aber das ist eine alte Sorge. Seinerzeit wurden aus diesem Grunde Kolonialreiche gegründet. Aber man kann Rohstoffe auch auf einem anderen Wege bekommen, nämlich durch die gleichberechtigte wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. In diese Richtung sollte der Weg gehen. Der Westen darf also nicht nur erwarten, daß wir Verständnis für seine Interessen aufbringen, sondern er muß sich auch nachdrücklicher an die in der Welt entstandene neue Situation anpassen. Das scheint mir nicht immer der Fall zu sein.

Der Iran ist beredtes Zeugnis dafür; ein anderes Beispiel ist Südafrika. Wenn die westliche Politik gegenüber Südafrika so weitergeht wie in den letzten Jahren, dann, fürchte ich, kann das ganz andere Ereignisse heraufbeschwören. Es handelt sich dabei nicht um die Ideologien, Herr Löwenthal. In gewissen Grenzen haben die Völker Geduld. Das hängt auch von der aktuellen Lage ab. Aber dann wird die Situation plötzlich explosiv.

Uns erfreuen solche Situationen übrigens auch nicht; denn sie bereiten uns ebenfalls viele Schwierigkeiten. Aber es gibt bestimmte Prinzipien in unserer Politik, und wenn sich die Dinge so entwickeln, wie es in Südafrika der Fall ist, dann werden wir vor eine sehr ernste Wahl gestellt. Ich sage das nicht als Drohung. Ich sehe keine Situation, in der wir unsere Flotte dorthin schicken oder sonst etwas in dieser Richtung tun. Aber es gibt Dinge im Kampfe gegen den Kolonialismus, wo wir nicht abseits stehen dürfen. Und es ist besser, diese Fragen zu lösen, damit keine derartigen Probleme heraufbeschworen werden.

Es ist unrealistisch, von uns zu fordern, wir sollten uns solchen Situationen gegenüber gleichgültig verhalten und mit ihnen nicht rechnen. Wir haben nicht die Forderung aufgestellt, daß der Westen als Bedingung dafür, daß man China anerkennt und die Zusammenarbeit mit ihm pflegt, verlangt, daß die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion zu verbessern sind. Ich denke etwa an die Teilnahme Chinas an den Abrüstungsverhandlungen und so weiter. Solche Bedingungen haben wir nicht gestellt. Es gibt Situationen in der Welt, wo man sich auf die eigene Vernunft verlassen muß und es nicht zu extremen Entwicklungen kommen lassen darf.

Was China angeht, so möchte ich im Zusammenhang mit den Ausführungen von Herrn Sommer nur eine Frage stellen: Würde man China auch eine solche Hilfe zuteil werden lassen und die Zusammenarbeit mit China in der Weise beschleunigen, wie das heute der Fall ist, wenn China mit der Sowjetunion befreundet geblieben wäre? Da habe ich meine großen Zweifel. Das Schlimmste ist, daß die Chinesen selbst der Auffassung sind, diese Unterstützung sei ein Entgelt für ihre Außenpolitik. Das ist kein Fanatismus von Mao Tse-tung, sondern das ist der Pragmatismus der Menschen, die daraus Profit ziehen möchten.

Schließlich: Hier wurde gesagt, die 80er Jahre würden unruhige Jahre werden. Das wird in der Tat der Fall sein, und zwar aufgrund objektiver Umstände. Ich glaube aber, daß der Grad der Unruhe

wesentlich von der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen abhängen wird. Wenn die Entspannung weiter vorankommt, werden die Komplikationen viel geringer sein, als dies der Fall sein könnte, wenn wir beispielsweise in den Kalten Krieg zurückfallen würden. Das würde etwa dann geschehen, wenn sich jede Seite das Ziel setzte, der anderen Seite zu schaden, unabhängig von dem Preis dieses Schadens. Dann wird sich alles erheblich komplizieren.

Löwenthal

Wir sind in die Phase der Diskussion eingetreten, wo die Probleme in ihrem vollen Ernst sichtbar werden. Herr Arbatow kritisiert die westliche Politik gegenüber Südafrika. Die westliche Politik in dieser Gegend hat sich in den letzten Jahren spät, aber klar gegen die südafrikanische Apartheidspolitik und gegen die südafrikanische Politik in Namibia eingesetzt. Sie bemüht sich unter großen Schwierigkeiten darum, eine friedliche Änderung der Verhältnisse zustande zu bringen. Das ist sehr schwierig, und Sie haben ganz recht, die Geduld der Völker, in diesem Fall der schwarzen Völker, ist nicht unbegrenzt. Wir verstehen, daß die Sowjetunion ihre Sympathien auf der Seite der schwarzen Völker hat, und sie hat infolgedessen schon Gelegenheit gehabt, in den Vereinten Nationen mit den Westmächten zusammen gegen Südafrika zu stimmen.

Was uns beunruhigt ist, daß wir von der sowjetischen Propaganda in diesem Teil der Welt den Eindruck haben, daß sie innerhalb der schwarzen Völker nicht das Bemühen um eine friedliche Lösung ermutigt, sondern im Gegenteil die Auffassung unterstützt, daß man die Probleme letztlich nur durch Gewalt lösen kann. Die Gefahr liegt nicht nur in der Ungeduld der Schwarzen oder in der Härte des Widerstandes der südafrikanischen Regierung gegen eine Reform, sondern in der Tendenz, eine gewaltsame Lösung zu ermutigen.

Dann zu China. Ich halte die Erklärung von General Haig über China als 16. NATO-Macht, die Herr Gantman zitiert hat und die ich nicht kannte, in der Tat für unverantwortlich. Alles Denken in westlichen Kreisen an ein Spielen mit der chinesischen Karte ist unverantwortlich. Es kann nicht unser Interesse sein, im Fernen Osten zwischen der Sowjetunion und China eine gewaltsame Auseinandersetzung zu ermutigen. Solange wir aber kein gesichertes militärisches Gleichgewicht haben, ist es eine natürliche Überlegung für den Westen, daß sich das Gleichgewicht etwas verändert, wenn China stärker wird. Ich ziehe daraus nicht die Konsequenz, daß wir China bewaffnen sollten; in diesem Punkt teile ich die Auffassung von Bundeskanzler Schmidt.

Damit komme ich zu meinem eigentlichen Punkt. Auf unsere Besorgnisse über den Stand der sowjetischen Rüstung in Europa haben wir von einigen der sowjetischen Teilnehmer Antworten erhalten, die die Sache etwas herunterzuspielen scheinen. Die Äußerung von Herrn Gantman war da sehr viel deutlicher, als er sagte: Es gibt zwar eine politische Entspannung, aber bisher keine militärische Entspannung; und solange es keine militärische Entspannung gibt, ist es natürlich, daß wir weiterrüsten.

Herr Gantman, das ist nicht so natürlich, wie es Ihnen vielleicht scheint. Solange es keine militärische Entspannung gibt, man sich aber in Verhandlungen um eine solche bemüht, ist es natürlich, daß derjenige weiterrüstet, der auf einem Gebiet der Unterlegene ist. Aber Sie sind auf dem europäischen Theater eindeutig nicht der Unterlegene. Und die Tatsache, daß Sie die Rüstung sowohl auf dem Gebiet der konventionellen Waffen, wie auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen auch in den Jahren der Entspannung weitergetrieben haben, ist in unseren Augen alles andere als natürlich.

Das ist ein Punkt, der auch die politische Entspannung auf die Dauer gefährden muß, wenn wir mit den Bemühungen um die militärische Entspannung nicht weiterkommen. Ich möchte Sie bitten, diese Gefahr ernst zu nehmen und die Überlegung anzustellen, ob selbst dann, wenn wir die militärische Entspannung noch nicht haben, man den Weg dorthin noch mehr erschwert, indem man auf den Gebieten weiterrüstet, wo man schon überlegen ist.

Poljanow

Sie argumentieren, Herr Löwenthal, man soll die Sache der Entspannung nicht durch Aufrüstung erschweren. Dem stimme ich zu. Warum sagen Sie dann aber nichts über die letzten Beschlüsse, die von der NATO gefaßt wurden und die eben auf eine weitere Aufrüstung abzielen? Erschweren diese Beschlüsse der NATO die Entspannung oder nicht? Verbessern sie die Chancen einer militärischen Entspannung oder nicht? Verschlechtern sie die Chancen der weiteren politischen Entspannung oder nicht? Das sind alles Fragen, die wir als legitim betrachten.

Löwenthal

Ich habe gesagt, daß weitere Aufrüstung die Bemühungen um militärische Entspannung erschwert und die Bemühungen um politische Entspannung gefährdet, wenn dort weitergerüstet wird, wo einer schon überlegen ist. Die NATO ist in Europa dem Warschauer Pakt nicht überlegen, und sie hat diese neuen Rüstungsbestrebungen erst begonnen, als sich eine zunehmende Überlegenheit des Warschauer Paktes zeigte.

Poljanow

Herr Löwenthal, am letzten Freitag hat ein sehr prominenter Vertreter des Westens gesagt: "Die NATO ist dem Warschauer Vertrag an Stärke gleich, vielleicht ist sie sogar überlegen." Der Name dieses prominenten Vertreters ist Präsident Carter.

Löwenthal

Präsident Carter hat damit die NATO unter Einschluß der strategischen Waffen der Vereinigten Staaten gemeint. Ich spreche von den Waffen auf dem europäischen Theater.

Körber

Ich finde es hochinteressant, welchen Raum das Thema "China" in einem Gespräch einnimmt, das im wesentlichen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zum Inhalt hat. Darin wird einmal mehr deutlich, wie sehr wir heute in globalen Kategorien denken müssen und uns nicht auf die bilateralen Zusammenhänge beschränken dürfen.

Ritter

Zunächst möchte ich eine generelle Bemerkung zur Behandlung des Chinaproblems machen. Wir sind uns heute alle darüber einig, daß die wechselseitigen Urteile über die jeweilige Gegenseite in der Zeit des Kalten Krieges weitgehend falsch waren. Sie sind nicht erst jetzt falsch geworden, sondern sie waren es auch damals. Die Sowjetunion lebt mit China in einem Zustand des Kalten Krieges. Einige Bemerkungen der sowjetischen Teilnehmer über die Gefahr, die die Sowjetunion im Chinaproblem sieht, haben mich lebhaft an das erinnert, was der Westen seinerzeit gegenüber der Sowjetunion befürchtet hat. Ich meine, wir sollten unsere gemeinsamen Erfahrungen anwenden, um auch in der Chinafrage auf beiden Seiten zu adäquaten Urteilen zu kommen.

Dem meisten, was Herr Arbatow in bewährter Entspanntheit zur Abrüstungsfrage gesagt hat, kann ich zustimmen. Wenn ich diese Frage noch einmal aufgreife, so folge ich dem Urteil von Herrn Löwenthal, daß wahrscheinlich kaum etwas anderes die Entspannungspolitik so stark gefährden kann wie eine Fortsetzung der Entwicklungstrends auf diesem Sektor. Gerade die Frage, warum uns die Entwicklungstrends in eine Gefahrensituation führen oder schon geführt haben - Herr Arbatow sprach hier zu Recht von einer Art Kreuzweg;-, müßte indessen doch noch systematischer und spezifischer angesprochen werden, als er es getan hat. Dabei geht es hier gewiß weder um das Zählen einzelner Systeme noch um operative Details.

Um es vorweg zu sagen: Der kritische Punkt ist, daß Gleichgewicht und Stabilität zwei verschiedene Begriffe sind, die unterschiedliche Sachverhalte decken. Wir haben zur Zeit ein globales Gleichgewicht zwischen Ost und West, das aber zunehmend instabil zu werden droht. Instabil meine ich in dem Sinne, daß Optionen entstehen, die es erlauben, die Wirksamkeit der wechselseitigen Abschreckung zu unterlaufen.

Die Tendenz zur Instabilität hat derzeit im wesentlichen drei Gründe. Erstens: Durch die technologische Entwicklung entsteht eine zunehmende Verwundbarkeit von Waffensystemen auf beiden Seiten. Das dürfte eine beiderseitig anerkannte Tatsache sein; zunehmende Treffgenauigkeit und derartiges sind hier ursächlich.

Der zweite Grund liegt in der hier schon mehrfach angesprochenen regionalen Asymmetrie, die sich nach westlichem Urteil in den letzten Jahren eher verstärkt hat und keine Tendenz zur Abflachung zeigt.

Der dritte Grund besteht darin, daß das Erreichen der Parität, so wie sie sich auf der Ebene interkontinentaler Systeme inzwischen entwickelt hat, es zunehmend schwieriger macht, regionales Ungleichgewicht, regionale Disparität mit strategischen Komponenten auszugleichen.

Die Asymmetrie, die den Kernpunkt der Schwierigkeiten auf unserer Seite im Blick auf Verteidigungsplanung wie auf arms control ausmacht, hat wiederum mehrere Gründe, historisch-psychologische, aber auch, wie Herr Falin mit Recht ergänzt hat, historisch-strukturelle: anfängliche

nukleare Überlegenheit des Westens, regionale, insbesondere konventionelle Überlegenheit des Ostens, die verstärkt fortbesteht.

Das in der Region Europa festzustellende konventionelle Übergewicht, das zunehmend auch nuklear abgesichert wird, hat aber, wie mir scheint und wie mir in Kolloquien in Moskau beigebracht wurde, auch global-strategische Gründe. Es ist unverkennbar, daß die bestehende Asymmetrie der Sowjetunion in Europa mit den militärischen auch politische Vorteile verschafft. Nirgendwo in der Welt ist konventionelle Überlegenheit politisch - ich sage ausdrücklich politisch - so wirksam wie in Europa, weil mit dieser Überlegenheit die politische Verwundbarkeit des westlichen Systems, nämlich im kritischen Fall vor die schreckliche Frage der nuklearen Entscheidung gestellt zu werden, sonst nirgendwo so gegeben ist. Ich verstehe deshalb die militärische Ratio der sowjetischen Seite durchaus, die die Sowjetunion unter globalen und nicht nur regionalen Gesichtspunkten an diesem strategischen Positionsvorteil festhalten läßt. Das ist verständlich auch dann, wenn ich mit Überzeugung davon ausgehe, daß ein militärischer Angriff in Europa von sowjetischer Seite gar nicht beabsichtigt wird.

Noch allgemeiner wäre zu sagen: Die Schwierigkeiten liegen darin, daß es in der Beurteilung dessen, was Stabilität ausmacht und welche Positionsvorteile sie (noch) gewährt und nutzen läßt, grundlegende Asymmetrien gibt. Das hat weittragende Konsequenzen mit Bezug auf die Entwicklung der Dispositive und Einsatzdoktrinen beider Seiten.

Die Konsequenz aus dieser Lage ist - und damit beschreibe ich zugleich einen Trend;- , daß wir, um es vorsichtig auszudrücken, eine zunehmende Akzentverschiebung in der Entwicklung der Strategien wahrnehmen, und zwar, wie Sie aus der einschlägigen Literatur sehr wohl entnehmen können, dahingehend, daß das Prinzip wechselseitiger Abschreckung zunehmend in Richtung einer, wie es heißt, Kriegsführungsstrategie akzentuiert wird.

Das ist ein sehr komplexer Gegenstand, auf den ich hier nicht näher eingehen kann. Ich möchte nur zur Verdeutlichung des Gesagten hinzufügen, daß die Verstärkung der beschriebenen Asymmetrie das nukleare Element im wechselseitigen Dispositiv aktualisiert und uns in wachsendem Maße auf die Schizophrenie der Erwägung nuklearer Einsatzformen fixiert. Oder, um es andersherum zu sagen, es entfernt uns zunehmend von der Möglichkeit einer Vereinbarung über den Ausschluß von Ersteinsätzen nuklearer Mittel. Ein solcher Ausschluß wäre insbesondere für die Bundesrepublik von Interesse - sofern die entsprechenden Voraussetzungen dafür gegeben sind;- , denn für niemanden gilt das Wort von der Schizophrenie nuklearer Einsatzvorstellungen so sehr wie für die Bundesrepublik. Das ist evident und muß nicht näher erläutert werden.

Herrn Fauns Vorschlag, der wohl nur um des Arguments willen gemacht wurde, war nicht nur apart. Erfragte, was wir wohl sagen würden, wenn die Sowjetunion ihre konventionelle Komponente auf ein Drittel reduzierte und dafür ihr nukleares Potential in Europa verdreifachte. Darauf würden wir kaum so einseitig negativ reagieren, wie Herr Falin das anzunehmen scheint. Eine Verdreifachung des nuklearen Potentials in Europa ist für die Sowjetunion mehr oder weniger sinnlos, weil sie bereits im kontinental-strategischen Bereich über genügend nukleare Systeme verfügt, um alle relevanten Ziele in Europa abzudecken. Für uns dagegen würde sich die Nötigung, das konventionelle Übergewicht des Ostens mit nuklearen Mitteln auszugleichen, ganz erheblich verändern, wenn sie nicht ganz verschwinden würde.

Was SALT betrifft, schließe ich mich dem an, was von deutscher Seite hier schon mehrfach gesagt worden ist: Wir wünschen einen konstruktiven Abschluß von SALT II. Wir rechnen mit der strategischen Parität, die dort bis zu einem gewissen Grade fixiert wird. Was uns im Zusammenhang mit SALT II beunruhigt, sind mehr die Weichenstellungen, die mit Bezug auf das außerordentlich schwierige Problem der sogenannten Grauzonenwaffen oder der kontinentalstrategischen Waffen vorgenommen werden.

Ich versage mir, im einzelnen auf MBFR-Probleme einzugehen. Der erste kritische Punkt besteht für uns in der Datenfrage. Es ist wohl gemeinsames Urteil, daß mit dem Erzielen von Parität auf dem schmalen Sektor der Mannschaftsstärken mit Bezug auf das, was in Europa die Disparität ausmacht, nur ein vergleichsweise wenig relevantes Element geregelt wird, das aber relativ traitable ist und deshalb zum Test für das sinnvolle Prinzip regionaler Parität werden kann. Das ist der Sinn von MBFR.

Wenn das aber der Fall ist, so ist bei dieser Teilmaßnahme, die das Prinzip manifest machen soll, Solidität geboten. Wenn Sie redlich bedient werden wollen, müssen Sie wissen, daß kein deutsches Parlament, keine deutsche Koalitionsregierung in der Lage ist, über die derzeit noch bestehenden Differenzen in der Datendiskussion hinwegzugehen. Ich bin sehr dafür, nicht im einzelnen, wie Herr

Sommer das immer nennt, "Fliegenbeine zu zählen". Wir müssen einen Weg finden, wie wir aus dieser Sackgasse unter Wahrung des Gesichts und mit glaubwürdigen Ergebnissen herauskommen. Die Operation ist schwierig gelaufen, weil sich beide Seiten auf bestimmte Zahlenangaben festgelegt haben. Es ist indessen einheitliche westliche Meinung - und nicht nur die der Deutschen; insofern ist die deutsche Position keineswegs das Haupthindernis in diesen Verhandlungen-, daß hier eine Differenz besteht, die in der Größenordnung dem Umfang der in dem betreffenden Raum stationierten amerikanischen Truppen nahekommt. Das ist eine Differenz, über die keine deutsche Regierung hinweggehen kann, indem sie etwa die Datendiskussion beiseite schiebt. Politisierung von MBFR kann das jedenfalls nicht heißen.

Hinzu kommt, daß der Versuch, die Parität auf diesem schmalen Sektor der Mannschaftsstärken zu erreichen, nicht nur ein quantitatives Problem ist. Das Prinzip der Parität darf nicht nur an einem konkreten Punkt manifest gemacht werden. Wenn aber Rüstungskontrolle als ein fortschreitender Prozeß für die weitere Zukunft überhaupt sinnvoll sein soll, dann ist die Klärung von Datenfragen, von gemeinsamen Zählweisen ein grundlegendes Problem der Vertrauensbildung. Hier geht es also durchaus auch darum, ob es an diesem ersten schwierigen Punkt gelingt, sich nicht über Beurteilungsweisen in Fragen der Quantität und Qualität gleichsam hinwegzumogeln, sondern wirklich übereinstimmende Ergebnisse zu erzielen.

Ein zweiter schwieriger Punkt bei MBFR ist die Frage der sogenannten ceilings. Kollektive Begrenzungen sind aus vielen oft genannten Gründen für uns wichtig. Hier hat die Sowjetunion einen Annäherungsschritt in Richtung Kollektivität gemacht, aber durch ergänzende Bestimmungen dieses Zugeständnis dann wieder relativiert. Ich sehe hier von Einzelheiten ab.

Das dritte Problem ist die sogenannte Option 3. Diese wurde seinerzeit von westlicher Seite sehr präzise definiert. Sie war in einem ganz anderen Kontext und nur auf bestimmte Ziele hin angeboten: Es ging nicht einfach darum, 1 700 Panzer gegen soundso viele Pershings, F-104 und Kernsprengköpfe einzutauschen. Das Prinzip "Panzer gegen Nuklearmittel" ist zwar an sich sinnvoll. Aber die Option 3 war ein Angebot, um in den anderen entscheidenden Fragen, insbesondere den beiden zuvor genannten, "über den Berg zu kommen".

Lassen Sie mich abschließend sagen: Mit Bezug auf das Bild, das ich zu zeichnen versuchte, mit Bezug auf die Stabilität gefährdenden Trends, die durch wachsende Asymmetrie entstehen, wäre meine "Gretchenfrage" an die sowjetische Seite, inwieweit eigentlich der Ansatz von MBFR eine Auskunft darüber geben kann, ob diese Verhandlungen eine wirklich lohnende Perspektive eröffnen. Natürlich kann nicht alles in einem Schritt geleistet werden; aber ich frage, inwieweit man diesen Verhandlungen eine Perspektive beimißt im Sinne einer Neuorientierung europäischer Sicherheit, und zwar dahingehend, daß die bezeichnete Asymmetrie allmählich abgebaut wird und wir uns damit dann auch schrittweise aus dem schwierigen Problem nuklearer Nötigungen angesichts eines konventionellen Überhangs auf Seiten des Warschauer Pakts lösen. MBFR kann ein erster Schritt in dieser Richtung sein. Aber die Gretchenfrage, ob es eine solche Perspektive gibt, scheint mir bisher unbeantwortet.

Kremer

Wenn wir uns überlegen, mit welchen Voraussetzungen wir in die 80er Jahre auf so wichtigen Gebieten wie den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern eintreten, so kann man feststellen, daß nicht nur bedeutende praktische Leistungen erzielt wurden. Es ist auch die Ausarbeitung bestimmter Konzeptionen dieser Beziehungen zu erwähnen, die sowohl im Vertrag von 1970 als auch im Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie in den bekannten Verhandlungen auf höchster Ebene die Grundlage abgeben.

Ein Aspekt in unseren Beziehungen läßt sich indes nur schwer definieren. Ich meine die Schaffung eines entsprechenden psychologischen Klimas, eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens. Ich möchte hier voll und ganz die von Herrn von Dohnanyi vertretene Auffassung unterstützen, daß es notwendig sei, Vorurteile abzubauen. In dieser Hinsicht dürfte in der Tat noch nicht alles in Ordnung sein. Es wird in der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen keine dauerhaften Erfolge geben, wenn nicht gewisse Vorurteile, psychologische Klischees, die im öffentlichen Bewußtsein weit verbreitet sind, Schritt für Schritt abgebaut werden. Diese Vorurteile haben leider ' nicht nur den Kalten Krieg überlebt, sondern sie überleben auch das erste Jahrzehnt der Entspannung.

Eines der gefährlichsten Klischees für unsere Beziehungen ist die bei Ihnen verbreitete Überzeugung von dem aggressiven Charakter der Sowjetunion beziehungsweise von einer sowjetischen Bedrohung. Mir scheint zumindest vielleicht irre ich mich da;- , daß die Anzahl der sowjetischen Panzer

in Mitteleuropa, von der hier soviel gesprochen wurde, in keiner direkten Verbindung zu einer Bedrohung steht. Denn es gibt doch andere Kräfteverhältnisse, die nun für unser Land unangenehm sind. Außerdem kann man von bestimmten Waffen keineswegs sagen, sie seien nur defensiv oder nur offensiv. Die gleichen sowjetischen Panzer waren im Jahre 1941 eine Verteidigungswaffe, während sie in der zweiten Hälfte des Krieges zu einer offensiven Waffe wurden. Für die deutsche Seite war es genau umgekehrt. Oder denken Sie an die Pläne, die Neutronenwaffe in Europa zu lagern. Wir können darin einen Versuch sehen, uns eine der wichtigsten Komponenten unserer Stärke in Europa zu nehmen, uns in gewissem Sinne zu entwaffnen und das Kräftegleichgewicht in Europa zu verletzen.

Was wir immer wieder feststellen, ist ein gewisser technologischer Hochmut im Westen uns gegenüber. Offenbar herrscht bei Ihnen die Überzeugung vor, daß bestimmte Erfindungen des Westens auf dem Gebiet der Rüstungstechnologie der östlichen Seite nicht zugänglich wären. Das ist ein gefährlicher Irrtum, den man im Laufe der Entwicklung schon oft zu überwinden gezwungen war. Aber wir treffen ihn in letzter Zeit immer wieder an.

Ich meine jedenfalls, bei den psychologischen Klischees und Vorurteilen kommt es nicht so sehr auf die Zahl der Panzer und das tatsächliche Kräfteverhältnis an. Die Presseorgane einiger Länder - und da kann man leider die Presse der Bundesrepublik nicht ausschließen - ziehen Schlußfolgerungen buchstäblich aus allen sowjetischen Aktivitäten, aus unserer Ideologie, aus dem Zustand unserer Wirtschaft, aus dem angeblich fest ausgeklügelten Einfluß unserer Generäle und so weiter und so fort. Wir haben es hier mit einer gewissen Selbsthypnose zu tun, mit der sich die Leute nervös machen. Das ist dann nur ein Grund, die Nervosität weiter zu steigern.

Nehmen wir einmal an, wir werden uns in Wien einig; wir ziehen gegenseitig unsere Truppen ab und auch teilweise diese schrecklichen sowjetischen Panzer aus Mitteleuropa zurück. Würde das aber zu einer Veränderung im Bewußtsein der Öffentlichkeit führen? Die tatsächlichen Ereignisse werden in den Informationsorganen und im öffentlichen Bewußtsein leider nicht adäquat wiedergespiegelt. Mitunter wird uns im Westen gesagt, das Verhalten der Presseorgane und der anderen Massenmedien erkläre sich aus ihrer völligen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Unsere Erfahrungen sprechen aber dafür, daß auch die westlichen Regierungen offenbar über gewisse Methoden verfügen, um auf die Presse, das Fernsehen und den Rundfunk Einfluß auszuüben. Sonst sind einige Dinge schwer zu erklären. Man muß sich nämlich manchmal einfach wundern, wie die angeblich so völlig selbständige und unabhängige Presse plötzlich wie auf Kommando eine bestimmte scharfe Wendung macht - ähnlich wie bei der Flotte, wenn alle Schiffe auf einmal ihren Kurs ändern. Da gewinnt dann beispielsweise China und alles, was damit zusammenhängt, über Nacht eine außerordentliche Bedeutung. Was die sowjetische Politik angeht, so finden ihr gegenüber derartige Kursänderungen leider nicht statt.

Wir sind davon überzeugt, daß die ideologische Konfrontation - vielleicht sollten wir in diesem Zusammenhang nicht von Kampf sprechen; möglicherweise ist dieses Wort in der deutschen Sprache zu scharf - im Rahmen der Entspannung weitergeht. Das spiegelt nur die objektiven Realitäten unserer Welt wider. Wenn wir uns fragen, wie wir in den 80er Jahren leben werden, dann bleibt aber festzuhalten, daß unter den neuen Verhältnissen der Entspannung auch an einen bestimmten Rahmen für den ideologischen Wettstreit gedacht werden muß. Diesen Gesichtspunkt dürfen wir nicht außer acht lassen.

Die Frage wäre also: Wo liegen die Grenzen für diesen Wettstreit? Denn ein solcher Wettstreit der Ideen und Standpunkte sollte auf keinen Fall die friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern und Ländern beeinträchtigen. Wenn man also von unterschiedlichen Positionen aus an verschiedene Probleme herangeht, dann sollte man die Polemik nicht so weit führen, daß sich in der Bevölkerung das Gefühl der Entfremdung vertieft. Ich meine, wir müßten die Kraft finden, objektiv zu sein, das heißt nicht nur gegenseitig die Mängel in der jeweils anderen Gesellschaft festzustellen, sondern auch die Leistungen der Völker hervorzuheben.

Das betrifft auch die Fragen der Außenpolitik. So hat man die Beharrlichkeit und Konsequenz der Sowjetunion ein wenig unterschätzt, die gesteckten Ziele zum Beispiel im Hinblick auf die Organisation der KSZE zu erreichen. Auch heute noch werden die Tatsachen teilweise entstellt, und die Lorbeeren für die inzwischen erzielten Erfolge schreiben die westlichen Massenmedien der anderen Seite zu. Die sowjetischen Wissenschaftler, die regelmäßig westliche Zeitungen lesen, haben oft den Eindruck, daß der Westen, wenn er sich gezwungen fühlt, für etwas Danke zu sagen, sich dann nur seine eigene Hand drückt.

Ich bin also der Ansicht, man sollte den Wettstreit auf dem Gebiet der Weltanschauungen und Ideen so weiterführen, daß man den Partner zugleich auch weitgehend achtet. Zum anderen sollte man

diesen Wettstreit nicht in eine Art psychologischen Krieg verwandeln. Wenn sowjetische Wissenschaftler und Publizisten wie ich, Herr Gantman oder andere hier Anwesende, über die Lage im Westen schreiben, dann weisen sie zum Beispiel auf die objektive Unfähigkeit der westlichen Gesellschaft hin - so sehen wir das jedenfalls;- , die von ihr geschaffene industrielle Macht zugunsten des ganzen Volkes auszuüben. Die westlichen Politologen dagegen heben hervor, daß es Mängel in unserer Wirtschaft oder auch auf anderen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens gibt. Das alles bezieht sich auf das Gebiet des Wettstreits der Ideen.

Wenn aber die westlichen Zeitungen schreiben - gestatten Sie, daß ich jetzt zitiere;- , daß Breschnew seinen Erfolg mit Kanonen statt Butter erzielt; oder wenn hier Propaganda gemacht wird für einen Vortrag von General Claude über den bevorstehenden Einfall der sowjetischen Armee in Westeuropa, oder wenn NATO-Experten behaupten, die Russen seien geneigt, gerade jetzt anzugreifen und so weiter, dann scheint mir eben das das richtige Muster für den psychologischen Krieg zu sein.

Herr Sommer erinnerte an eine Bemerkung von Bismarck. Ich bin auch Historiker; gestatten Sie mir, an eine andere Äußerung von Bismarck zu erinnern, in der er einmal gesagt hat, man könne eine Sache so auf die Spitze treiben, daß sie bricht. Man kann also das politische Milieu so vergiften, daß, selbst wenn wir praktische Vereinbarungen auf dem Gebiet der militärisch-politischen Entspannung erzielen, es dann schwer sein wird, die politische Ökologie wieder herzustellen. Dieses Problem sollte in unserer Diskussion nicht zu kurz kommen, damit wir uns hier auch überlegen, wie man im nächsten Jahrzehnt oder auch schon jetzt im Jahre 1979 ein psychologisches Klima des Vertrauens und der gegenseitigen Verständigung schaffen kann. Das ist einer der wichtigsten Aspekte, die die Substanz der Entspannung ausmachen. Das ist auch eine der Vorbedingungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet der militärischen Entspannung.

Koshewnikow

Nach dem, was Herr Sommer hier dargelegt hat, verfügt er offenbar über die Kenntnisse eines Generalstabsoffiziers; das ist wahrscheinlich für seine Tätigkeit als Redakteur sehr wichtig. Da wir Kollegen sind, bewundere ich seine militärischen Kenntnisse wirklich. Herr Sommer hat auch seine Besorgnisse über angebliche Gefahren an die Adresse der Sowjetunion gerichtet. Ähnliches hören wir auch von seilen der NATO und der USA, der mächtigsten Staatsmacht der Welt. Aber ich meine, daß über die wahren politischen Absichten dieses oder jenes Landes nach dessen wirtschaftlichen Bestrebungen und Plänen geurteilt werden muß. Denn die Wirtschaft ist materialisierte Politik.

Die Sowjetunion bedroht also angeblich diese sowohl wirtschaftlich als auch politisch mächtigen Vereinigungen. Um aber diese Drohung glaubhaft zu machen, muß man die wirtschaftliche Entwicklung des Landes entsprechend ausrichten, also den Weg einer Militarisierung der Wirtschaft im gesellschaftlichen und politischen Leben betreiben. Wenn man solche Absichten hat, wie sie uns unterstellt werden, dann kommt man nicht umhin so zu handeln, wenn man Erfolg haben will.

Da Herr Bertram vorgeschlagen hat, über die Zukunft zu sprechen, möchte ich Sie jetzt an jene reale Zukunft erinnern, die in unserem Lande realistisch vorgezeichnet ist. Sie wissen alle, daß bei uns derzeit der 10. Fünfjahresplan verwirklicht wird; der 11. Fünfjahresplan wird jetzt ausgearbeitet, und es wurde auch ein Plan für die Entwicklung bis Ende der 90er Jahre ausgearbeitet. Schauen Sie sich unser Land an. Ich erwähne nur einige Tatsachen, die leider der Aufmerksamkeit einiger unserer Freunde aus der Bundesrepublik entgehen; offenbar auch der Aufmerksamkeit des Chefredakteurs der "ZEIT". Diese Zeitung hätte der Annäherung unserer Länder einen wirklich großen Dienst erwiesen, wenn Herr Sommer seine Leser über die wahren Prozesse informiert hätte, die in der Sowjetunion vor sich gehen.

Sie werden gehört haben, daß wir heute unsere Wirtschaftsbestrebungen auf die Veränderung der nichtscharzen Erde richten. Das ist ein Territorium, welches der Fläche nach einem der großen europäischen Staaten entspricht. Die Bevölkerung dort übersteigt sogar die der großen europäischen Staaten, sie beträgt nämlich 60 Millionen Menschen. Einige Veränderungen haben wir bereits in der Nachkriegszeit durchgeführt. Gegenwärtig wird dort eine Zivilisation geschaffen, die dem modernen Durchschnitt entspricht, welchen die menschliche Gesellschaft unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erreicht hat. Sagen Sie mir bitte: Welches Land in der Welt stellt sich derart globalen Aufgaben?

Ein weiteres Beispiel: Im Laufe von 10 Jahren wurden ehemalige Wüstenlandschaften in eine Industrieregion verwandelt, während man in anderen Ländern der Welt die Böden veröden läßt. Ich denke etwa an Usbekistan, eine der mittelasiatischen Republiken. Dort gab es die sogenannte Hungersteppe, reine Wüstenlandschaften. In wenigen Jahren, einer Zeit, die man kaum als historisch

bezeichnen kann, wurden diese öden Böden in blühende Oasen verwandelt. Wenn Sie mit einem Flugzeug darüber hinwegfliegen, haben Sie den Eindruck, eine Zivilisation auf einem anderen Planeten zu sehen - wegen der Bewässerungsanlagen. Milliarden Rubel wurden dort investiert. Sie wissen, daß Sibirien ein großer Kontinent ist, der sein Antlitz verändert. Die Region Krasnodar, die viele Staaten Europas in sich aufnehmen könnte, wird zu einem Zentrum für die Produktion von Buntmetallen ausgebaut.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß bei uns jährlich so viel Wohnfläche ihrer Bestimmung übergeben wird, wie sonst nirgendwo auf der Welt. Vor kurzem wurde ein Beschluß des Obersten Sowjets angenommen, der die Bereitstellung von Kapital für soziale Zwecke, für die Erhöhung der Löhne, für die Senkung der Steuern, für verschiedene Vergünstigungen für die Werktätigen, darunter für ein umfassendes Gesundheitssystem, vorsieht. Wir sehen die Gesundheit des Menschen als einen gesamtgesellschaftlichen Wert an. Deshalb gibt es bei uns mehr Ärzte als in jedem anderen Land der Welt. Es ist schwer vorstellbar, wie ein Land so gigantische Kapitalmittel zur Verfügung stellen kann, die wesentlich die Summen übersteigen, die die NATO und die Vereinigten Staaten für ihre Rüstungen ausgeben, und gleichzeitig eine militärische Macht aufbauen kann, die eine Gefahr für andere Länder heraufbeschwört.

Sie wollen nicht den Realitäten Rechnung tragen, die der Politik und der Wirtschaft inhärent sind. Worauf kommt es bei uns vor allem an? Auf die Erhöhung des Wohlstandes der Bevölkerung. Das ist in unserer Verfassung festgelegt. Das Hauptanliegen der Partei ist die allseitige Entwicklung des Menschen. Wenn unsere Partei und unsere Verfassung die Menschen betrogen hätten, würden wir in unserer Gesellschaft keine solche Einheit haben, wie sie heute besteht. Diese Ziele, die vor allem auf die Lösung der von mir genannten Aufgaben ausgerichtet sind, verschlingen unsere wichtigsten Ressourcen. Sie bekommen eine falsche Vorstellung, wenn Sie die Rüstungspolitik isoliert betrachten und nicht auf die Hauptrichtungen unserer wirtschaftlichen Entwicklung sehen.

Nun zur Volksrepublik China. Ich war etwa sieben Jahre lang stellvertretender Generalsekretär des Komitees für die Beziehungen zu den Ländern Asiens und Afrikas. Ich bin auch Mao begegnet, der mir wiederholt erklärte, was er auch öffentlich betonte, daß sein Land, der Bevölkerungszahl nach das größte Land der Welt, arm sei. Erheben wir etwa dagegen Einspruch, diesem Land zu helfen, den geringen Wohlstand, das niedrige Niveau der Lebenshaltung der Bevölkerung zu überwinden? Dieses Land lebt im Zustand der Unterernährung; die Arbeit der Bauern steht auf einem feudalen Niveau. Würden wir dagegen Einspruch erheben, wenn die Hilfe darin läge, diese Zustände zu verbessern?

Aber die heutige Regierung Chinas hat lauthals erklärt, daß es vor allem darum gehe, den Kampf aufzunehmen. Der Krieg sei unvermeidlich, und der Hauptgegner sei die Sowjetunion. Wir wissen genau hinzuhören; wir verstehen, wenn man uns erklärt, auf weichen Wegen man die eigenen Ziele erreichen möchte. Wir sehen in der Rüstung Chinas den Versuch, die Lösung der politischen und ökonomischen Aufgaben auf dem Wege der Gewalt und der Eroberungen zu lösen. China hat das ja auch demonstriert. Das sind keine leeren Erklärungen. China hatte Zusammenstöße mit Japan, hat jetzt Kontroversen mit anderen Ländern Asiens, die mit seinen expansionistischen Absichten zusammenhängen. Das ruft bei uns Besorgnis hervor.

Schließlich: Je mehr China seine Ressourcen für die Aufrüstung verwendet, desto größer wird die Unzufriedenheit des chinesischen Volkes über sein niedriges Lebensniveau, seine armselige Existenz sein, in die es durch die sogenannte Kulturrevolution gestürzt wurde. Das kann noch ganz andere Prozesse in der Entwicklung Chinas hervorrufen, als es sich die vorstellen können, die heute noch auf die chinesische Karte setzen.

Krasnow

Herr von Weizsäcker brachte sein Erstaunen über die These zum Ausdruck, daß Herr Bowin die Entwicklung von Kleineuropa und Großeuropa im Widerspruch sieht. In der Schlußakte von Helsinki ist die gesamteuropäische Zusammenarbeit angesprochen, und wir sind der Meinung, daß die Schaffung eines Großeuropa durch umfassende Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppierungen, dem RGW und der EWG, die als Realitäten in Europa Gestalt angenommen haben, gefördert wird. Natürlich gibt es grundlegende Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppierungen, die auf die Unterschiede der gesellschaftlichen Institutionen der jeweils beteiligten Länder zurückzuführen sind.

Lassen Sie mich nur auf den Hauptunterschied eingehen. Der Gemeinsame Markt wurde als eine geschlossene Gruppierung geschaffen, deren Ziel es ist, ihre Position gegenüber Drittländern zu stärken. Dazu dienen der Zollabbau der Mitgliedsländer untereinander und feste Grenzen gegenüber

anderen Ländern. Dazu gehört weiter eine einheitliche Agrarpolitik, ebenso wie die Vereinheitlichung auf anderen Gebieten.

Im Unterschied zu diesen nach außen gerichteten Zielen zeigte sich der RGW immer als eine für andere Länder offene Organisation, und zwar offen für eine weitgehende Zusammenarbeit auch mit Ländern mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen. Das kommt besonders klar in den 1974 verabschiedeten Dokumenten zum Ausdruck, wo neue Bestimmungen angenommen wurden. Dort wird dies als eigene Aufgabe des RGW erwähnt. Von daher ist die Situation zu beurteilen, in der sich RGW und EWG im Rahmen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit befinden.

Die EWG hat inzwischen einen Grad der Integration erreicht, wo zu ihrer Kompetenz auch eine Reihe von handelspolitischen Fragen gehört. Sie betreffen vor allem den Import aus dritten Ländern, darunter auch aus den sozialistischen Ländern. Der Gemeinsame Markt hatte nach 1974 vorgeschlagen - nachdem handelspolitische Fragen in seine Kompetenz fielen;- , Handelsabkommen mit jedem einzelnen sozialistischen Land abzuschließen. Darin kam das zum Ausdruck, worauf Genösse Falin schon hingewiesen hat, nämlich das Bestreben, den Gemeinsamen Markt als einheitlichen Block jedem einzelnen RGW-Land gegenüberzustellen und damit die RGW-Länder zu trennen und einen Desintegrationsprozeß zu bewirken. Juristisch wurden diese Absichten damit begründet, daß handelspolitische Fragen nicht in den Kompetenzbereich des RGW gehören, sondern bei den einzelnen Mitgliedsstaaten des RGW verblieben seien.

Demgegenüber hat der RGW unmittelbar nach Abschluß der Vereinbarungen von Helsinki den Vorschlag unterbreitet, die Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG zu normalisieren. Dabei ging es um den Abschluß eines Rahmenvertrages, der sowohl die handelspolitischen Fragen als auch Fragen aller übrigen Formen der ökonomischen und ökologischen Zusammenarbeit umfassen sollte, etwa Standardisierung, Prognostizierung, Energieprobleme und anderes mehr. Ein solcher Vertrag sollte die Verwirklichung der konkreten Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen ermöglichen und auf eine rechtliche Basis stellen. Dem haben die EWG-Länder entgegengehalten, daß der RGW kein Objekt des Völkerrechts sei und man deshalb mit ihm keine solchen Abmachungen treffen könne.

Der RGW ist aber bereits ein Objekt des Völkerrechts; darüber liegen selbst in der BRD Forschungsergebnisse vor, etwa von Lange-Prollius und von anderen Autoren. Daß der RGW bereits in hohem Maße ein Objekt des Völkerrechts ist, das wird nicht nur durch die im Jahre 1974 angenommenen Richtlinien hinsichtlich der Tätigkeit auf den Außenmärkten bestätigt, sondern auch dadurch, daß der RGW circa 60 Abkommen mit verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen abgeschlossen hat; der RGW ist also ein gleichberechtigter Partner.

Um die These aus der Welt zu schaffen, daß der RGW in handelspolitischen Fragen keine Kompetenz habe, wurde vorgeschlagen, alle Abkommen innerhalb eines Rahmenvertrages nicht nur zwischen dem RGW und der EWG abzuschließen, sondern einerseits zwischen dem RGW und jedem einzelnen Land der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und andererseits zwischen der EWG und jedem einzelnen RGW-Land. Damit wäre die Frage der jeweiligen Kompetenz der Partner gelöst. Das heißt, in den Fragen, die in den Kompetenzbereich der EWG-Kommission gehören, unterzeichnet die Kommission, in anderen Fällen die einzelnen Länder.

Was hat der Gemeinsame Markt diesem klaren Vorschlag der östlichen Seite entgegengestellt? Erstens wurde angeregt, die Abkommen nach wie vor zwischen dem Gemeinsamen Markt und jedem einzelnen RGW-Land abzuschließen. Zweitens wurde ein administratives Abkommen vorgeschlagen, das nur den Austausch von Informationen vorgesehen hätte auf den Gebieten der Statistik, der Standardisierung, der Ökologie und so weiter. Jene konkreten Aufgaben also, mit denen die beiden Gruppierungen bereits heute zu tun haben, sollten auf die Schaffung eines Abkommens reduziert werden, das lediglich einen Informationsaustausch erbracht hätte.

Mit solchen Vorschlägen konnte sich unsere Delegation nicht einverstanden erklären. Die EWG legte daraufhin ein neues Konzept vor, das von der westlichen Presse als ein großes Zugeständnis gegenüber dem östlichen Partner gepriesen wurde. Inhalt des neuen Vorschlages war, der administrative Vertrag über den Informationsaustausch sollte von der westlichen Seite nicht nur mit dem RGW, sondern auch mit jedem einzelnen RGW-Land abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen - und darin offenbar ein großes Zugeständnis gesehen;- , in der Präambel dieses kleinen administrativen Abkommens die Phrase aufzunehmen, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen von großer Bedeutung sind.

Ich muß sagen, daß uns ein solches Abkommen in keinem Punkt weiterbringen würde; es bleibt weit hinter den Vorschlägen zurück, die die sowjetische Delegation eingebracht hat. Dabei möchte ich

unterstreichen, daß die sowjetische Delegation nichts vorgeschlagen hat, was es in der Praxis der internationalen Beziehungen und des Gemeinsamen Marktes nicht bereits gegeben hätte. Denken Sie zum Beispiel an das Abkommen, das jetzt zwischen dem Gemeinsamen Markt und den arabischen Ländern vorbereitet wird und das in seinem Charakter ungefähr dem von uns vorgeschlagenen entspricht. Das heißt, die Vertragspartner sind einerseits die Liga der Arabischen Länder und jedes einzelne der 20 arabischen Länder und andererseits der Gemeinsame Markt und jedes einzelne Land des Gemeinsamen Marktes. Dieses Abkommen wird nicht nur Fragen umfassen, die bereits im Gemeinsamen Markt geregelt sind, sondern auch Fragen der Investitionstätigkeit, der Finanzierung und so weiter.

Wir glauben, daß der Standpunkt unseres Landes den Zielsetzungen und den objektiven Aufgaben, vor denen Europa und unsere Völker stehen, gerecht wird. Nur einen Informationsaustausch durchzuführen, das ist eine Aufgabe von gestern. Hier wurde allseits betont, daß die 80er Jahre unruhige Jahre sein werden, Jahre, die neue Probleme der Wirtschaft, der Energiepolitik und so weiter bringen werden. Diese Probleme betreffen die westlichen Partner mehr als uns. Deshalb wundert es uns, wenn man uns Vorschläge unterbreitet, die eigentlich einen Schritt zurück bedeuten. Ich meine, die Öffentlichkeit könnte eine positive Rolle spielen, um die Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG endlich erfolgreich zu gestalten und praktische Ergebnisse ins Auge zu fassen, die dann in den 80er Jahren erfolgreich durchgeführt werden könnten.

Altmann

Das, was ich zu sagen habe, soll als eine Ergänzung im großen Rahmen zu den sehr interessanten Ausführungen von Herrn Krasnow dienen. Für mich war interessant, daß beide Referenten in ihrem Panorama der 70er Jahre eine äußerst wichtige Problematik ausgelassen haben, die nicht nur die Bundesrepublik, sondern die gesamte westliche Welt und, wie ich annehme, auch die sowjetische Wirtschaftspolitik vital berührt hat. Ich meine die große Rezession der Weltwirtschaft in den 70er Jahren, die ja erhebliche Wirkungen auch auf die Integrationstrends gehabt hat, von denen Herr Krasnow eben sprach. Ich bin der Meinung, daß uns diese Entwicklung in den 80er Jahren große Aufgaben stellen wird.

Einerseits ist man sich im ganzen Westen, unabhängig von der Hilfe für Entwicklungsländer, klar darüber geworden, daß wir die Weltwirtschaft neu bauen und krisenfester machen müssen als bisher. Die Frage, wie das geschehen kann, verlangt auch die Überprüfung unserer Beziehungen zur Dritten Welt. Und hier leite ich zu einem zweiten Aspekt über, daß wir nämlich vom Westen her zur Entwicklung in China nicht nur machtpolitische, rüstungspolitische und militärpolitische Überlegungen anstellen müssen, sondern auch rein wirtschaftliche.

So wurde vor kurzem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Bericht aus Hongkong gebracht, in dem es hieß, China habe die Absicht, als erster großer sozialistischer Staat ausländische Direktinvestitionen zuzulassen, und zwar im Wert von mehreren Milliarden Mark. Die Chinesen haben erklärt, sie würden bis zu 80 Prozent des Betriebskapitals als direkte ausländische Investition akzeptieren. Dies würde in der Tat die Entwicklung eines solchen Landes in eine neue Perspektive stellen, weil damit das Volumen des gegenseitigen Austauschs nicht mehr durch das jeweils mögliche Kreditvolumen begrenzt wird.

Ich meine, daß sich auch die Sowjetunion im Hinblick auf die 80er Jahre, unabhängig von allen Fragen formeller Art zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem RGW, darüber klarwerden muß, daß die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen nicht nur eine Frage formeller Wirtschaftsdiplomatie sein kann. Sie muß eine Frage der möglichen Veränderung der Wirtschaftsbeziehungen in der Substanz sein. Wenn beide Seiten eine Weiterentwicklung unseres wirtschaftlichen Austausches herbeiführen wollen, müssen wir uns klarmachen, daß dies auf der Basis bloßer Kreditbeziehungen nicht möglich sein wird - ganz gleich, was in der EG geschieht.

Natürlich können Sie mir entgegenhalten, dies stehe im Gegensatz zu Ihrer sozialistischen Rechtsordnung; das gehe gar nicht und ähnliches mehr. Vielleicht aber hat gerade eine Veranstaltung wie dieser Bergedorfer Gesprächskreis die Chance, jenseits offizieller Verhandlungen zu dieser Frage einmal einen informellen, unverbindlichen Meinungs austausch durchzuführen. Ich sprach von "Direktinvestitionen". Natürlich ist das nur ein Schlagwort. Aber wir sollten bedenken, daß unsere wirtschaftlichen Beziehungen für die 80er Jahre einer neuen Substanz bedürfen, wenn sie den Erfolg haben sollen, den Herr Bowin in seiner Perspektive erhofft und den auch wir wünschen.

Die Entwicklung am Ende dieses Jahrhunderts wird ja nicht allein durch das bestimmt, was die einzelnen Mächte an Militärpotential aufbieten. Wir haben es nicht mehr mit einer Konkurrenz zwischen Militärstaaten im Sinne des 18. Jahrhunderts zu tun, sondern es handelt sich um

Beziehungen zwischen Industriestaaten, die einen Teil ihres Potentials, ihrer Technologie militärisch nutzen. Und in dieser Hinsicht wäre es für eine friedliche Entwicklung sehr nachteilig, wenn ein so großer Markt, wie das der sowjetische und der von der Sowjetunion kontrollierte Markt ist, im Vergleich zu anderen Ländern zurückbleiben würde. Die dadurch entstehenden Ungleichgewichte würden die wirtschaftlichen Beziehungen sehr ungünstig beeinflussen. Hier liegt, so meine ich, ein gemeinsames Interesse vor. Dies ist keine Frage von Gegensätzen, sondern hier geht es um Neuentwicklungen im Hinblick auf die wirklichen Probleme der 80er Jahre, die nicht mehr im Rückblick auf die Vergangenheit gesehen werden können.

Körber

Damit schließe ich die Diskussion des ersten Gesprächstages ab, die, wie ich meine, die Probleme der Rüstungs- und Militärpolitik und die globalstrategischen Konsequenzen in ihrer ganzen Komplexität in den Standpunkten beider Seiten sehr eingehend dargestellt hat. In den letzten Diskussionsbeiträgen deutete sich dann schon der Übergang zu den Wirtschaftsfragen an, die morgen nach unserem Tagungsprogramm im Mittelpunkt unseres Interesses stehen sollen.

Erlauben Sie mir am Ende des heutigen Tages nur noch eine kurze Überlegung, die auch für den weiteren Verlauf unserer Diskussion wichtig sein könnte. Wir haben bisher viel über die beiderseitigen Rüstungsanstrengungen gesprochen. Das alles sind Zahlen, die gegeneinander gerichtet sind. Morgen diskutieren wir über unsere gemeinsamen Wirtschaftsinteressen, und dabei wird es wiederum um Zahlen gehen, die sowohl das Gegen- als auch das Miteinander betonen, also die Beziehungen zwischen uns darstellen.

Aber auch das stellt mich noch nicht zufrieden. Ich bin der Meinung, daß das Verhältnis zweier Völker nicht rein statistisch durch Zahlen erfaßt werden kann; das ist ein Aberglaube von Technokraten und Bürokraten. Die Zahl ist ein Werkzeug der Analyse; sie ist auf die Erfassung des Bestehenden gerichtet und daher ihrem Wesen nach statisch. Was wir brauchen, ist eine dynamische Kraft, die von den geistigen und kulturellen Inhalten ausgeht, die uns miteinander verbinden, die nach vorne gerichtet sind, die Neues und Besseres als das Bestehende schaffen.

Eine solche Kraft ist das Bewußtsein des Gemeinsamen; und wir sollten uns fragen, inwieweit ein solches Bewußtsein zwischen unseren Völkern vorhanden ist, oder wie es geweckt und gefördert werden könnte. Hier war nun verschiedentlich von einem Großeuropa die Rede. Es gibt tatsächlich eine lange kulturelle, aber auch ökonomische Tradition eines europäischen Rahmens, der weitaus größer war als der kleine Rahmen, der sich heute Europäische Gemeinschaft nennt.

Wenn sich die Sowjetunion und die Bundesrepublik näherkommen wollen - und dies wollen wir ja; das ist das Hauptanliegen unseres Bergedorfer Gesprächskreises hier in Moskau;- , dann genügt es nicht, sich gegenseitig die Mängel des bestehenden Zustandes vorzurechnen. Es muß im Gegenteil deutlich gemacht werden, daß es dieses Bewußtsein der großeuropäischen Gemeinsamkeit zwischen uns gibt. Als Basis dieser großeuropäischen Gemeinschaft vom Atlantik bis hinter den Ural verstehe ich insbesondere unsere in diesen Ländern fundierten und gewachsenen kulturellen Bindungen. Schließlich leben wir doch alle gemeinsam von den schöpferischen Leistungen aus den Wissenschaften und der Technik, genießen die Literatur und Kunst, die sich über die nationalen Grenzen hinweg entwickelt haben.

Diese uns verbindende Gemeinschaft muß deutlicher gemacht werden. Unter deutlich machen verstehe ich aber nicht den realitätsfernen, gefühlsseligen Appell, sondern gerade das Bewußtsein der Gemeinsamkeit als Realisierungspotential. Wir sollten überlegen, wie weit unsere historische, kulturelle und ökonomische Gemeinsamkeit reicht, wie weit sie mit blutvollem Leben erfüllt werden kann, und wie wir dieses Bewußtsein ganz konkret zur Förderung der Beziehungen zwischen unseren Ländern und unseren Völkern deutlicher machen können.

Borissow

Lassen Sie uns die Diskussion, die wir gestern abend unterbrochen haben, fortsetzen. Gestern haben wir uns weitgehend auf die politischen und militärischen Perspektiven der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland konzentriert. Heute wollen wir dagegen, wie es in den letzten Diskussionsbeiträgen des Vortages schon anklang, vornehmlich die Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit behandeln.

Tschistow

Im Thema unserer Tagung gehen die ökonomischen Probleme den politischen voran. Im Verlaufe dieser Diskussion haben wir diese Reihenfolge geändert; aber das verringert nicht die Bedeutung des ökonomischen Faktors und unserer Haltung gegenüber den Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit. Ich meine, ebenso wie Herr von Dohnanyi es in seinem Referat zum Ausdruck brachte, daß es genügend Gründe gibt, die Entwicklungsperspektiven der ökonomischen und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern in den 80er Jahren positiv einzuschätzen. Die Hauptgründe dafür scheinen mir die folgenden zu sein:

Erstens: In unserer Zusammenarbeit wurden in den letzten sieben, acht Jahren große Erfolge erzielt. Die Steigerung des Warenumschlags von zwei Milliarden Mark am Beginn dieser Periode auf zehn bis elf Milliarden Mark in den letzten drei Jahren bedeutet eine neue Qualität des Warenaustausches. Der gegenseitige Handel wird zu einem immer bemerkenswerteren und wichtigeren Element für die Wirtschaft unserer beiden Länder.

Zweitens: Die politischen und die ökonomischen Faktoren wirkten in der vergangenen Zeit in der Regel in derselben Richtung. Ich meine, daß es äußerst wichtig ist, den gegenseitigen konstruktiven Einfluß dieser Faktoren auch in Zukunft zu erhalten.

Drittens: Wir haben ein neues Wirtschaftsabkommen vom 6. Mai 1978, das Ende des vergangenen Jahres in Kraft getreten ist. Dieses Abkommen zieht sozusagen eine Bilanz der ersten Etappe unserer Zusammenarbeit und eröffnet eine neue Etappe unserer Wirtschaftsbeziehungen. Das Abkommen ist insofern präzedenzlos, als darin zum ersten Mal eine Strategie der ökonomischen Zusammenarbeit für ein Vierteljahrhundert ausgearbeitet wurde. Dieses Abkommen kann beispiellos werden nicht nur in bezug auf die Dauer, sondern auch in bezug auf den materiellen Wert. Außerdem wird durch dieses Abkommen der Wille der beiden Seiten zum Ausdruck gebracht, die allgemeinen Beziehungen konsequent und ständig zu entwickeln, was von großer politischer Tragweite ist, und zwar nicht nur für die bilateralen Beziehungen, sondern auch für die Entspannung in Europa, was die ökonomischen Aspekte ihrer Materialisierung angeht. Auf diese Weise eröffnet dieses Abkommen sehr große Möglichkeiten. Beide Seiten stimmen aber darin überein, daß es einer aktiven Arbeit bedarf, um diese Möglichkeiten zu realisieren.

Diese Arbeit muß von beiden Seiten geleistet werden, und zwar vornehmlich in zwei Richtungen. Das erste ist die Ausarbeitung eines realistischen und tatkräftigen Programms der langfristigen Zusammenarbeit. Dies ist in dem Abkommen als Orientierung für die Wirtschaft der beiden Länder vorgesehen. In unserem Lande erfolgte die Festlegung dieser Richtung durch den bekannten Beschluß unserer leitenden Organe über die Ergebnisse des Besuchs des Genossen Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland und durch darauffolgende konkrete Beschlüsse. Die Industrieministerien und andere Organe haben bei uns konkrete Aufträge erhalten und arbeiten an ihrer Realisierung. Über den Verlauf dieser Arbeiten wird regelmäßig in den Sitzungen des sowjetischen Teiles der Regierungskommission berichtet. Die letzte derartige Sitzung fand in der vorigen Woche statt.

Die gemeinsame Arbeit an einem solchen Programm hat ebenfalls begonnen, und zwar wurden auf der Tagung der gemeinsamen Kommission im September vorigen Jahres Vorschläge der beiden Seiten über das Konzept des Programms erörtert. Im April findet die Sitzung einer Arbeitsgruppe, sozusagen einer Unterkommission, statt, um die vorläufige Änderung des Programms zu erörtern, die dann auf der Tagung der Kommission Ende 1979 verabschiedet werden soll. 1980 wird die Ausarbeitung dieses Programms endgültig abgeschlossen. Es steht also eine lange ernste und bedeutende Arbeit bevor.

Es versteht sich von selbst, heißt es im Beschluß unserer Regierungsorgane, daß man positive Ergebnisse nur dann erzielen kann, wenn auch die westdeutsche Seite auf dieselbe Weise verfährt. Im Abkommen wird darauf hingewiesen, daß das Programm unter Beteiligung von einschlägigen Organen der Wirtschaft ausgearbeitet werden soll. Wir wären dankbar für eine Information darüber, was in dieser Richtung bei Ihnen unternommen wird.

Die zweite Richtung besteht in der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen und der geeigneten Atmosphäre, um die Zusammenarbeit in der neuen Etappe verwirklichen zu können. Dazu gehört die Verbesserung der handelspolitischen, rechtlichen und organisatorischen Bedingungen. Ich möchte aber mit besonderem Nachdruck hervorheben, daß auch auf dem Gebiet der ökonomischen Zusammenarbeit eine sehr sorgfältige Arbeit notwendig ist, um ein besseres Klima zu schaffen und das Vertrauen zu erhöhen, damit Vorurteile und bisweilen auch Mißverständnisse aus dem Wege geräumt werden.

Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind zwei Haltungen möglich. Die eine Haltung geht von den eigenen Interessen aus und wiederholt, daß viele Schwierigkeiten auf die Unterschiede der ökonomischen Systeme zurückzuführen sind. Das ist ein Denken, das in traditionellen Kategorien verharret und darauf wartet, bis das andere System konvergiert und von seinen bisherigen Prinzipien abrücken wird. Diese Haltung hat keine Perspektive. Aber sie ist manchmal festzustellen; sie spiegelt sich in der Diskussion über den Zustand und die Zukunft unserer Wirtschaftsbeziehungen und in gewissem Sinne auch in der Praxis wider.

Man kann auch anders an dieses Problem herangehen, indem man von der realen Lage, von den Unterschieden in den Systemen ausgeht und nicht nur die eigenen Interessen und Möglichkeiten berücksichtigt, sondern auch die des Partners. Dabei konzentriert man sich auf die Suche nach gegenseitig annehmbaren Wegen und sucht nach der Lösung von komplizierten Problemen.

In diesem Zusammenhang unterscheiden sich die Diskussionen über den Zustand und die Zukunft unserer Wirtschaftsbeziehungen, die in der Sowjetunion geführt werden, von den Diskussionen, die in der Bundesrepublik Deutschland geführt werden. Das spiegelt sich in der Presse wider. Manche Beiträge in Ihrem Lande sind nicht konstruktiv, sondern da werden die Schwierigkeiten multipliziert und die Situation und die Absichten des Partners entstellt. Das übt einen negativen Einfluß auf die Geschäftswelt aus.

Die Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit wird in gewissem Maße dadurch erschwert, daß es heißt, die Sowjetunion sei an ihnen mehr interessiert. Das gilt etwa für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und auch für die groß angelegten Projekte auf der Grundlage von Kompensationsgeschäften. Diese Form wird allmählich vervollkommen. Nach unseren Berechnungen werden die Abmachungen auf Kompensationsgrundlage 1980/20 Prozent des Warenaustausches umfassen. Unsere Lieferungen in diesem Rahmen werden im laufenden Jahre zweimal so groß sein wie die Ihren. Kompensationsgeschäfte bahnen sich auch - und das ist ein neues Element - auf dem Gebiet der verarbeitenden Industrie, unter anderem des Maschinenbaus, an. Hier gibt es jedenfalls bestimmte Entwürfe.

Die erste, die negative Haltung, die ich erwähnt habe, führt manchmal zu komplizierten Situationen. Ohne konkrete Firmen zu nennen, kann man sagen, daß es Beispiele gibt, wo eine Vereinbarung über die Realisierung eines Projektes erzielt wurde und der Preis schließlich unter 60 Prozent der ursprünglichen Summe lag, die von der Firma für das Projekt zuerst genannt wurde.

Ich gehe jetzt auf die Produktionskooperation ein; das ist eine neue Form unserer Zusammenarbeit, die noch nicht in ausreichendem Maße entfaltet wurde. Es gibt gegenwärtig etwa fünfzehn Projekte, die sich im Stadium der Realisierung befinden, während hundert Projekte erörtert werden. Auf diesem Gebiet zeigen sich allerdings große Schwierigkeiten, die teilweise darauf zurückzuführen sind, daß es noch keine entsprechenden organisatorischen und rechtlichen Formen gibt. Es fehlt auch noch an dem notwendigen geschäftlichen Vertrauen.

Die Partner aus der BRD haben Befürchtungen hinsichtlich mancher Parameter der technischen Ausführung und der Anpassungsfähigkeit unserer Produktion an die sich ändernden Forderungen des Marktes. Auf der anderen Seite äußern die sowjetischen Partner aufgrund praktischer Erfahrungen und auch theoretischer Überlegungen ihre Zweifel, was die Konjunkturschwankungen in der BRD und in anderen westlichen Ländern angeht. Man könnte ein Beispiel anführen, wo ein sowjetischer Betrieb bestimmte Produkte bereits fertiggestellt hat, um die Waren 1979 in die Bundesrepublik Deutschland zu liefern. Aber die Lieferung wurde auf das Jahr 1980 verschoben. Das läßt auf unserer Seite Zweifel aufkommen, und zwar nicht nur bei den betroffenen Firmen, sondern auch bei denjenigen, die von solchen negativen Erfahrungen Kenntnis erhalten.

Im Stadium der Diskussion und teilweise bereits der Realisierung befinden sich heute auch so wichtige Projekte wie das erste gemeinsame wissenschaftliche Zentrum in Moskau, die Erörterung der Fragen über die Schaffung von gemeinsamen Entwicklungsbüros und einer gemeinsamen Ingenieurfirma. Diese neuen Formen, die in den 80er Jahren weiterentwickelt werden sollen, müssen auf beiden Seiten mit Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Ich hebe hervor, daß im Verlaufe der Zusammenarbeit komplizierte Prozesse entstehen, die einer sorgfältigen Analyse bedürfen. Das steht in direkter Beziehung zu den Perspektiven der Entwicklung unserer ökonomischen Beziehungen. Spontan, im Selbstlauf, wie man bei uns zu sagen pflegt, lassen sich viele dieser Fragen, vor allem der Schaffung von günstigen Voraussetzungen für neue Beziehungen, nicht lösen. Die traditionellen Formen unseres Warenaustausches werden wir ohne gegenseitige Aufgeschlossenheit nicht dynamisch weiterentwickeln können, oder ihre Lösung zieht sich lange hin und nimmt möglicherweise ungesunde Züge an.

Hier wurde die Zusammenarbeit auf den Märkten der Dritten Länder, insbesondere auch der Entwicklungsländer erwähnt. Diese Zusammenarbeit ist bereits eingeleitet. Die Analyse der ersten Beispiele zeigt, daß eigentlich alle Kooperationen mit Island, Griechenland, Argentinien, Iran, Thailand, Afghanistan und in weiteren Ländern auf Initiative der sowjetischen Organisationen begonnen haben. Deshalb verstehen wir nicht recht, warum wir von Ihrer Seite immer wieder zur Zusammenarbeit in dieser Richtung aufgefordert werden.

Das langfristige Programm von 1974 enthält einen besonderen Abschnitt, in dem die Beteiligung sowjetischer Organisationen beim Bau einer Reihe wenn auch vielleicht nicht so großer Objekte in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen ist. Vorschläge zu diesem Abschnitt des Programms haben wir von Ihrer Seite bis jetzt nicht erhalten. Das wurde wiederholt in den Sitzungen unserer gemeinsamen Kommissionen festgestellt.

Das alles hat einen direkten Bezug zu den 80er Jahren. Das betrifft auch die Unausgeglichenheit unseres Handels, die ein gewisses Hindernis für die weitere Entwicklung darstellen kann. Vor uns liegt also noch eine große und langwierige Arbeit, damit sich die Möglichkeiten der Zusammenarbeit für die Zukunft klar abzeichnen können. Eine immer größere Rolle spielen die bevorstehenden strukturellen Änderungen in der Wirtschaft beider Seiten, die genau zu untersuchen sind. Deshalb wird auch das Programm der gemeinsamen Zusammenarbeit so lange vorbereitet.

Die Analyse der Vergangenheit ist gewiß von Bedeutung; aber wenn man sich darauf beschränkt, kann man zu ungerechtfertigten Schlußfolgerungen gelangen, die von der tatsächlichen Entwicklung widerlegt werden. Eine Analyse der Vergangenheit kann uns lediglich zeigen, daß wir noch viele ungenutzte Reserven der gegenseitigen Zusammenarbeit haben. Der gegenseitige Austausch entspricht noch nicht dem Wirtschaftspotential der beiden Länder.

Obwohl es noch verfrüht ist, über den Umfang der Zusammenarbeit in den 80er Jahren mit Sicherheit etwas auszusagen, möchte ich betonen, daß es wichtig ist, Maßnahmen zu treffen, um bereits jetzt die Perspektiven zu ermitteln, darunter auch neue Objekte der Zusammenarbeit bei Großprojekten.

Zu den in Frage kommenden Branchen gehören unseres Erachtens Chemie und Chemiemaschinenbau, Energiewirtschaft, allgemeiner Maschinenbau, Metallurgie, bestimmte Rohstoffe.

Eine wichtige Besonderheit ist, daß in der Sowjetunion in den nächsten fünf Jahren neben dem Bau neuer Betriebe der technischen Rekonstruktionen und Modernisierung der bestehenden Betriebe eine wesentlich größere Bedeutung geschenkt wird. Dabei soll der Ausstoß der Produktion und ihre Qualität erhöht werden. Bei der Ausarbeitung dieser Pläne werden die sowjetischen Organisationen den Wünschen und Möglichkeiten der westlichen Wirtschaft Rechnung zu tragen versuchen, wenn entsprechende Vorschläge gemacht werden.

Große Möglichkeiten für eine multilaterale europäische Zusammenarbeit auf industriellen und wissenschaftlich-technischen Gebieten werden auch durch die Schlußakte von Helsinki eröffnet. Die sowjetischen Vorschläge, wie diese Zusammenarbeit gestaltet werden kann, hat Herr Shukow bereits erwähnt. Es kommt darauf an; Möglichkeiten für eine gemeinsame Initiative unserer Länder auf diesem Gebiet zu finden. Dies könnte sich ebenfalls im künftigen langfristigen Programm unserer Zusammenarbeit widerspiegeln.

Ich habe anfangs gesagt, daß wir in die neue Etappe mit gewissen Erfolgen eintreten. Beim Treffen der Vorsitzenden des sowjetischen Teils der Kommission mit den Geschäftskreisen der Bundesrepublik Deutschland wurde erwähnt, daß die Aufträge beider Seiten für die kommenden Jahre bereits 45 Milliarden Mark umfassen. Das ist eine große Summe. Darin enthalten sind auch die Gaslieferungen, die bekanntlich bis zum Ende dieses Jahrhunderts und sogar noch darüber hinaus vereinbart wurden.

Je konstruktiver wir auf beiden Seiten an die Zusammenarbeit herangehen, desto leichter wird es sein, das von unseren Regierungen gestellte Ziel zu erreichen, nämlich die gegenseitigen ökonomischen Beziehungen auf ein höheres Niveau zu heben. Das würde den Wirtschaftspotentialen beider Länder und den Interessen unserer Völker entsprechen und der weiteren Entspannung sowie einer unumkehrbaren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa zugute kommen.

Borissow

Ich würde es begrüßen, wenn von westdeutscher Seite auf die Ausführungen und Fragestellungen von Herrn Tschistow eingegangen werden könnte.

Oetker

Ich möchte eine Reihe von Punkten ansprechen, die wir zum Teil schon behandelt haben, die ich aber vornehmlich unter ökonomischen Gesichtspunkten analysiere.

Zunächst eine Bemerkung zu China. Sie haben sicher verfolgt, daß deutsche Firmen gerade in den letzten Monaten eine Reihe von Großprojekten mit China abgeschlossen haben. Dazu bedarf es eines Kommentars. Für uns ist die Entwicklung Chinas ein normaler Vorgang, wie wir ihn auch in anderen Entwicklungsländern sehen. Dabei ist das Potential Chinas zweifellos sehr viel größer als das der meisten anderen Länder. Wir sehen in China aber weder eine Bedrohung noch eine Hilfe für unsere Beziehungen zum Beispiel zur UdSSR.

Allerdings darf ich darauf aufmerksam machen, daß alle Entwicklungsprojekte mit China bisher nur auf dem Papier stehen. Sie werden einen Zeitraum von 10 bis 30 Jahren umfassen, also sehr langfristig sein. Die Bundesrepublik wird diese Projekte auch nicht allein durchführen können; dafür sind die Dimensionen zu groß. Allenfalls ist eine bundesdeutsche Federführung möglich, wie es schon bei den bisher abgeschlossenen Projekten sichtbar wird. Auch die Frage der Finanzierung ist keineswegs gelöst.

Herr Altmann erwähnte eine mögliche Direktbeteiligung deutscher Unternehmen in China. Da bin ich sehr skeptisch. Ich glaube nicht, daß es in absehbarer Zeit dazu kommen wird - aufgrund des Wirtschaftssystems, das wir in der Volksrepublik China vorfinden.

Fragen der Finanzierung, der Kredithöhen und der Lieferungen aus China in die Bundesrepublik werden eine große Rolle spielen. Ein ähnlicher Prozeß hat sich ja vor vielen Jahren auch zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland abgespielt. Insofern vollzieht sich die chinesische Entwicklung nur mit einer Zeitverzögerung. Wir stehen hier erst am Anfang. Wir wollen den Firmen in der Bundesrepublik die Illusion nehmen, daß China sozusagen der Markt der Zukunft sein könnte. Wir sehen diesen Prozeß in nüchternen kaufmännischen Dimensionen für die vor uns liegenden 80er Jahre.

Eine zweite Bemerkung mache ich zur Europäischen Gemeinschaft. Natürlich sehen wir die EG nicht im Gegensatz zu einem Gesamteuropa, wie es beispielsweise Helsinki im Auge hat. Im Gegenteil, die Wirtschaft steht vor gewissen Schwierigkeiten; denn jedes weitere Mitglied der EG bringt eine gewisse Verwässerung mit sich und beeinträchtigt die Durchsetzungsmöglichkeiten auf dem wirtschaftlichen Sektor.

Ich möchte Ihnen das am Beispiel des Agrarsektors erläutern, der einen Anteil von ungefähr 70 Prozent am Gesamtbudget des EG-Haushalts hat. Wenn in den 80er Jahren Griechenland, Portugal und Spanien hinzukommen, dann handelt es sich bei diesen drei Staaten in hohem Maße um Agrarländer, und die Basis der EG, nämlich die Agrarpolitik, wird insbesondere in Frankreich und Italien durch mögliche Lieferungen aus den neuen Ländern gestört. Auch eine Reihe von assoziierten Ländern, wie zum Beispiel Israel oder andere mediterrane Staaten, befürchtet, dann nicht mehr in dem Maße wie heute in die EG liefern zu können.

Die Aufnahme der drei Mittelmeerstaaten in die EG wird sich über die ganzen 80er Jahre hinziehen. Griechenland wird erst um 1985/86 Vollmitglied sein, bei Portugal und Spanien wird dies bis zum Ende der 80er Jahre dauern und das hauptsächlich, weil wir in den jetzigen neun Staaten bis zu diesem Zeitpunkt eine zu hohe Zahl von Menschen im beschäftigungsfähigen Alter haben.

Ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf ein weiteres Phänomen richten, das den multinationalen Charakter der EG noch unterstreicht. Ich meine die Verhandlungen im GATT, die sich zur Zeit vollziehen, insbesondere zwischen den USA und Japan, aber auch mit allen Entwicklungsländern. Diese Verhandlungen erscheinen gerade der Bundesrepublik außerordentlich wichtig, um Handelshemmnisse abzubauen. Dies spielt für unsere Wirtschaft, die zu 25 bis 30 Prozent vom Export lebt, eine essentielle Rolle.

Mit großer Befürchtung sahen wir daher im letzten Quartal des vergangenen Jahres, daß diese Verhandlungen immer schwieriger wurden. Sie werden 1979 hoffentlich doch noch zu einem guten Abschluß geführt, so daß all die protektionistischen Maßnahmen, die den Welthandel in den letzten Jahren belastet haben und die sich auch für die Zukunft andeuten, durch einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen kompensiert werden.

Ein weiterer Aspekt ist, daß sich die EG in immer größerem Maße durch Rohstoffabkommen zum Beispiel mit den assoziierten Staaten öffnet. Ich erinnere an das sogenannte Lomé-II-Abkommen, das sich jetzt in der Verhandlung befindet. Das gilt aber auch für viele andere Entwicklungsländer. Ich sehe darin eine gute Basis für eine multinationale Öffnung, um in intensivere Verhandlungen mit dem

RGW einzutreten. Die prozeduralen und rechtlichen Vorbehalte, von denen Herr Krasnow gesprochen hat, sollten dabei eine geringere Rolle spielen als das intensive Suchen der sowjetischen Seite und der RGW-Staaten insgesamt nach Möglichkeiten, wie sie ihren Export über die Organisation der RGW in die Staaten der EG erweitern können. Ich trete also für eine stärkere multinationale Ausrichtung gegenüber den bisher ausgesprochen bilateralen Vorgehensweisen des sowjetischen Außenhandels ein.

In einem dritten Punkt will ich mich über Strukturveränderungen äußern, und ich beginne hier mit einem mehr kulturellen Aspekt. Ich schließe an die Gedanken von Herrn Bertram und von Herrn Bowin an, die davon sprachen, daß die Menschen überall besser leben wollen und daß soziale Veränderungen sich ebenfalls auf die Entspannung auswirken. Ich meine, daß auf diesem Gebiet eine große Zukunft in den 80er Jahren liegt - sicher in den westlichen Staaten. Überall gibt es mehr Freizeit, das Bedürfnis nach Bildung und Kultur wächst. Wir erleben in der Bundesrepublik einen enormen Anstieg des Besuches von Museen; es gehen heute mehr Leute in Museen als zum Fußball. Das ist eine neue Bewegung, und dahinter verbirgt sich ein großes Bedürfnis.

Deshalb meine ich, daß auch das Interesse an der Kultur der Sowjetunion, an Theater, Konzerten, Ballett und Kunstausstellungen beachtlich ist und von der Sowjetunion in viel größerem Maße genutzt werden könnte, um das Verständnis zwischen unseren beiden Völkern, auch im Sinne einer Friedenspolitik, zu erhöhen. Dieses Verständnis kann durch kulturelle Begegnungen erweitert werden. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Die Dresden-Ausstellung der DDR in den USA- in Washington, San Francisco, New York - also die Darstellung der Kultur in einem fremden Land, hat zu enormen Besucherzahlen geführt. Dieses würden Sie auch in der Bundesrepublik erleben, wenn Sie so etwas ermöglichen. Es wäre gut, wenn sich die sowjetische Seite nicht nur in der Sowjetunion, zum Beispiel im nächsten Jahr anlässlich der Olympischen Spiele, sondern auch außerhalb der Sowjetunion darstellen würde.

Strukturveränderungen sehe ich aber auch auf ökonomischem Gebiet. Ich meine hier zum Beispiel die Beteiligung von kleineren Einheiten am Entscheidungsprozeß. Wir erleben das in den westlichen Industrienationen etwa durch die Mitbestimmung der Betroffenen. Wir erkennen aber auch, daß sich bei Ihnen Strukturen ändern: Ich denke zum Beispiel daran, daß die einzelnen Branchen an der Erstellung von Planungsprozessen und auch an den Exportorganisationen beteiligt werden. Die Umstrukturierung Ihrer Außenhandelsgesellschaft ist sicher ein richtiger Weg, der noch verbreitert werden müßte.

Unsere deutschen Firmen haben ja zu den wesentlichen Dingen der Wirtschaft bei Ihnen keinen Kontakt; beispielsweise nicht zu Ihren Betrieben. Die Installierung und Wartung unserer Maschinen, wie auch die Ausbildung derjenigen, die sie bedienen sollen, ist nicht garantiert. Darin liegt aber der Schlüssel für das Funktionieren. Trotz der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, die wir als Realität durchaus anerkennen, Herr Tschistow - wir wollen das bei Ihnen nicht ändern;- , kommt es uns darauf an, daß die Maschinen, die wir Ihnen verkaufen, auch funktionieren. Man könnte beispielsweise auch Ihre Leute in zentralen Schulungszentren unterweisen, die mit unserer Beteiligung in Moskau stattfinden würden.

Es gibt also vielfältige Formen organisatorischer Art, wie man in Planungsprozessen sicherstellen könnte, daß die Betroffenen, diejenigen, die die Leistung erstellen sollen, stärker beteiligt und damit bei Ihnen bessere Ergebnisse erzielt werden.

Schließlich möchte ich die bilateralen sowjetisch-deutschen Handelsbeziehungen ansprechen. Zu einer Verstärkung des Handels gehört auch, daß eine größere Zahl von deutschen Unternehmen in Moskau akkreditiert wird. Es gibt große Firmen, die das schon seit Jahren wünschen, wie zum Beispiel Bosch oder Krupp, und Sie würden sich und uns einen Gefallen tun, wenn Sie die Akkreditierung zuließen. Das Ausmaß der Handelsbeziehungen - wir sind heute der größte westliche Lieferant der Sowjetunion steht in keinem Verhältnis zu der Zahl der akkreditierten Unternehmen. Ich könnte mir vorstellen, daß eine zusätzliche Akkreditierung von Firmen den Kontakt und den Handel wesentlich beschleunigen würde. Denn zu den Exportmöglichkeiten gehört auch ein besserer Zugang der Firmen, als das heute der Fall ist.

Überhaupt ist die größere Ausgewogenheit der Import-Export-Relationen, die wir im Jahre 1978 in zunehmendem Maße erkennen - hier ist der Saldo gesunken, das heißt die Disparität geringer geworden;- , positiv zu bewerten. Natürlich muß die bilaterale Handelsbilanz nicht immer ausgeglichen sein; aber sie müßte etwas ausgewogener sein, als das bisher der Fall war. Wir meinen aber, daß durchaus Möglichkeiten bestehen, auch den Export zu erhöhen. Dabei ist die Finanzierungsfrage, wie wir gehört haben, nicht das eigentliche Problem. Entscheidend sind vielmehr die auch von Herrn

Tschistow angesprochenen Formen der Kooperation und daß wir unsererseits auf Ihre Pläne eingehen.

Sie haben gefragt, ob und wie diese Fragen auf der deutschen Seite diskutiert werden. Dies geschieht innerhalb des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft. Wir nehmen die Vorbereitungen für die April-Sitzung sehr ernst. Wir tun uns natürlich schwerer, dies von staatlicher Seite zu machen, weil wir ein anderes System haben. Aber wir versuchen, uns auf Ihre Planungsmethoden einzurichten und Ihnen im wesentlichen nach Branchen orientierten Bereichen Vorschläge zu unterbreiten. Ich bin ganz zuversichtlich, daß das im April geschehen wird.

Die Bereiche sind zweifellos nicht ausgeschöpft, Herr Tschistow. Ich freue mich aber, daß neue Gebiete hinzugekommen sind, wie zum Beispiel auf der letzten Sitzung Holzbearbeitungsmaschinen und andere Branchen. Von Ihrer Seite her liegt das Schwergewicht noch zu stark auf den Lieferungen von Erdgas, Erdöl und einigen Rohstoffen; es sind noch zu wenig Fertigerzeugnisse dabei; Herr von Dohnanyi hat darauf hingewiesen. Wenn wir in diesem Punkt vorankommen wollen, wäre es wichtig, daß Sie sich Ihrerseits auch unseren Bedürfnissen und Realitäten anpassen. Ich kann mir vorstellen, daß die Ausstellung in Düsseldorf, die Sie in diesem Jahr durchführen werden, dazu beiträgt, den deutschen Abnehmern zu zeigen, daß es aus sowjetischer Produktion auch Maschinen gibt und nicht nur den Lada, und daß es die Breite von verschiedenartigsten Erzeugnissen gibt und nicht nur russischen Wodka und Kaviar.

In diesem Sinne bin ich zuversichtlich, daß sich unsere Beziehungen in den 80er Jahren positiv entwickeln werden, sowohl dadurch, daß Sie Ihre Angebotspalette verbreitern wie auch dadurch, daß wir mehr Möglichkeiten erhalten, direkter und schneller an die entscheidenden Personen heranzukommen.

Nikiforow

Wir sollten auch darüber sprechen, ob wir den richtigen Weg gehen, um die Gesamtentwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu gewährleisten. Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich kurz auf die Entwicklungsperspektiven der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit unserer Länder eingehen.

Unter den Bedingungen der schnellen Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Beziehungen kann sich der technische Fortschritt nicht ohne gegenseitigen Austausch der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse, nicht ohne Akkumulation und Nutzung der Welterrungenschaften in den einzelnen Bereichen der Wissenschaft und Technik entwickeln. Die Notwendigkeit der Entwicklung der allseitigen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ist weiter dadurch bedingt, daß die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft der Gesellschaft beschleunigt hat. Das bedeutet, die heutige Produktion kann nicht normal funktionieren und sich erst recht nicht erfolgreich entwickeln, wenn sie sich nicht auf die Wissenschaft und ihre Erkenntnisse unmittelbar stützen kann. Dadurch wird ein Wachstum der wissenschaftlichen Forschungen ausgelöst, die immer mehr Mittel erfordern und immer mehr Menschen umfassen, was die Möglichkeiten eines einzelnen Landes häufig übersteigt.

Die Erhaltung isolationistischer Tendenzen in der Wissenschaft führt zu unproduktiver Vergeudung von materiellen und menschlichen Ressourcen für parallele Forschungsarbeiten. Man verzettelt sich auf verschiedene Probleme, statt sich auf die Lösung vorrangiger Probleme zu konzentrieren. Außerdem gibt es Bereiche der Wissenschaft und Technik, die im nationalen Maßstab einfach nicht effektiv bearbeitet werden können.

In der Wissenschaft selbst vollziehen sich tiefgreifende Prozesse der Spezialisierung und Differenzierung. Gegenwärtig gibt es auf der Welt über 2000 wissenschaftliche Disziplinen, und dieser Prozeß setzt sich weiter fort. Die Entstehung neuer wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen wird begleitet von einem Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern der verschiedenen Bereiche. Das wissenschaftliche Potential der Länder West- und Osteuropas ergänzt einander wesentlich. Die Länder des RGW, das wird von allen Seiten anerkannt, sind fortschrittlich bei der Entwicklung solcher Bereiche der Wissenschaft und Technik wie der Nuklearforschung, neuer Energiequellen, Weltraumforschung, Lasertechnik, Festkörperphysik und so weiter.

Zugleich werden die Grundlagenforschungen in den RGW-Ländern nicht immer durch angewandte und industrielle Forschungen unterstützt. Wir haben Rückstände, um neue technische Lösungen, die in den Labors erfolgreich geprüft wurden, in der industriellen Produktion einzusetzen. Einzelne westliche Länder dagegen verfügen über eine experimentelle Basis; ihnen fehlt es aber mitunter an technischen Ideen und Entwicklungen, die in einigen Fällen die industrielle Einsatzbereitschaft der

Industrie scheitern ließen. Viele Forscher stellen fest, daß sich der Rückstand Westeuropas gegenüber den Vereinigten Staaten im Bereich der Grundlagenforschung vergrößert.

Ausgehend von dem Gesagten sowie aufgrund der positiven Änderungen in der politischen Situation hat die Sowjetunion in den letzten Jahren die wissenschaftlich-technischen Beziehungen zu den westlichen Ländern wesentlich erweitert. Sie hat auch bei den Formen und Methoden qualitative Veränderungen vorgenommen, um diese Beziehungen zu verwirklichen. Die Grundlage dieser langfristigen Verbindungen sind 60 Abkommen auf Regierungsebene auf den Gebieten der wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft und Technik. Solche Abkommen wurden von der Sowjetunion praktisch mit allen entwickelten Ländern des Westens abgeschlossen.

Besonders erfolgreich entwickelt sich die Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Technik mit Frankreich, wo wir 10 Abkommen, und mit den USA, wo wir 11 Abkommen auf Regierungsebene haben. Mithin Vereinigten Staaten arbeiten unsere Wissenschaftler an 300 Problemen der Grundlagenforschung. Auch mit anderen Ländern bestehen solche Abkommen.

Obwohl zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik ein Regierungsabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fehlt, konnte sich diese Zusammenarbeit in den letzten Jahren gut entwickeln, und zwar auf der Ebene der Firmen der Bundesrepublik und unserer Behörden und Organisationen. Gegenwärtig gibt es im Rahmen der Regierungskommission der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland 14 Expertengruppen, von denen die meisten sehr effektiv arbeiten. Langfristige wissenschaftlich-technische Verbindungen werden von unseren Organisationen mit über 150 Firmen der Bundesrepublik Deutschland unterhalten. Eine intensive Zusammenarbeit findet in einfacheren Formen statt, etwa Symposien und Seminaren - allein im Jahre 1978 wurden auf jeder Seite über 100 solcher Symposien durchgeführt.

Wir können zugleich sagen, daß gegenwärtig viele Möglichkeiten in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit noch nicht ausgeschöpft sind. Natürlich denken beide Seiten bei einer solchen Zusammenarbeit vornehmlich an den gegenseitigen Vorteil. Aber die Effektivität und der materielle Nutzen in Mark oder Rubel lassen sich bei dieser Form der Zusammenarbeit nicht so unmittelbar erkennen wie das bei normalen Verkaufsverhandlungen der Fall ist. Die relativ kurzen Fristen und die Risikolosigkeit der Zahlungsoperationen führten dazu, daß in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern gerade dieser klassische Ansatz des Außenhandels vorherrscht.

Und hier zeigt sich auch eine gewisse Trägheit des Denkens. Das wird etwa auf Symposien von Firmen deutlich, wo Fragen der Werbung und der kommerziellen Abwicklung im Vordergrund stehen. Die Probleme werden häufig vereinfacht dargestellt, wodurch das Interesse unserer Fachleute für solche Symposien stark zurückgeht. Selbstkritisch muß man sagen, daß die Trägheit des Denkens auch in einigen unserer Organisationen zutage tritt.

In diesem Zusammenhang möchte ich an die Bemerkung von Herrn Kremer über die sogenannte "technologischer Überheblichkeit" erinnern. Dies trifft den Sachverhalt genau. Lassen Sie mich folgende Zahl nennen. Unsere Einfuhr aus den westlichen Ländern macht nur anderthalb bis zwei Prozent unseres Bruttosozialprodukts aus. Sie verstehen, daß ein so kleiner Prozentsatz nicht ausschlaggebend sein kann, um uns eventuell von Ihrer Technologie abhängig zu machen. Wenn in Ihren Zeitungen, zum Beispiel in der "ZEIT", diese Zahl genannt würde, anstatt, sagen wir, der Wirkungsradius irgendeines neuen sowjetischen Flugzeuges, dann wäre das ein besserer Dienst am Frieden.

Die Firmen und Organisationen der Sowjetunion, die die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit aufnehmen, tragen ein zeitliches und ein finanzielles Risiko. Aber das Leben und der technisch-wissenschaftliche Fortschritt zwingen uns dazu, dieses Risiko einzugehen. Diese Risiken sind für große Konzerne und für unsere staatlichen Organisationen weniger empfindlich als für mittelständische Unternehmen in Ihrem Lande. Dazu möchte ich noch einige Worte unter wissenschaftlich-technischem Aspekt sagen.

Nach meinem Dafürhalten ist die Einbeziehung mittelständischer und kleinerer Firmen in die höheren Formen der Zusammenarbeit allein ein internes Problem Ihrer Seite. In unserer alltäglichen Praxis machen wir keinen Unterschied zwischen den Firmen verschiedener Größe, obwohl wir uns natürlich dafür interessieren, mit wem wir zusammen zu arbeiten haben. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit beim Umgang mit dem Partner auf mikroökonomischer Ebene. Obwohl in dieser Richtung bereits viel getan wird, stimme ich mit den Herren Tschistow und Oetker überein, daß wir hier noch ein großes Arbeitsfeld vor uns haben.

Das staatliche Komitee für Wissenschaft und Technik der UdSSR erklärt das Interesse unserer Organisationen an einer Produktionskooperation mit Firmen der Bundesrepublik. Diese Zusammenarbeit wird in die jährlichen Volkswirtschaftspläne unseres Landes aufgenommen und erlangt somit Gesetzeskraft. Wir können natürlich die Arbeit der Expertengruppen, von denen ich bereits sprach, noch vervollkommen. Wir haben 14 solcher Gruppen. Wir müssen die Wirksamkeit dieser Gruppen noch weiter erhöhen, beispielsweise dadurch, daß wir das Niveau der Repräsentanz auf beiden Seiten erhöhen. Man sollte sich auch überlegen, ob in solchen Gruppen nicht Wissenschaftler die Hauptrolle spielen müßten, wie das in den sowjetisch-amerikanischen Expertengruppen tatsächlich der Fall ist. Das würde das Element der Objektivität verstärken.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung wird aufgrund des langfristigen Abkommens aus dem Jahre 1970 zwischen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR durchgeführt. Es gibt fünf bis sechs große Themen. Dazu findet ein wissenschaftlicher Austausch und ein Austausch von Informationen über aktuelle Themen statt. Das ist aber sehr bescheiden für unsere Länder, die über ein viel größeres wissenschaftliches Potential verfügen. Es besteht kein Zweifel, daß die Unterzeichnung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit einen neuen Impuls für unsere gegenseitig vorteilhafte wissenschaftliche Zusammenarbeit bringen würde.

Pitowranow

Herr Nikiforow hat mit Recht darauf hingewiesen, daß für die sowjetische Industrie und die wissenschaftlich-technischen Organisationen die Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Firmen ebenso interessant ist wie eine Zusammenarbeit mit großen Firmen und Konzernen. Dabei besteht jedoch ein Problem. Es ist kein Zufall, daß wir in der Industrie- und Handelskammer fast in jedem Gespräch mit Delegationen aus den entwickelten kapitalistischen Ländern die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen diskutieren müssen. Der Siemens-Konzern hat es gewiß einfacher, über seine Möglichkeiten zu informieren, Vertretungen zu gründen und den sowjetischen Organisationen zur Kenntnis zu geben, was die Zusammenarbeit zwischen diesem Unternehmen und unseren Organisationen bringen wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich unseren Partnern aus der Bundesrepublik Deutschland einen Vorschlag unterbreiten, der auf den Erfahrungen beruht, die die Industrie- und Handelskammer der Sowjetunion gesammelt hat. Zum Beispiel hat sich im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der entsprechenden sowjetischen mit der britischen Kammer oder mit dem Schweizerischen Amt zur Förderung des Handels bewährt, regelmäßig Delegationen von kleinen und mittleren Unternehmen zu entsenden, und zwar unter der Schirmherrschaft von Banken und Kammern. Durch den Besuch dieser Delegationen und mit Hilfe der Industrie- und Handelskammer, die es ihnen ermöglicht, die notwendigen Kontakte herzustellen, werden die kleinen und mittleren Unternehmen in die Lage versetzt, ihre Kontakte auf dem sowjetischen Markt mit den sowjetischen wissenschaftlichen und technischen Organisationen zu pflegen.

Eine andere bewährte Form ist folgende: Jedes Jahr finden in 55 Städten der Sowjetunion über 200 Ausstellungen einzelner Firmen statt. Von sowjetischer Seite werden kleine und mittlere Unternehmen bei der Durchführung solcher Ausstellungen unterstützt. Die Hilfe von entsprechenden Organisationen der BRD würde ebenfalls eine Lösung des Problems erleichtern, das einen breiten Kreis von kleinen und mittleren Firmen beunruhigt.

Ein anderer Vorschlag zielt auf die Verbesserung der Informationen über die Möglichkeiten der Sowjetunion, die von der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden können. Ich denke zum Beispiel an die Patentierung von Erfindungen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß in der BRD heute über 1650 Patente für sowjetische Erfindungen genutzt werden. Wenn wir uns im Rahmen des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft und des Sowjetischen Komitees zur Förderung des Handels Maßnahmen überlegen würden, damit die Bundesrepublik dieses Potential der Sowjetunion besser kennenlernt, so könnten wir die Unausgewogenheit des Außenhandels zwischen unseren Ländern überwinden helfen. Auch die Überheblichkeit, von der hier die Rede war, könnte abgebaut werden. Ich möchte hinzufügen, daß in der Sowjetunion jährlich über 40 000 neue Erfindungen registriert werden.

Noch eine Information zu den von Herrn Oetker angesprochenen Schwierigkeiten bei der Akkreditierung einzelner bundesdeutscher Firmen in Moskau. In der Tat besteht ein solches Problem. Ich mache darauf aufmerksam, daß in Moskau jetzt gegenüber dem Hotel "Ukraine" das Zentrum des internationalen Handels und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit errichtet wird. Dieses

Zentrum wird in hohem Maße dazu beitragen, die Entspannung auch auf diesem Gebiet zu erreichen. Es werden also Bedingungen geschaffen, um diese Firmen zu akkreditieren.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Vorschlag machen. Ich habe mir die Diskussion aufmerksam angehört, und ich bin der Meinung, daß es zweckmäßig wäre, wenn der Bergedorfer Gesprächskreis zwei Probleme miteinander verbinden könnte: Umweltschutz und Abrüstung. Umweltschutz kostet Geld; diese Mittel bekommen wir nicht vom Himmel. Wissenschaftler haben errechnet: Wenn die Bundesrepublik die Haushaltsausgaben für militärische Zwecke um ein Prozent kürzen würde, reichte dies aus, um die Donau und den Rhein sauberzuhalten; zwei Prozent genüßten, um die Ostsee reinzuhalten und so weiter. Wenn führende Persönlichkeiten des Bergedorfer Gesprächskreises diese Initiative unterstützten, würden uns nicht nur jene Menschen danken, die heute auf der Welt leben, sondern auch diejenigen, die nach uns kommen.

Neubauer

Erfreulicherweise haben Herr Tschistow und Herr Pitowranow die Frage der Beziehungen zur mittelständischen Wirtschaft bei uns angesprochen. Wir messen der Vertiefung der Handelsbeziehungen gerade in diesem Bereich eine außerordentliche Bedeutung zu, und wir begrüßen es, daß wir in dieser Hinsicht in letzter Zeit eine erfreuliche Ausweitung auf Ihrer Seite feststellen konnten. Gerade die Öffnung der Handelsbeziehungen gegenüber unserem Mittelstand könnte sich auch auf die allgemeinen politischen Beziehungen positiv auswirken.

Wenn Herr Tschistow bestimmte Äußerungen in der deutschen Öffentlichkeit kritisierte, die sich auf die ökonomische Zusammenarbeit negativ ausgewirkt hätten, so möchte ich meinerseits einen Umstand erwähnen, der aus unserer Sicht die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen beeinträchtigt. Ich meine die Tatsache, daß im Jahre 1977 im Handbuch "Außenhandel der UdSSR" 24 Positionen gestrichen wurden. Das widerspricht nach unserer Meinung der Tendenz der Schlußakte von Helsinki, in der sich die Unterzeichner bekanntlich verpflichtet haben, die Informationen über Handel und Wirtschaft - und dazu gehören insbesondere Produktionsstatistiken - zu verbessern. Wir meinen, daß Sie in dieser Hinsicht für ein Mehr an Informationen sorgen sollten. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die eingangs erwähnte stärkere Beteiligung der mittelständischen Betriebe, die mit dem jetzigen Informationssystem nicht zurechtkommen.

Nur am Rande erwähne ich, daß auch Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur sich positiv auf die Ost-West-Handelsbeziehungen auswirken können. Ich denke beispielsweise an den Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals.

Ein weiterer Punkt betrifft die Verbesserung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technologie. Die Voraussetzungen dafür sind auf Ihrer Seite insofern gegeben, als Sie über die erforderlichen Rohstoffe verfügen, und die Energiekosten bei Ihnen weitaus geringer sind als bei uns.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Erfahrungen eingehen, die das Land Bayern im Handelsaustausch mit der Sowjetunion gemacht hat. Dabei sind wir inzwischen erfreulicherweise über die zu enge Form der Kompensationsgeschäfte hinausgelangt. Ich meine auch, unsere Handelsbeziehungen brauchen vielfältigere Formen.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß seit dem Jahre 1976 die Importe aus der Sowjetunion nach Bayern unsere Exporte in Ihr Land spürbar übersteigen. Auch darin sehe ich einen positiven Aspekt für die Zukunft unserer Handelsbeziehungen.

Ich weise abschließend noch auf die Ausstellung "Bayern in Moskau" hin, die im vorigen Jahr mit wesentlicher Unterstützung durch Sie, Herr Präsident Borissow, stattgefunden hat. Das war ein gutes Beispiel dafür, wie wir, in Ergänzung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, auch im kulturellen Bereich unsere Beziehungen vertiefen können.

Drowosjekow

Herr von Dohnanyi hat in seinem Referat unterstrichen, daß die UdSSR aus der Bundesrepublik fast ausschließlich Fertigwaren importiert. Ein solcher Handel verlangt, im Unterschied zum Handel mit Halbfabrikaten und Rohstoffen, langfristige Kredite. Die Banken der Bundesrepublik und die Außenhandelsbank der UdSSR und die anderen Banken haben in dieser Richtung gute Arbeit geleistet, die wesentlich zur Steigerung des Warenumsatzes zwischen unseren Ländern beiträgt. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik unser größter Außenhandelspartner unter den kapitalistischen Ländern ist, ist auch ein Verdienst der Banken und der anderen Kreditinstitute.

So ist die Situation heute. Aber wir haben uns hier eingefunden, um über die 80er Jahre zu sprechen. Wenn die Banken für die kommenden Jahre Prognosen aufstellen, dann schwächt sich unser gegenwärtiger Optimismus bedeutend ab. Heute kann man die Außenhandelsbeziehungen zwischen unseren Ländern mit einem gesunden, sich gut entwickelnden Menschen vergleichen, bei dem sich aber Symptome gefährlicher Krankheiten zeigen, die zunehmen können, wenn man nicht rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen trifft.

Lassen Sie mich auf diese Symptome eingehen. Die Kreditbedingungen, die von den Banken der Bundesrepublik, insbesondere für die langfristige Zusammenarbeit in großem Maßstab vorgeschlagen werden, sind nicht immer konkurrenzfähig im Vergleich zu jenen Krediten, die wir von anderen westlichen Ländern mit Hilfe der dortigen Systeme der Exportfinanzierungen bekommen können. Nehmen wir zum Beispiel das Geschäft mit Mannesmann über die Lieferung von Röhren mit großem Durchmesser. Die Kreditbedingungen, die die Banken der Bundesrepublik offerierten, waren nicht akzeptabel, und so wurde dieses Geschäft mit Hilfe eines kommerziellen Kredites durch die Firma Mannesmann selbst finanziert.

Wir sehen darin ein schlechtes Symptom. Das Kreditsystem baut bei Ihnen auf dem Marktzins auf, und die Zinshöhe ist konjunkturabhängig, unterliegt also Schwankungen. Die Folge ist, daß die Kredite in unseren langfristigen Außenhandelsbeziehungen nicht stabil sind. Wenn der sowjetische Importeur sicher wäre, daß der Wert der Kredite im Laufe eines bestimmten Zeitabschnitts, sagen wir von fünf bis zehn Jahren, unverändert bleibt, wie das zum Beispiel in unseren Außenhandelsbeziehungen mit Italien, Frankreich oder England der Fall ist, dann würde die Zukunft für unseren Handel günstiger aussehen.

Ein zweites Symptom ist der Wertzuwachs der D-Mark, der bereits einen negativen Einfluß auf die Außenhandelsfinanzierungen ausübt und der sich in Zukunft ebenfalls ungünstig auswirken kann. Das begreifen nicht nur die Bankiers und jene, die die Anleihen übernehmen. Ich berufe mich hier auf den jüngsten Vorschlag des Finanzdirektors der Firma M. A. N., der die Schaffung eines speziellen Fonds für die Exportfinanzierung aus der Bundesrepublik in US-Dollar angeregt hat. Die Schaffung eines solchen Fonds würde die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Firmen erhöhen und den Export von Maschinen und Anlagen aus der Bundesrepublik stimulieren. Die Ausgaben für die Schaffung eines solchen Fonds dürften viel geringer sein als die Verluste, die entstehen könnten, wenn sich die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Waren verringert.

Wir wissen, daß die Bundesrepublik über große Dollarreserven verfügt, weil sie ständig den Dollar stützt. Wir sind der Meinung, daß man hieraus entweder in Dollar oder in anderen Valuten den Export von Maschinen und Anlagen aus der Bundesrepublik kreditieren kann. Die Situation wird durch die recht hohen Ausgaben belastet, die die Sowjetunion für die Sicherung der Kredite trägt. Der Abschluß des Abkommens zwischen unseren beiden Ländern über Handelskredite könnte eine Arznei gegen solche gefährlichen Krankheiten sein.

Ich darf noch einmal zusammenfassen. Erstens würden wir eine Vereinbarung für zweckmäßig halten, in der die Zinssätze für Kredite über einen längeren Zeitraum fixiert werden. Auf diese Weise würden die Kreditbedingungen von kurzfristigen Konjunkteinflüssen befreit werden. Zweitens sollte man die Möglichkeit ins Auge fassen, die Kredite nicht nur in D-Mark zu vergeben, sondern auch in anderen Valuten, um das Risiko zu verringern. Drittens sollte eine staatliche Sicherung der Exportkredite vorgesehen werden. Das würde dem Geist des Mai-Abkommens, das zwischen unseren Ländern unterzeichnet worden ist, entsprechen. Diese Maßnahmen könnten die Entwicklung der Finanz und Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern festigen und auf eine langfristige und gesunde Grundlage stellen.

Krasnow

Ich will auf die Chancen und die Risiken eingehen, die uns in den 80er Jahren erwarten. Leider wurden in der BRD in den letzten Jahren Kräfte wiederbelebt, die der Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen entgegenstehen. Da gibt es zum Beispiel einflußreiche Persönlichkeiten, die dazu auffordern, den Osthandel zu reduzieren, ein Embargo für alle Arten der Technologie einzuführen und so weiter.

In den letzten Jahren hat sich der Handel etwas konsolidiert. Der Handelsaustausch hat sich auf dem Niveau von 11 Milliarden D-Mark stabilisiert. In diesem Jahre wird sich das Niveau wieder etwas erhöhen. In der BRD-Presse finden sich nun Artikel, die die Grenzen dieses Handels ankündigen. Es heißt, der Osthandel habe sich selbst erschöpft und ähnliches mehr. Der Handel für die 80er Jahre braucht also gewisse Impulse, gewisse Orientierungspunkte.

Diese Orientierungspunkte, diese Impulse wurden während des Treffens auf höchster Ebene am Rhein gegeben. Es wurde das Ziel gesetzt, den Umfang unseres Handels auf lange Sicht zu verdoppeln. Das ist eine reale Aufgabe, wenn man von den jetzigen 11 Milliarden D-Mark ausgeht. In absehbarer Zeit wird der Warenaustausch gegenüber den vorangegangenen fünf Jahren verdoppelt werden. Jetzt wird ein neuer Fünfjahresplan vorbereitet; seine Konturen sind bereits klar, und es liegt auf der Hand, daß für die Firmen der BRD große Möglichkeiten erschlossen werden - vor allem auf den Gebieten der Werkzeugmaschinen, der Ausrüstungen und Geräte. Dagegen sehe ich auf dem Gebiet der Massenbedarfsartikel etwas geringere Chancen aufgrund der Preiskonkurrenz, der diese Warengruppen, wie die Praxis der 70er Jahre gezeigt hat, nicht standhalten können.

Eine große Arbeit liegt vor den sowjetischen Organisationen, um die Warenströme auszugleichen; ein gewisser Ausgleich ist ja bereits eingetreten. Wir sind der Ansicht, daß die Chancen für den sowjetischen Export in den 80er Jahren groß sein werden.

Herr Oetker sprach die Spezialisierung in unserer Industrie an. Es gibt eine Spezialisierung der Exportbetriebe und auch der Organe des Außenhandelsministeriums; die Elastizität und Beweglichkeit der Betriebe hat sich erhöht. Wir studieren das Marketing in der BRD; diese Methoden werden von unseren Außenhandelsorganisationen selbst angewandt. Wir sehen also mit großem Optimismus in die 80er Jahre. Lassen Sie mich nur einige Warengruppen nennen: Flugzeugtechnik, Bergbauausrüstungen, elektronische Geräte und anderes mehr, das sind Dinge, die heute schon auf dem westdeutschen Markt erscheinen können.

Welche Schwierigkeiten zeigen sich dabei? Ich spreche jetzt nicht von den objektiven Schwierigkeiten, wie zum Beispiel Informationslücken, die in den Jahren des Kalten Krieges entstanden sind; der Unterschied in den Standardnormen; das Fehlen einer rechtlichen Basis auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der Standardisierung und so weiter. Ich meine die subjektiven Faktoren. In seinem Referat hat Herr von Dohnanyi sehr bescheiden gesagt, die BRD habe im Gemeinsamen Markt nur eine Stimme, und die Lage werde sich noch weiter verschlechtern, wenn es in Zukunft eine Stimme von 12 gegenüber heute 9 sein werde. Wir wissen aber, was das für eine Stimme ist und wie laut diese Stimme im Gemeinsamen Markt klingt.

Es heißt, die weitere Liberalisierung der Importe aus der UdSSR stoße auf Schwierigkeiten aufgrund der Beschlüsse des Gemeinsamen Marktes; dort seien nur 91 Prozent liberalisiert - nach unseren Berechnungen macht die Liberalisierung einen höheren Prozentsatz aus. Dagegen werden heute etwa 20 Prozent der sowjetischen Lieferungen kontingentiert. Das ist ein ernsthaftes Hindernis; denn dabei handelt es sich um Waren, die wir in noch größeren Mengen liefern könnten.

Der Hinweis also, die BRD habe nur eine Stimme im Gemeinsamen Markt, und sie werde durch irgendwelche übernationalen Organe gebremst, scheint mir eine zu bescheidene Erklärung zu sein. Die Öffentlichkeit der BRD hat durchaus Möglichkeiten, diese Probleme zu lösen. Und viele Hindernisse, die unseren Lieferungen im Wege stehen, können auch durch die Gremien des Gemeinsamen Marktes im Rahmen der einheitlichen Politik dieses Marktes überwunden werden.

Wir sind auch besorgt über Pressemeldungen von den Cocom-Sitzungen in Paris; das ist das Komitee zur Koordinierung der Embargo-Politik gegenüber den sozialistischen Ländern. Es wurde uns bekannt, daß man auf der einen Seite das Embargo bei vielen Produkten beseitigen will, bei denen die Sowjetunion Weltspitzenleistungen erreicht. Auf der anderen Seite wird aber eine Reihe von zusätzlichen Embargos für die Lieferungen von Know-how vorgeschlagen. Und wie ein offizielles Organ des Außenhandelsministeriums schreibt, unterstützt die westdeutsche Seite diese Vorschläge, um außenwirtschaftliche Schwierigkeiten bei der Lieferung von technologischen Ausrüstungen aus der Sowjetunion von vornherein auszuschließen.

Die Embargo-Politik ist uns aus der Vergangenheit bestens bekannt. Seit den Anfängen der Sowjetmacht hat man mit diesem Mittel gearbeitet; aber es war nicht wirksam. Bereits damals schrieb Lenin, daß ungewiß sei, für wen die Blockade schwerwiegendere Folgen habe, für diejenigen, die sie erklären, oder für diejenigen, die durch sie leiden. Wir können gewiß nicht sagen, daß uns die Streichung einer Reihe von Waren nicht beeinflusst. Gewiß bremst das unsere Entwicklung - aber in welchem Maße? Hansen, ein schwedischer Wissenschaftler, hat errechnet, daß in den Embargo-Jahren des Cocom, als die Lieferung von 2 800 Arten von Erzeugnissen verboten war, die Sowjetunion nur einen Schaden von 0,1 bis 0,5 Prozent ihrer Bruttoproduktion erlitten hat. Der Berg hat also eine Maus zur Welt gebracht. Die Embargo-Politik störte unser Vorwärtskommen nicht. Wenn man jetzt wieder zu diesem Mittel greift, weckt das unsere Besorgnis.

Nehmen Sie beispielsweise die Jahre 1971, 1972. Damals betrug der Anteil der Ausrüstungen, die aus dem Westen geliefert wurden, fünf bis sieben Prozent. Etwa ein Viertel dieser Ausrüstungen betraf die

Leichtindustrie, die für den technischen Fortschritt unseres Landes eine sehr geringe Bedeutung haben. Die These also, wir würden voll und ganz von der fortschrittlichen Technologie des Westens abhängen und man müsse diesen Kanal verstopfen, um die Entwicklung der Sowjetunion und des Kommunismus zu bremsen, hält keiner Kritik stand.

Ich möchte die Anwesenheit von Herrn Sommer nutzen, um ein Beispiel dafür anzuführen, wie die Öffentlichkeit der BRD seinerzeit die Embargo-Politik kritisierte. "Die Zeit" schrieb damals: "Der NATO-Beschluß, ein Embargo für den Import von Röhren einzuführen, bedeutet einen Nadelstich für die Sowjetunion und einen starken Schlag gegen uns selbst; denn damit wird die deutsche Vertragstreue in Frage gestellt, und zwar gegenüber einem Partner, der sich stets als korrekt erwiesen hat bei der Erfüllung aller von ihm geschlossenen Abkommen." Ich meine, daß uns dieser Beitrag seinerzeit geholfen hat, das Embargo zu beseitigen.

Hinsichtlich des Embargos gab es stets Komplikationen. Wer konnte damals ahnen, daß die Röhren, die angeblich von so strategischer Bedeutung sein sollten, heute aus Sibirien Energie in die BRD leiten. Versuche, diesen Kurs zu verschärfen, haben letztlich einen Bumerang-Effekt. Wir haben seinerzeit ein großes Werk zur Produktion von Röhren gebaut. Die Embargo-Politik hat also unser Wachstum stimuliert, und wir konnten mit solchen Problemen schnell fertig werden. Wir bauten Kraftwerke, Hüttenbetriebe, Röhrenwalzwerke und so weiter. Dennoch muß diese Störung beseitigt werden. Die Öffentlichkeit, auch dieser Bergedorfer Gesprächskreis, sollte jenen Persönlichkeiten helfen, die in ihrem Lande, besonders aber in Übersee, einen anderen Kurs einschlagen wollen.

Pestel

Im Verlauf dieser Diskussion werde ich immer wieder an ein Fernsehgespräch zwischen den beiden bekannten amerikanischen Journalisten Walter Cronkite und Eric Sevareid erinnert, das ich vor kurzem in Amerika verfolgte. Sie gaben einen Rückblick über das Jahr 1978 und berührten dabei auch alle die Probleme, die zum Teil auch hier angesprochen wurden: China, Kambodscha, Vietnam, Iran, die militärischen Kräfteverhältnisse, den Nahen Osten; darüber hinaus auch wirtschaftliche Probleme wie den Dollarverfall und insbesondere die Inflation. Am Schluß des Gespräches sagte Eric Sevareid: "Ja, eigentlich haben wir die wirklich großen Probleme gar nicht berührt. Was haben wir 1978 im Hinblick auf den Nord-Süd-Dialog getan?" Auch hier wurde dieses Problem nur von Herrn Shukow angesprochen und von einigen anderen ganz kurz berührt.

Man braucht sich ja nur zwei Zahlen zu vergegenwärtigen: In jeder Stunde, die wir hier sitzen, leben fast 10000 Menschen mehr auf dieser Welt; und in jeder Stunde werden weltweit für militärische Zwecke etwa 40 Millionen Dollar ausgegeben.

Herr Shukow wies mich in diesem Zusammenhang auf einen Artikel hin, der gestern in der "Prawda" erschienen ist, und zwar über Sozialismus und globale Probleme der Gegenwart, verfaßt von dem Akademiestmitglied Inozemzew. Ich habe mir gestern abend die Zeit genommen, diesen Artikel zu lesen und muß leider sagen, daß ich enttäuscht bin. Er ist, kurz gesagt, ideologisch überfrachtet, und in den sachlichen Einzelheiten enthält er an sich nur, wenn man gehässig ist, Platitudeen. Was mich besonders störte in bezug auf das, was auch in diesem Gespräch immer wieder gefordert wurde, nämlich die Herstellung des Vertrauens zwischen uns, das zur Bewältigung aller großen Probleme nötig ist, war eine Karikatur, die über diesem Artikel stand. Mit der Unterschrift "Stiefkind" liegt da eine fette große Sau, die den Titel trägt "Das Budget der NATO-Länder". Daran saugen eine ganze Reihe von fetten Ferkeln, die am hinteren Ende Raketenkörper haben; das sind also die Kriegsausgaben. Und dann gibt es da ein ganz kleines Ferkel, auf dem steht: "Soziale Erfordernisse". Dieses will auch an die Sau heran, wird aber weggestoßen von einem, der nach der Uniform ein amerikanischer Offizier sein muß.

Eine solche Entstellung der Tatsachen muß natürlich stören. Denn Sie wissen sicher auch, daß in unserem Lande die Sozialausgaben weitaus höher sind als die Militärausgaben. Die Entwicklung geht in die Richtung, daß in den nächsten 20 Jahren die Sozialausgaben das Doppelte der Militärausgaben betragen werden. Sozialer Sektor und Bildungsausgaben zusammen werden in unserem Lande in den nächsten Jahrzehnten von einem jetzt schon sehr hohen Prozentsatz auf fast die Hälfte der gesamten Staatsausgaben ansteigen.

Ich meine, wenn wir die Kraft finden wollen, die großen Probleme gemeinsam anzugehen, dann ist natürlich auch Vertrauen zwischen uns nötig; dafür ist aber ein Verhalten der Sowjetunion nötig, das sich deutlich von dem unterscheidet, was ich auf solchen Konferenzen bisher erfahren habe.

Ich denke zum Beispiel an die Algier-Konferenz des "Club of Rome" vor zwei Jahren zurück, zu der auch die Sowjetunion eingeladen und durch Akademiestmitglieder vertreten war. Dort wurde die

Sowjetunion herausgefordert, indem man fragte: "Warum beteiligt Ihr Euch an der Entwicklungshilfe nur in so geringem Maße, verglichen mit den Aufwendungen der westlichen Industrieländer?" Die Antwort lautete: "Ihr seid doch die Kolonialmächte gewesen; Ihr seid für das ganze Elend in diesen Ländern verantwortlich; also ist es auch Eure Sache, da Ordnung zu bringen." Ich meine, es ist besser, wenn wir hier gemeinsame Anstrengungen unternehmen; denn diese Anstrengungen werden ungeheuer sein müssen. Selbst wenn man für den einzelnen Menschen in diesen Ländern nur so viel tun will, daß der Lebensstandard etwas steigt, ist - aufgrund des Bevölkerungswachstums - eine Verdoppelung, ja eine Verdreifachung der gegenwärtigen Bemühungen notwendig.

Des weiteren sind die großen Probleme zu berücksichtigen, die auf uns zukommen, wenn die Energiestruktur auf der ganzen Welt drastisch verändert werden muß, weil sich die wirtschaftlich gewinnbaren Erdöl- und Erdgasvorräte allmählich erschöpfen. Insbesondere im Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse in Laxenburg ist man aufgrund einfacher Berechnungen zu dem Ergebnis gekommen, daß der Kapitalaufwand, der in den nächsten 50 Jahren zu betreiben sein wird, um eine solche Energiestruktur zu erstellen, etwa in der Größenordnung liegen muß - wahrscheinlich noch darüber - des gesamten gegenwärtig in der Welt vorhandenen Kapitals. Heute gewinnen wir die Energie - denken Sie vor allem an das Erdöl aus dem Nahen Osten - noch mit ganz geringem Kapitalaufwand. Im Verlaufe der notwendigen Strukturveränderungen werden hier gewaltige Anforderungen an uns gestellt.

Das gleiche gilt für den Kapitalaufwand, der in der Landwirtschaft notwendig sein wird, um die Weltbevölkerung bei einer etwaigen Verdoppelung in den nächsten 50 Jahren angemessen ernähren zu können. Hier liegt eine strategische Aufgabe für die ganze Welt vor uns, die etwa von der gleichen Größenordnung ist, in der wir heute Aufwendungen für militärische Ausgaben betreiben. Wenn wir also mit den Ausgaben für militärische Zwecke so fortfahren wie bisher, wird dies zur Folge haben, daß der Prozentsatz, der heute für den privaten Konsum zur Verfügung steht, drastisch zurückgeht.

Wir wissen aus den westlichen Volkswirtschaften, zum Beispiel der Bundesrepublik, daß der Anteil des privaten Konsums am Bruttosozialprodukt immer ziemlich konstant bei etwa 60 Prozent liegt. Die Schwankungen in der Volkswirtschaft entstehen im wesentlichen durch die Schwankungen in den investiven Ausgaben. Man hat sich also daran gewöhnt, für den privaten Konsum einen solchen Prozentsatz des erarbeiteten Bruttosozialprodukts zur Verfügung zu haben. Hier müssen dann erhebliche Einschnitte erfolgen und dies zu einer Zeit, in der wir vor großen inneren Problemen stehen.

Ich plädiere also für gemeinsame Anstrengungen zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles. Dabei kann Überwindung immer nur heißen, daß es nicht schlimmer wird, sondern sich eher etwas bessert. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ja die Kluft immer weiter vergrößert. Diese Anforderungen werden um so schwieriger zu erfüllen sein, je größer die inneren Probleme in den Industrieländern selbst sind.

Sie wissen, daß wir in der Bundesrepublik in den 80er Jahren weiterhin vor dem großen Problem der Überwindung der Arbeitslosigkeit stehen werden. Weiterhin gibt es in Deutschland Schwierigkeiten im Hinblick auf die Änderung der Energiestruktur. Ich erinnere nur an den Widerstand gegen die Einführung der Kernenergie, der in einer Demokratie sicher nicht leicht zu überwinden sein wird.

Wenn wir also die strategischen Probleme, die auf den Sektoren der Energie, der Ernährung und so weiter für die ganze Welt auf uns zukommen, angemessen bewältigen wollen - und damit werden wir spätestens gegen Ausgang der 80er Jahre Ernst machen müssen;- , dann kommt es darauf an, ein großes Vertrauen zwischen uns herzustellen. Dieses Vertrauen ist notwendig für eine Abrüstung. Vielleicht wird man die 80er Jahre einmal als die Dekade der Abrüstung bezeichnen. Wir haben ja seit den 60er Jahren immer gewisse Dekaden für dies und für jenes gehabt.

Für diese Abrüstung ist Vertrauen unerlässlich, und um das zu erreichen, kommt es darauf an, daß wir nicht auf den Ideologien herumreiten. Insbesondere sollten wir uns auch in der Pressearbeit und in den anderen Medien bemühen, die Gegensätze abzubauen, statt sie zu verschärfen. Und das geht eben nicht durch Sonntagsreden und Sonntagsartikel, wie den von mir hier zitierten, sondern das geht nur durch nüchterne Betrachtung der Situation und das gemeinsame Ärmelaufkrepeln, um diese Anstrengungen aufzunehmen. Ich wäre dankbar, wenn dieses Bergedorfer Gespräch in der Offenheit, in der es geführt wird, dazu beiträgt, solche zum Teil künstlich aufgebauten Gegensätze abzubauen. Wir sollten wirklich Ernst machen mit den Problemen, über die wir nun schon so lange reden. Sicherlich werden sie auf beiden Seiten aufgrund des noch fehlenden Vertrauens jeweils durch eine andere Brille gesehen, aber ich hoffe, daß wir da bald einmal eine gemeinsame Brille finden werden.

Wenn wir von den großen materiellen Problemen sprechen, mit denen die Menschheit gegenwärtig konfrontiert wird und mit denen das große Europa ringt, so sind das die globalen Probleme, die Herr Pestel eben noch einmal angesprochen hat: Umweltschutz, Bevölkerungswachstum, Ernährung, Rohstoffreserven, Energieversorgung; Bekämpfung besonders gefährlicher Krankheiten und anderes mehr. Diese Probleme werden in den 80er Jahren die Aufmerksamkeit der entwickelten und der Entwicklungsländer besonders beanspruchen. Um sie zu lösen, bedarf es des Einsatzes unseres ganzen wissenschaftlichen Potentials, und das wiederum verlangt eine Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Wir verfolgen sehr aufmerksam die Arbeiten, die unter der Ägide des "Club of Rome" durchgeführt werden. Wir kennen das Modell von Mesarovic/Pestel und auch die Arbeiten des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien, die sich mit den globalen Probleme der Gegenwart beschäftigen. Diese Herausforderung, die von einer Reihe objektiver Faktoren der Menschheit ausgeht, erfordert gemeinsame Bemühungen unserer Länder. Und in diesem Bereich, wie auch in vielen anderen Bereichen der Wissenschaft, ist die Zusammenarbeit unserer Länder noch nicht ausreichend.

Bei vielen wichtigen Problemen der Gegenwart führen wir gemeinsame Programme und Projekte mit den Vereinigten Staaten von Amerika, mit Frankreich, mit Großbritannien sowie mit verschiedenen internationalen Wissenschaftler-Gremien durch. Derartige gemeinsame Forschungsvorhaben finden leider noch nicht zwischen Wissenschaftlern unseres Landes und der Bundesrepublik Deutschland statt. Wenn wir bei den wissenschaftlichen Forschungen über globale Probleme der Gegenwart und bei all jenen Problemen, an denen unsere Länder interessiert sind, stärker zusammengearbeitet hätten, dann brauchte sich Herr Pestel hier nicht über die Fragestellung zu wundern, wie sie in dem von ihm zitierten „Prawda“-Artikel von Akademiemitglied Inozemzew angesprochen wurde. Man darf an die Zukunft, an die Prognose der sozialwirtschaftlichen Entwicklung nicht nur auf der Grundlage einer nüchternen und harten mathematischen Analyse herangehen. Die Zukunft ist nicht nur eine Frage von Extrapolationen. Vielmehr bedarf es einer Konzeption der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, um diese Frage angemessen zu beantworten.

Unsere Konzeption der sozialökonomischen Entwicklung hat Inozemzew in dem „Prawda“-Artikel dargelegt. Und wenn Herr Pestel meint, darin sei zu viel Ideologie enthalten, dann kann ich nur sagen, im Modell von Mesarovic/Pestel ist zu wenig Ideologie enthalten. Wir müssen doch jeder von seiner Ideologie aus an den Aufbau des Modells der Zukunft herangehen. Dabei sehe ich die Möglichkeit eines großen Dialogs der Wissenschaftler unserer Länder, damit wir einander besser verstehen und damit wir die Konzeptionen besser verstehen, die in dem einen und in dem anderen Lande ausgearbeitet werden.

Wenn jeder die Konzeption des anderen völlig ablehnt, trägt das nicht zur Gemeinsamkeit bei, die Herr Körber forderte. Diese Gemeinsamkeit hat auch historische Traditionen in den Beziehungen zwischen unseren Ländern. Ich meine den gegenseitigen Einfluß unserer Kulturen und unserer wissenschaftlichen Potentiale. Wenn wir diesen Traditionen Rechnung tragen, dann müssen wir viel Geduld an den Tag legen, um die Konzeptionen zu verstehen, mit denen wir an die zukünftige Entwicklung herangehen. Dies ist das Hauptkennzeichen der 70er Jahre; denn nie zuvor waren die globalen Probleme der Gegenwart so deutlich wie heute, und das wird sich in den 80er Jahren noch verschärfen.

Eines der konstruktiven Ergebnisse unseres Gespräches hier könnte darin bestehen, daß wir für eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern unserer beiden Länder eintreten, die sich mit der globalen Entwicklung beschäftigen. Dabei geht es um eine objektive Betrachtungsweise auf wissenschaftlicher Grundlage. Das kann sich dann auch positiv auf die Erkenntnis jener Wege auswirken, auf denen die politische Entspannung und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Länder weitergehen soll.

Wie sieht die Zusammenarbeit der Wissenschaftler bei den Problemen aus, an denen unsere Länder schon gemeinsam arbeiten? Es handelt sich dabei um gemeinsame Projekte auf wissenschaftlichem und industriellem Gebiet, die eine wissenschaftliche Untermauerung erfordern. Wir müssen uns eingehend über die Fragen der Organisation, Leitung, Prognostik, Planung und Kontrolle, die mit unserer Zusammenarbeit verbunden sind, Gedanken machen. Mit einer Reihe von kapitalistischen Ländern führt unser Land bereits gemeinsame Forschungen auf dem Gebiet der Leitung und der Lenkung durch. Das wirkt sich schon heute auf unsere wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit positiv aus.

Borissow

Wir nähern uns allmählich dem Ende unserer Tagung. Wir sollten in einer abschließenden Diskussionsrunde über die Fragen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit hinaus, die heute im Mittelpunkt unserer Erörterungen standen, noch einmal eine Verbindung zum gestrigen Fragenkreis ziehen.

Bertram

Ich stehe hier unter einem doppelten Eindruck. Erstens: Die deutsche und die sowjetische Seite fordern jeweils von der anderen Seite ein bestimmtes Verhalten als Voraussetzung für ihr eigenes Wohlverhalten. Herr Bowin hat gestern in seiner Einführung sehr eindrucksvoll gesagt, die Bundesrepublik Deutschland sei ein wichtiges Land, sie müsse dazu beitragen, daß die Entspannung in Europa erhalten bleibe; sie müsse darauf einwirken, daß auch in den SALT-Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten Fortschritte gemacht werden; sie trage Verantwortungen, die sich aus ihrer Position ergeben. Unsererseits haben wir in dieser Diskussion immer wieder betont: Die Sowjetunion ist ein großes und wichtiges Land; aus dieser Position ergeben sich für sie gewichtige Verantwortungen.

Wenn Sie wollen, daß die Bundesrepublik die Rolle, die Herr Bowin ihr zuweisen möchte, überhaupt spielen kann unter den gegenwärtigen Gegebenheiten kann sie es nicht;-, dann scheint mir ganz wichtig zu sein, daß das Verhalten der Sowjetunion in unseren Augen, in den Augen unserer Freunde und derer, von denen wir für unsere Sicherheit und unser Wohlergehen abhängen, ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit und Konsistenz erhält. Denn es bleibt von dieser Tagung ein Gefühl der Unsicherheit über das, was denn nun eigentlich die Prioritäten der Sowjetunion sind.

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen erläutern. Es geht nicht an, vom Westen und von der Bundesrepublik zu verlangen, daß man China mit denselben skeptischen Augen sieht, wie das die Sowjetunion tut, und gleichzeitig in der Bundesrepublik und im Westen, aber auch in Japan Beunruhigungen über militärische Rüstung zu schaffen. Das eine ist nicht mit dem anderen zu vereinbaren. Es geht nicht an zu betonen, wie wichtig der Abschluß neuer Verträge über Rüstungskontrolle zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ist, und zugleich durch militärische Interventionen in der Dritten Welt die Basis der innenpolitischen Unterstützung für derartige Abkommen in allen unseren Ländern wieder zu schmälern.

Schließlich geht es auch nicht an, für die große Sowjetunion internationale Respektabilität zu fordern und zugleich in der Jahrhundert-Aufgabe der Nord-Süd-Entwicklung so zu tun, als sei dieses Land ein Entwicklungsland. Und wenn Sie mich in der Offenheit, die ja auch ein Teil von Freundschaft sein muß, ganz kraß sagen lassen: Es ist ein Skandal, daß die Sowjetunion in ihrer Unterstützung der Entwicklungsländer pro Jahr weniger als die Hälfte dessen ausgibt, was die Bundesrepublik Deutschland zahlt. Es geht auch nicht an, daß die Entwicklungshilfe der Sowjetunion in den letzten Jahren allein auf die strategische Peripherie ihres Landes konzentriert ist, so als sei dies im Grunde genommen nur ein Problem der nationalen Sicherheit im engen Sinne. Es ist ein internationales Problem, das heißt, nicht nur die Türkei, Afghanistan und in beschränktem Maße Indien sollten Empfänger sowjetischer Entwicklungshilfe sein.

Wenn es in diesen Fragen in Zukunft tatsächlich einen Dialog geben soll, der über das Herzählen von vertrauten Argumenten hinausgeht, dann muß deutlich werden, wo die Prioritäten der Sowjetunion liegen.

Nun weiß ich, daß es in der modernen Welt immer schwieriger geworden ist, klare Prioritäten zu setzen, und wenn dies keine deutsch-sowjetische, sondern eine deutsch-amerikanische Konferenz wäre, würden wir wahrscheinlich auch unsere amerikanischen Freunde fragen: Was sind Eure Prioritäten? Das Problem stellt sich aber im deutsch-sowjetischen Verhältnis im besonderen. Denn hier befinden wir uns in einem Informationsrückstand, der sich zum Teil aus der Unterschiedlichkeit der politischen Systeme erklärt. Deshalb fallen diese Widersprüche noch zusätzlich ins Gewicht und erschweren es, die Rolle, die Herr Bowin und viele von Ihnen von uns erwarten, tatsächlich auf der Grundlage der Glaubwürdigkeit und Konsistenz sowjetischen Verhaltens anzupacken.

Sommer

Herr Körber sagte gestern zum Abschluß, daß wir nach Gemeinsamkeiten suchen sollten. Ich stimme ihm durchaus zu, aber die Voraussetzung für Gemeinsamkeiten ist die Offenheit im gegenseitigen Gespräch. Wir dürfen Gegensätze nicht vertuschen; denn eine auf vertuschten Gegensätzen beruhende Gemeinsamkeit kann nur brüchig sein.

Mein erster Punkt bezieht sich auf eine gestrige Bemerkung von Herrn Gantman, daß die Sowjetunion "natürlich" weiter aufrüste, solange es kein Abkommen über militärische Entspannung gebe. Über diesen Satz sollten wir alle nachdenken. Er hat mich erschüttert, weil er die Glaubwürdigkeit des Mai-Kommuniqués und des darin enthaltenen Bekenntnisses zu annähernder Gleichwertigkeit und Parität in Frage stellt. Damit es zu einem Abkommen kommt, auch in Wien, müssen wir Zurückhaltung üben. Wenn Ihre Seite nach dem von Herrn Gantman verkündeten Grundsatz handelt, dann wird gerade jene Bewegung in unserem Denken, die ich heute durchaus schon feststelle, gestoppt werden. Diese Bewegung führt uns doch letztlich zu einem Abkommen, auf das auch Sie ja Wert legen.

Zweitens, Herr Kremer hat gestern die westdeutsche Presse gemahnt, doch mehr über die sowjetische Wirklichkeit zu berichten und sich weniger in Meinungen darüber zu ergehen. Auch hier müssen wir in aller Offenheit sagen: Die Gedanken sind bei uns frei, die Presse ist bei uns frei, und die Meinungen sind frei. Meine eigene Zeitung bemüht sich, soweit es ihrem Mitarbeiter in Moskau möglich ist, über die Wirklichkeit der Sowjetunion zu berichten. Aber wir werden es uns natürlich nicht nehmen lassen, notfalls auch kritische und nicht nur zustimmende Ansichten zu drucken.

Ich möchte da an das anschließen, was Herr Krasnow vorhin gesagt hat: Wenn bei uns ein Journalist einen Artikel schreibt, in dem er darüber nachdenkt, ob wir uns mit der Förderung des Osthandels eigentlich einen Gefallen tun, dann mag das Unsinn sein, aber es ist weder ein Verbrechen am Geist der Entspannung, noch ist es Ausdruck einer regierungsoffiziellen Politik. Und da muß ich Ihnen sagen: Natürlich hat es in den letzten Jahren öfter Erwägungen darüber gegeben, ob wir mit unseren Krediten an die Sowjetunion nicht nur unsere eigene Wirtschaft bedienen, sondern unter Umständen auch den sowjetischen Militärapparat. Ich teile die Rechnungen nicht, die da zum Teil angestellt werden, wonach wir für einen Dollar an Krediten zwei Dollar an zusätzlichen Verteidigungsaufwendungen leisten müssen. Aber Sie müssen verstehen, daß wir uns angesichts Ihrer forcierten Aufrüstung - welche Sorge die uns bereitet, darüber haben wir ausführlich gesprochen gelegentlich Gedanken darüber machen. Das ist noch kein Verstoß gegen die Entspannung, sondern das gehört zur Klärung der Positionen.

Das Dritte, das mich in dieser Diskussion bekümmert hat, war die Konfrontation, in die Sie die Begriffe Klein-Europa und Groß-Europa gebracht haben. Wir werden eine Gemeinsamkeit im größeren Europa nicht erreichen, wenn Sie das Brüsseler Europa als Gegensatz zu dem angestrebten überwölbenden gesamteuropäischen Raum betrachten. Dieses größere Europa kann nur bestehen, wenn es die gewachsenen und auch noch weiter wachsenden Realitäten auf beiden Seiten unseres Kontinents zur Kenntnis nimmt. So wie Sie das machen, ist es Agitprop, aber nicht Politik.

Mein vierter Punkt betrifft China. Da möchte ich in aller Offenheit sagen: Mir hat niemand hier rational klarzumachen vermocht, was Sie eigentlich von China befürchten. Ich habe den Eindruck, Sie unterliegen da einer traumatischen Obsession, die ohnehin noch auf eine historische Verwechslung zurückgeht, die die Chinesen spiegelverkehrt ebenso begehen. Sie setzen die Tataren, die das Großfürstentum Moskau jahrhundertlang besetzt hatten, mit den Chinesen gleich, wie umgekehrt die Chinesen die Mongolen, die nördlichen Barbaren, die zweihundert Jahre lang Peking besetzt hatten, heute mit den Russen gleichsetzen. Wir haben unser eigenes Urteil über China, und wir möchten nicht gezwungen werden, Ihres zu übernehmen.

Wir sehen die Risiken, und ich will sie nennen. Das erste Risiko ist, daß der heutige Kurs in Peking nicht durchgehalten, sondern verändert wird; Deng Xiaoping ist 76 Jahre alt. Das zweite Risiko liegt in der Möglichkeit, daß sich Moskau und Peking trotz allem Theaterdonner doch aussöhnen. Und wenn ich es recht gelesen habe in der "New York Times", dann hat Leonid Breschnew kürzlich sechs amerikanischen Senatoren erklärt: Wenn man zwei Bären zusammen in einen Käfig sperre, dann sei überhaupt nicht gesagt, daß sie anfangen, miteinander zu kämpfen.

Shukow

Genosse Breschnew hat folgende Geschichte erzählt: Ein Mann sagt zu einem anderen: "Ich habe einen Bären gefangen." Sagt der andere: "Führe ihn hierher", darauf antwortet der erste: "Ich kann nicht, er hält mich."

Sommer

Das dritte Risiko, das wir natürlich auch in unsere Kalkulationen einfließen lassen, wiewohl es uns von sowjetischer Seite nicht nahegebracht wird, ist die Möglichkeit, daß ein erstarktes und modernisiertes China eines Tages - zumindest in Südostasien - eine Politik treiben könnte, die auch uns stört. Ein erstarktes China, das über moderne Interkontinentalraketen verfügt, könnte irgendwann auch unsere Schutz- und Vormacht, die Vereinigten Staaten, bedrohen.

Auf der anderen Seite sehen wir aber auch positive Faktoren. Erstens ist China historisch stets eher eine defensive, keine expansive Nation gewesen - jedenfalls seit 2000 Jahren kaum noch. Zweitens muß man feststellen - und ich fände es wichtig, wenn das auch hier zur Kenntnis genommen würde;- , daß die Chinesen die krasse These von der Unvermeidbarkeit des Krieges in den letzten anderthalb Jahren wesentlich zurückgenommen haben. Sie sagen, anders als zu Mao Tse-tungs Zeiten, heute ausdrücklich, daß sie diesen Krieg nicht wünschen. Sie fürchten nur, daß er kommen wird. Sie meinen, er ließe sich hinauszögern - und sie sagen das in einer Weise, daß man daraus den Schluß ziehen kann, er wird ad calendae graecas verschoben.

Ein weiterer positiver Faktor ist - ich war unlängst zwei Wochen in China und habe mich auch persönlich davon überzeugt;- , daß der zivilen Modernisierung absoluter Vorrang gegeben wird. Natürlich wird sich eine militärische Modernisierung zwangsläufig anschließen; aber es ist keineswegs an einen überproportionalen, eher sogar an einen unterproportionalen Anstieg der Verteidigungsaufwendungen gedacht.

Mein letzter Punkt hierzu. Ich habe hier und auch in Gesprächen am Rande eine saubere, generalstabsmäßige Bedrohungsanalyse nicht vernommen. Was wir bekommen haben, waren Bloßlegungen Ihrer Seele, aber nicht Ihrer militärischen Kalkulationen. Nun werden wir noch in diesem Frühjahr den ersten Band der Memoiren von Henry Kissinger lesen, und darin ein Kapitel, in dem er schildert, wie er in den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit festgestellt hat, daß die größte Gefahr eines großen Krieges im Jahre 1969 darin lag, daß die Sowjetunion versucht sein könnte, einen Schlag gegen China zu führen. Einige von Ihnen werden sich daran erinnern, daß sowjetische Diplomaten dieses damals nicht nur in Cocktail-Gesprächen überall sondierten.

Henry Kissinger ist nun der Meinung, daß wir uns heute in einer ähnlichen Situation befinden oder uns auf sie zubewegen, wo die größte Gefahr für den Weltfrieden davon ausgeht, daß die Sowjetunion versucht sein könnte, gegen China einen verkrüppelnden Schlag zu führen, eh China erstarkt ist und in einer Weise zurückschlagen kann, die dann der Sowjetunion selber großen Schaden zufügen würde. Ich teile diese Einschätzung nicht; ich halte sie für ein Szenario von vielen, aber immerhin für eines, das man in Anbetracht der Überlegungen von 1969 nicht ganz ignorieren darf. Ich hätte dazu gerne noch einiges von Seiten unserer sowjetischen Freunde gehört.

Koshewnikow

Herr Sommer, ich möchte Sie daran erinnern, daß wir ebenso wie Präsident Carter und viele Militärexperten im Westen der Ansicht sind, daß sich das Rüstungsniveau zwischen den Vereinigten Staaten und der NATO einerseits und der Sowjetunion und dem Warschauer Vertrag andererseits im Gleichgewicht befindet. Als das Wettrüsten begann, waren wir gezwungen, die Positionen zu verteidigen, die es uns ermöglichten, die Gleichheit aufrechtzuerhalten.

Sie waren nur wenige Wochen in China; Sie haben aber Bücher gelesen. Sie waren in Vietnam, und Sie wissen, daß dort vor gar nicht langer Zeit ein Denkmal errichtet wurde, und zwar für den heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes gegen eine chinesische Intervention. Wenn Sie die Kunst lieben, sehen Sie sich das Denkmal an; es ist auch ästhetisch interessant. Sie wissen wahrscheinlich, daß Tibet gegen seinen Willen in das chinesische Territorium einbezogen wurde. Sie wissen, wie viele Nationalitäten in China leben und in welcher Situation sie sich befinden. Sie haben kein Recht auf ihre eigene Sprache, auf Berufsausbildung und anderes mehr. Diese Nationalitäten befinden sich besonders in Yünnan in einer echten Notlage. In Sinkiang sind die Vertreter der uigurischen Nationalität, die Kasachen, und einige andere Nationalitäten praktisch ihres Rechtes auf die eigene Sprache und auf nationale Selbstbestimmung beraubt worden. Das ist Kolonialpolitik in ihrer klassischen Form, die dort verwirklicht wird.

Wir haben China wiederholt vorgeschlagen, einen Nichtangriffspakt mit uns abzuschließen. China hat das aber entschieden abgelehnt. Wie sollen wir ein Land beurteilen, das solche Vorschläge ablehnt, die nur ein Zeugnis unserer Friedensliebe sind? Sie kennen auch die wiederholten Erklärungen unserer Parteitage und die Erklärungen, die in den Referaten und Berichten des Genossen Breschnew enthalten sind, daß wir nicht nur eine Normalisierung der Beziehungen mit China anstreben, sondern sogar die Wiederherstellung von Freundschaftsbeziehungen, obwohl keine auch nur annähernd ähnlichen Vorschläge von China gemacht wurden. In China wird von der Sowjetunion als dem Gegner Nummer eins gesprochen.

Poljanow

Wenn wir das gestrige und heutige Gespräch mit früheren Bergedorfer Gesprächskreisen vergleichen, dann fallen zunächst Veränderungen in der Atmosphäre auf. Wir sprechen viel offener und direkter

miteinander. Dennoch verstehen wir einander besser, wie mir scheint. Es gibt auch Veränderungen, die sich auf die Substanz beziehen. Sie sind mit den Veränderungen in der Welt verbunden, die in den letzten Jahren ebenfalls eingetreten sind.

Zunächst möchte ich auf eine Reihe von Äußerungen meines alten Kollegen Theo Sommer antworten. Denn über diese Punkte sollte volle Klarheit herrschen. Theo Sommer hat Herrn Gantman in dem Sinne verstanden, daß die Sowjetunion weiter aufrüsten wird, bis das Abkommen über die Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte in Europa zustande kommt. Das ist doch eine Fehlinterpretation. Denn die Sowjetunion wird, wie sie auch auf höchster Ebene vorgeschlagen hat, ihre Rüstungen nicht aufstocken, solange die Verhandlungen im Gange sind. Das hat der Generalsekretär unserer Partei bestätigt. Die Sowjetunion hat weiter dazu aufgefordert, daß auch die andere Seite sich entsprechend verhält.

Was Herr Gantman meint ist, daß die Verteidigungsbemühungen der Sowjetunion in demselben Umfang fortgesetzt werden, wie sie auch heute vor sich gehen. Einer der Gründe dafür ist gerade das Fehlen dieses Abkommens. Zwischen Aufrüstung, Wettrüsten und Verteidigungsbemühungen gibt es einen wesentlichen Unterschied. Das brauche ich in diesem Kreise nicht zu erklären.

Was die Äußerung von Kissinger über China angeht, so will ich ganz offen sein. Die realistisch denkenden Menschen sind gewohnt, Äußerungen von Herrn Kissinger in mindestens 60 Schattierungen zu sehen. Dazu kann man endlose Interpretationen machen, und es fragt sich, wie ernst wir darauf reagieren sollten. Die Fragestellung, ob die Sowjetunion einen präventiven Schlag gegen China führen wird, ist einfach absurd. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Jetzt zu den Veränderungen, die in der Zwischenzeit eingetreten sind. Wie ist die gegenwärtige Situation zu beurteilen? Ich behaupte, und da schließe ich mich dem an, was Herr Körber gesagt hat, daß wir in vielen wichtigen Fragen Gemeinsamkeiten haben. In unseren Beziehungen sind historische Veränderungen eingetreten, die voll genutzt werden sollten. Die Weltpolitik wird sich natürlich auch ohne die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen weiterentwickeln, wie es bis 1955 der Fall gewesen ist. Vor 1955 entwickelte sich die Mehrheit der sozialistischen Länder, obwohl zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen bestanden. Die Welt wird also nicht zugrunde gehen, wenn sich unsere Beziehungen nicht oder zu langsam entwickeln.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Die Entwicklung der westdeutsch-sowjetischen Beziehungen soll und muß einen wesentlichen Einfluß nicht nur auf die europäische, sondern auch auf die Weltpolitik ausüben. Darin sehe ich die eigentliche Bedeutung der historischen Wende, die durch den Moskauer Vertrag erreicht worden ist. Die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen begannen seitdem die Weltpolitik zu beeinflussen. Ich brauche Sie nicht an die materielle Grundlage dieser Zusammenhänge zu erinnern, die vor allem darin besteht, daß die Sowjetunion und Westdeutschland potentiell besonders mächtige Staaten in Europa sind. Ohne sie ist Europa einfach undenkbar.

Infolge des Moskauer Vertrages und der Veränderungen, die er nach sich zog, ist aber eine recht interessante Situation entstanden. Durch den Moskauer Vertrag und die Verträge mit anderen sozialistischen Staaten entstand zunächst ein auf bilateralen Beziehungen aufgebautes System der Sicherheit, das nur Westdeutschland und eine Reihe von sozialistischen Ländern betraf. Dann aber sind diese bilateralen Beziehungen zur Grundlage für die große Lösung in Helsinki über Europa im ganzen geworden. Ich erinnere daran, daß im Moskauer Vertrag drei von fünf Artikeln das Wort "europäische Sicherheit" enthalten. Das geschah auf der bilateralen Grundlage. Danach ist aber die Konferenz in Helsinki möglich geworden. Das ist ein sehr wichtiges Beispiel dafür, wie die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen die Atmosphäre in ganz Europa beeinflußt haben. Nach Helsinki stellte sich nicht nur zwischen uns, sondern auch zwischen anderen Ländern die Frage, wie man die wichtigsten Probleme der politischen Sicherheit in Europa lösen könnte. Das ist meiner Meinung nach eine der wichtigsten Gemeinsamkeiten, über die Herr Körber gesprochen hat.

Die zweite Gemeinsamkeit in unseren Beziehungen betrifft den historischen Beschluß über Paritäten und das militärische Gleichgewicht. Ich meine jene Formulierungen, die in den Dokumenten des letzten Treffens des Generalsekretärs unserer Partei mit Bundeskanzler Schmidt im Mai vorigen Jahres enthalten sind. In einer so wichtigen Frage wie der zukünftigen militärischen Entwicklung sind wir also zu dem gemeinsamen Ergebnis gekommen, daß unsere Beziehungen auf der Parität, auf dem Prinzip der gleichen Sicherheit beruhen.

Es gibt eine dritte Gemeinsamkeit; sie betrifft die Langfristigkeit unserer Beziehungen, unsere Fähigkeit, in die Zukunft zu schauen, bis ins 21. Jahrhundert. Diese Gemeinsamkeit enthält das

entsprechende Dokument, welches die Entwicklung unserer Länder in den nächsten 25 Jahren bis zum Jahre 2001 analysiert.

Was haben diese drei Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Situation in Westdeutschland, in Westeuropa und überhaupt in der Welt verändert? Ich meine eine ganze Menge. Die Bundesrepublik ist aus einem Objekt zu einem Subjekt der Weltpolitik geworden. Ich möchte das ganz offen sagen. Niemals vor dem Moskauer Vertrag besaß die Bundesrepublik innerhalb der NATO eine solche Mobilität, wie sie nach Abschluß des Vertrages entstanden ist. Ich sage damit nicht, daß die Bundesrepublik innerhalb der NATO alles machen kann, was sie will. Aber eine gewisse Handlungsfreiheit der Bundesrepublik ist das Ergebnis des Moskauer Vertrages.

Die Bundesrepublik bekam Handlungsfreiheit auch außerhalb der Grenzen der NATO. Sie ist Mitglied der UNO geworden; in den letzten beiden Jahren arbeitete sie im Sicherheitsrat, in einigen Fällen recht positiv. Überhaupt hat sich ihr Gewicht in den internationalen Angelegenheiten erhöht. Nie zuvor konnte ein westdeutscher Bundeskanzler so mit den Alliierten sprechen, wie das bei den Treffen auf höchster Ebene im vorigen Jahr in Bonn oder auf Mallorca der Fall war.

Westdeutschland hat also in den Weltangelegenheiten mehr Freiheit erhalten, als es sie früher hatte. Das ist erstens das Verdienst jener nüchtern und realistisch denkenden Menschen, die die Konzeption der Ostpolitik geschaffen haben. Zweitens ist es aber auch, ich bitte um Entschuldigung, das Verdienst der Sowjetunion, die der Bundesrepublik entgegengekommen war und den Entspannungsprozeß aktiv vorangetrieben hat. Das bedeutet aber keineswegs, daß die weitere Entwicklung unserer Beziehungen ein automatischer Prozeß ist.

Damit komme ich zu der Hauptfrage. Hat die Bundesrepublik alle Reserven ausgeschöpft, die sie im Ergebnis ihrer neuen Situation in Europa erlangt hat? Ich antworte: "Nein, sie hat sie nicht voll ausgeschöpft." Nehmen wir zum Beispiel eine so delikate Sache wie die atomare Aufrüstung; es wird dabei viel über die 7000 Kernköpfe gesprochen. Man vergißt in diesem Zusammenhang, daß die Sowjetunion hier nur über amerikanische Kernsprengköpfe spricht. Aber es gibt auch englische und französische Kernwaffen. Es gibt amerikanische Stützpunkte, die unmittelbar vor den Grenzen der Sowjetunion liegen. Und es stellt sich keineswegs zufällig die Frage, was die USA wohl dazu sagen würden, wenn es sowjetische Stützpunkte in Kanada oder Mexico gäbe.

Sprechen wir über die Kernwaffen. In Westdeutschland wurde über die Stationierung der Neutronenbombe diskutiert. Wird die Stationierung der Neutronenbombe auf westdeutschem Boden die außenpolitischen Möglichkeiten Bonns vergrößern? Ich meine jetzt die politische und nicht die militärische Seite der ganzen Angelegenheit. Ich antworte darauf absolut verneinend. Denn die Lagerung der bisherigen 6000 oder 7000 Kernsprengköpfe hat in gewissem Maße die Handlungsfreiheit Westdeutschlands eingeengt. Das war ein negatives und kein positives Moment für Ihre Politik. Manche behaupten, es habe Ihre Verteidigungsmöglichkeiten verbessert. Gott soll es nicht zulassen, aber wenn es zu einer großen Katastrophe kommt, dann werden diese 7000 Kernsprengköpfe Westdeutschland kaum retten. Im Gegenteil, sie werden es unter Atomfeuer setzen. Vielleicht würde das sonst nicht der Fall sein. Aber ich spreche jetzt über die rein politischen Konsequenzen. Was hat Westdeutschland dabei gewonnen? Es hat politisch nichts gewonnen; es hat verloren.

Eine andere Frage. Gewinnt oder verliert Westdeutschland dabei, wenn es sich beim Ausbau des Handels mit uns zurückhält? Wo sind noch unerschöpfliche Möglichkeiten vorhanden? Sie sehen unser Land gewissermaßen als einen mittleren Staat an. Sie müssen unser Land aber mit anderen Augen betrachten. Die Sowjetunion stellt einen Markt mit anderen Möglichkeiten dar, mit anderen Weiten, wo überhaupt ganz andere Maßstäbe gelten als diejenigen, mit denen Sie es innerhalb des Gemeinsamen Marktes zu tun haben. Leonid Breschnew hat schon im Jahre 1973 zu Ihren Industriellen darüber gesprochen, und viele von ihnen stimmten ihm zu. Ich habe viele Bekannte unter westdeutschen Industriellen, und ich habe diese Frage oft mit ihnen besprochen. Bis jetzt treten wir aber leider auf der Stelle. Ja gut, es gibt ein Abkommen über Gasrohre und so weiter, obwohl dort auch Schwierigkeiten aufgetaucht sind.

Man muß die Sowjetunion so sehen, wie sie es verdient, nämlich wie eine euro-asiatische Großmacht mit riesigen Möglichkeiten, Potenzen und mit ungeheuren Bedürfnissen. Alle Bedürfnisse unseres Lebens sind vornehmlich mit der wirtschaftlichen Problematik verbunden. Und wenn die klugen Manager in Westdeutschland das alles großzügig und nicht kleinlich betrachten, werden sie daraus für sich großen Nutzen ziehen können; das würde aber auch uns großen Nutzen bringen.

Dann ein Wort zu den Verhandlungen in Wien. Wir haben über die sowjetischen Vorschläge vom 5. Juni 1978 gesprochen. Aber Sie wissen alle, daß diese Vorschläge nicht zuletzt auf der Grundlage

von Ideen entstanden sind, die Sie selbst hier geäußert haben. Und doch haben wir auf diese Vorschläge keine Antwort erhalten. Jedes Gespräch braucht einen guten Genius, sonst kann es nicht vorankommen. Wenn sich immer alles im Kreise dreht, werden auch die Menschen innerhalb und außerhalb dieser Verhandlungen den Glauben daran verlieren. Lassen Sie uns alles tun, damit der Stein endlich vom toten Punkt gerückt wird. Es gibt ein russisches Sprichwort: "Unter toten Steinen fließt das Wasser nicht."

Wir haben Vorschläge eingebracht, die in vieler Hinsicht durch Vorschläge von Ihrer Seite angeregt worden sind. Sie sollten darauf eine Antwort geben. Viele angesehene Vertreter Westdeutschlands haben gescheiterte und vernünftige Initiativen in bezug auf die Wiener Verhandlungen entwickelt. Sie haben zum Beispiel gesagt: Lassen Sie uns nicht mehr Soldaten und Panzer zählen, sondern endlich über etwas Wesentliches sprechen. Außerdem nennt die westdeutsche Presse, was die sowjetischen Panzer angeht, ganz unterschiedliche Zahlen. Allein die Zeitung "Die Welt" hat nach meinen persönlichen Berechnungen acht verschiedene Angaben über die Panzerzahl gemacht, das reicht von 6000 bis zu 18 000 Stück.

Man muß diesen Stein in Wien von der Stelle bewegen. Dazu kann auch die Bundesrepublik einen wichtigen Beitrag leisten, weil - wollen wir ganz offen sein - die Amerikaner Sie in Wien nicht daran hindern werden, und die Franzosen sind nicht dabei. Wenn Sie uns helfen, die Verhandlungen in Wien voranzubringen, werden Sie selbst sehen, wie schnell wir auch in anderen Richtungen weiterkommen werden.

Schließlich China. Wir leugnen doch nicht die Existenz Chinas. Aber wir müssen auch begreifen, daß wir alle noch viele Jahrhunderte zusammen leben müssen. China wird existieren, wir werden existieren und Sie werden existieren, und wir wollen, daß es so bleibt. Deshalb müssen wir alle mit einem starken Verantwortungsbewußtsein an die chinesische Problematik herangehen.

Löwenthal

Herr Poljanow hat die Frage aufgeworfen, ob die westlichen Kernwaffen auf deutschem Boden der Bundesrepublik mehr nützen oder mehr schaden. Ich möchte hier eine Antwort geben, wie sie Herr Falin auf die Frage nach der sowjetischen Panzerüberlegenheit gegeben hat. Die Stationierung von so vielen Kernwaffen auf deutschem Boden stammt aus einer Zeit, wo wir dieser sowjetischen Panzerüberlegenheit unter den Bedingungen des Kalten Krieges ausgesetzt waren. Inzwischen stellt sich natürlich die Frage eines mindestens teilweisen Abbaues der westlichen Kernwaffen in Europa im Austausch für einen Abbau der sowjetischen Panzerüberlegenheit. Das ist ja der Punkt, um den in Wien verhandelt wird, und in dem wir bis jetzt nicht weitergekommen sind.

Aber es gibt noch einen dritten Faktor in diesem Zusammenhang. In der letzten Zeit ist die Anzahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen, die Ziele in Deutschland und Westeuropa treffen können, wesentlich verstärkt und ihre Genauigkeit erhöht worden. Und Sie können nicht erwarten, daß die Bundesrepublik sich in einer solchen Situation für einen einseitigen Abbau der westlichen Kernwaffen auf deutschem Boden einsetzt. Mit anderen Worten: Diese Dinge sind interdependent.

Sie sagen dann, Herr Poljanow, die Bundesrepublik habe dank der Entspannung, und das heißt auch dank der Sowjetunion, eine größere Bewegungsfreiheit in der Welt. Ich stimme dem völlig zu, und ich habe das in meiner ersten Äußerung am Beginn dieser Konferenz selber gesagt. Sie fügen hinzu, daß die Bundesrepublik diese größere Bewegungsfreiheit nicht hinreichend im Sinne einer Vertiefung der Entspannung nutze. Ich möchte darauf antworten, daß die Bundesrepublik sich darum bemüht - Sie haben selber auf unseren Anteil an der Konkretisierung der MBFR-Verhandlungen hingewiesen. Aber wir stoßen hier tatsächlich in dem Sinne auf Schranken, als wir uns des Eindrucks nicht erwehren können, daß die Sowjetunion auf dem Gebiet weiterrüstet, wo sie bereits eine Überlegenheit besitzt, nämlich auf dem europäischen Schauplatz. Ich hatte gestern den Eindruck, daß Herr Gantman dieses Weiterrüsten als natürlich bestätigte. Sie meinen, Herr Poljanow, daß wir das mißverstanden haben. Aber das, was wir verstanden haben, stimmt mit unserer Wahrnehmung der Wirklichkeit überein.

Unsere Beziehungen weisen nun einmal einen Doppelcharakter auf, der wahrscheinlich noch lange so bestehen wird, daß wir nämlich einen Konflikt der Systeme und zugleich ein Interesse an Zusammenarbeit haben. In der Zeit des Kalten Krieges stand der Konflikt völlig im Vordergrund. Inzwischen sind wir mit der Zusammenarbeit und mit der Einschränkung des Konfliktes ein gutes Stück vorangekommen. Aber wir haben nicht den Eindruck - und ich meine, Sie glauben es auch nicht;-, daß der Konflikt, der ja auch ein Konflikt der Systeme und der Ideologien ist, verschwinden wird. Unter diesen Umständen müssen wir alle, Sie und wir, immer wieder entscheiden, was uns und Ihnen in einer konkreten Frage wichtiger ist. Das ist die Problematik heute, morgen und in den 80er Jahren.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu Herrn Krasnow, der darauf hinwies, daß Cocom, die Embargo-Institution der NATO, reaktiviert werde. Er betonte, das Cocom sei ein unwirksames Instrument, um die Sowjetunion zu schädigen; zugleich bestehe aber ein Grund zur Sorge. Ich sehe nicht so recht, wie das zusammenpaßt. Die Tatsache aber, daß das Cocom eventuell reaktiviert wird, hängt ja mit der allgemeinen Frage zusammen, die wir hier diskutieren, nämlich: Wieweit können wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickeln, während das Wettrüsten weitergeht? Da stellt sich die Frage nach der Priorität, die Herr Bertram aufgeworfen hat. Das scheint mir die Kernfrage unserer ganzen Diskussion zu sein. Herr Bertram hat darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Erscheinungen in der sowjetischen Politik, in der Rüstungspolitik und in der globalen Politik, uns den Eindruck vermitteln, daß die Sowjetunion der Konfliktseite mehr Priorität gibt, als für die Zusammenarbeit gut ist. Diese Frage stellt sich natürlich noch viel stärker für die Zukunft.

Herr Bowin sagte in seinem Einleitungsreferat, die Sowjetunion könne ja nicht wissen, was geschehe, wenn es in der Bundesrepublik eine andere Regierung gibt - und das ist ja jederzeit möglich in einer Demokratie. Herr von Weizsäcker hat darauf geantwortet, daß auch eine Regierung der heutigen Opposition in der Bundesrepublik sich an die Verträge gebunden fühle und in diesem Sinne die Politik weitertreiben werde.

In der Sowjetunion stellt sich nicht die Frage einer Ablösung der Regierung durch eine andere Partei. Aber es besteht das Problem einer Ablösung der Generationen. Wir alle wissen, daß viele sowjetische Führer noch älter sind als ich. Das hat zur Folge, daß früher oder später Ablösungen stattfinden werden und in die entscheidenden Positionen Männer einrücken werden, die vielleicht nicht in der persönlichen Weise wie Leonid Breschnew mit dem Durchsetzen der Entspannung verbunden sind, und die vielleicht nicht in derselben Weise durch die Schrecken des letzten Krieges geprägt sind.

Wir können und wir wollen darüber nicht spekulieren. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die sich in der Scheinwissenschaft der sogenannten Kremologie versuchen und ausrechnen wollen, wer im Kreml zu welcher Fraktion gehört. Aber es ist doch anzunehmen, daß in einer Situation, in der sich die Frage der Prioritätensetzung immer von neuem stellt, manche Leute mehr zu der einen und manche mehr zu der anderen Priorität neigen und eine Wachablösung auch zu Veränderungen in der Politik führen kann. Das sind Dinge, die uns notwendigerweise Sorgen bereiten.

Was wir Ihnen zum Abschluß dieser Konferenz sagen möchten ist: Wir wollen an der Politik der Entspannung festhalten, und es kommt uns sehr darauf an, daß die Sowjetunion die Prioritäten zwischen Konflikt und Zusammenarbeit jetzt und in Zukunft so auslegt, daß die Entspannung erhalten bleiben und gefestigt werden kann.

Shukow

Ich möchte Herrn Löwenthal daran erinnern, daß die Politik der Sowjetunion in den Fragen von Krieg und Frieden am 25. Oktober beziehungsweise am 7. November des Jahres 1917 formuliert wurde, als der Sowjetkongreß das von Lenin formulierte Friedensdekret beschloß. Seitdem wurde nicht erst eine Generation der führenden sowjetischen Persönlichkeiten abgelöst. Diese Politik war, ist und wird auch in Zukunft das Grundgesetz der Sowjetunion sein.

Wenn Sie sagen, daß Sie nicht zu den Kremologen gehören, die sich mit dieser Scheinwissenschaft von verantwortungslosen Spekulationen befassen, dann bitte ich Sie, solche Spekulationen ebenso entschieden abzulehnen wie die Spekulation, die, wenn man Herrn Sommer glaubt, in dem Buch des berühmten Herrn Kissinger enthalten ist, das zwar noch nicht erschienen ist, aber bereits kommentiert wird.

Borissow

Zum Abschluß unserer Gespräche möchte ich noch einmal kurz unseren beiden Referenten das Wort erteilen. Ich selbst habe den Eindruck, daß uns dieser offene Meinungs austausch bei der Lösung jener Probleme vorangebracht hat, die wir in den letzten beiden Tagen diskutiert haben. Dabei ist auch eine Reihe nützlicher Vorschläge für die Praxis deutlich geworden, die für jene Personen wichtig sein könnten, die sich heute und in Zukunft mit den politischen und ökonomischen Problemen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion befassen.

Bowin

Ich hoffe, die Meinung der gesamten sowjetischen Delegation ausdrücken zu können, wenn ich sage, daß unsere Diskussion außerordentlich aufschlußreich und fruchtbar war.

Alle hier Anwesenden sind sich darüber einig, daß für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD günstige Möglichkeiten bestehen. Alle sind sich jedoch auch darüber im klaren, daß diese Möglichkeiten an und für sich sozusagen träge sind. Nur unsere gemeinsamen Aktivitäten und unser beiderseitiger Wunsch können sie Wirklichkeit werden lassen, sie in lebendige dauerhafte Kontakte in allen Bereichen umwandeln.

Wie wäre dies durchzusetzen? Was steht dem im Wege? Was hindert uns daran, das in unseren gegenseitigen Beziehungen immer noch fest verwurzelte Mißtrauen abzubauen? Wir hörten diverse Antworten auf diese Fragen. In gewissem Maße ist das auch unvermeidlich, wirken sich doch die unterschiedlichen Weltanschauungen, die nicht übereinstimmenden Ansichten über den historischen Prozeß notgedrungen auf die Ergebnisse einer politischen Analyse aus. Daran ist nichts zu ändern.

Zahlreiche Meinungsverschiedenheiten und Differenzen sind jedoch auf die mangelnde Kenntnis der Standpunkte und Absichten des anderen zurückzuführen. Und gerade in dieser Hinsicht tragen unsere Treffen, darunter das jetzige, dazu bei, die Zustände schrittweise zu ändern. Indem wir unsere Argumente und Gegenargumente gegenüberstellen, die psychologischen Hintergründe der politischen Logik zu erfassen suchen, ja, indem wir uns einfach in die Augen sehen, meistern wir eine komplizierte Wissenschaft und Kunst der Koexistenz, helfen wir die öffentliche Meinung bilden, jene Meinung, die die Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD fördert.

Gestatten Sie mir, unseren westdeutschen Kollegen für ihre aktive und rege Teilnahme an unserer Diskussion an dieser Stelle unseren aufrichtigen Dank zu sagen. Erlauben Sie mir auch, Herrn Körber für seine unerschöpfliche Energie und seinen Enthusiasmus zu danken, welche fürwahr die Triebfeder der Bergedorfer Treffen bilden.

von Dohnanyi

Ich kann Herrn Bowin nur zustimmen, daß ein solcher Meinungs austausch nützlich und notwendig ist.

Wie ich zu Beginn sagte, hat die Bundesrepublik Deutschland ihre Stimme und ihren Einfluß hinter SALT II gestellt, das hoffentlich bald unterzeichnet werden wird. Wir tun dies auch, weil wir glauben, daß der Abschluß von SALT II Entspannungsschritte in Europa, insbesondere im Rahmen der MBFR-Verhandlungen, fördern wird und den Weg in eine neue SALT-Runde eröffnet, dessen Aufgabe es sein muß, sich der wachsenden Risiken des technologischen Wandels im Bereich der militärischen Rüstung anzunehmen.

Entspannung in den 80er Jahren - Zeiten noch unübersehbarer Risiken - verlangt es, die in den 70er Jahren geschaffene Vertrauensbasis zu erweitern und zu vertiefen. In meinem Beitrag forderte ich eine "Eskalation des Vertrauens". Wie schwierig und langwierig ein solcher Prozeß bei weiterbestehenden Unterschieden der Weltanschauungen und der politischen beziehungsweise wirtschaftlichen Systeme sein wird, dessen sind wir uns alle bewußt. Er ist dennoch notwendig.

Unterschiedliche Positionen und Interessenlagen werden weiterbestehen. Das beiderseitige Verhalten beim Austragen solcher unterschiedlicher Interessen ist zwar auch ein Indikator für den Stand und die Aussichten des Ost-Westverhältnisses überhaupt. Aber wir müssen der Gefahr begegnen, daß Spannungen in Teilbereichen auf die allgemeinen "Entspannungsleitungen" durchschlagen.

Wachsende Zusammenarbeit in weiteren Teilbereichen, die Suche nach Feldern der Interessenabstimmung schaffen dagegen Vertrauen. Aber auch dort, wo dies nicht gelingt, gilt es, bei der Verfolgung eigener Interessen nicht das Gesamtinteresse an Ost-West-Entspannung aus den Augen zu verlieren. Vertrauen wächst aus Zusammenarbeit - es wird jedoch nur erhalten und gefestigt, wenn die Gesamtpolitik jeder Seite darüber hinaus Verlässlichkeit und gegenseitige Rücksichtnahme erkennen läßt.

Es bedarf noch eines langen Lernprozesses im Umgang miteinander; hier kann uns nur die Fortsetzung und Intensivierung eines Dialoges helfen. Die Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises konnte einen notwendigen Beitrag leisten; in diesem Bewußtsein haben, so glaube ich, alle Gäste an der Tagung teilgenommen. Veranstaltern und Gastgebern gebührt dafür unser Dank.

Körber

Wieder einmal haben wir zahlreiche Stunden intensiver Diskussion hinter uns, lehrreich wie immer, wenn wir Gelegenheit haben, uns mit Vertretern der Sowjetunion über Gemeinsames und Trennendes zu verständigen; aber nicht nur lehrreich, sondern auch ermutigend. Es ist ermutigend, wie offen

unsere Diskussion bis zum Schluß geblieben ist, wie bemüht jede Seite war, ihre Argumente in einer Form vorzutragen, die es dem anderen erleichtern sollte, Gegensätze zu verstehen.

Was hat unser Gespräch über die 80er Jahre erbracht? Als grundsätzliches Ergebnis bleibt festzuhalten: Es werden unruhige Jahre werden, das heißt, es ist keine spannungsfreie Zukunft zu erwarten, genausowenig wie die Möglichkeiten im Rahmen der Entspannungspolitik ausgeschöpft sind. Herr Bowin, dem wir einen sehr eindrucksvollen Vortrag zu verdanken haben, hat einige Andeutungen über die zukünftige bilaterale Entwicklung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik gemacht, die man als freundschaftlich gemeinte Herausforderung verstehen kann. Aber Wünsche und Hoffnungen sind in unserem Kreise, was die nächsten zehn Jahre betrifft, leider nicht so recht zu Wort gekommen.

Statt dessen realistische Analysen. Herr von Dohnanyi hat das Panorama der Politik, wie es sich von der Bundesrepublik her darstellt, in einer Weise geschildert, die unseren Beifall vor allem auch deshalb verdient, weil er es unseren sowjetischen Partnern leichter machte, unsere Gedanken und, was nicht minder wichtig ist, unsere Gefühle zu verstehen.

Was ich begrüße ist, daß beide Seiten offenbar bereit sind, sich auf die Analyse der bestehenden Probleme zu konzentrieren.

Am Ende dieses Gesprächskreises möchte ich doch die Anregung nicht unterlassen, daß wir uns nicht nur gegenseitig das Unterschiedliche, Trennende und Gegensätzliche erklären sollten. Ist nicht auch das Gemeinsame und Verbindende, das meiner Ansicht nach in der historischen Entwicklung unserer Kulturen liegt, ein würdiges Thema für unsere Anstrengungen? Das sollten wir auch einmal herausstellen, so reizvoll es ist, über Macht und Rüstung zu sprechen.